



LBS NordWest

Zusammen. Wachsen.

Geschäftsbericht 2023

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

 **Finanzgruppe**

Wir sind für Sie da.

Mit der Fusion der beiden Landesbausparkassen LBS West und LBS Nord zur LBS Landesbausparkasse NordWest mit einer Bilanzsumme von 22 Mrd. € ist am 1. September eine der fünf größten Bausparkassen in Deutschland entstanden. Das Einzugsgebiet umfasst mehr als ein Drittel der Bundesbürger in den vier Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin und Bremen.

Der neuen LBS NordWest vertrauen 2,3 Mio. Kundinnen und Kunden mit 2,7 Mio. Verträgen über eine Bausparsumme von rund 97 Mrd. €. Anteilseigner der LBS NordWest sind der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, der Sparkassenverband Westfalen-Lippe, der Niedersächsische Sparkassen- und Giroverband, die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale und die Landesbank Berlin AG.



	2023	2022*
Brutto-Neugeschäft		
■ Anzahl	193.458	137.287
■ Bausparsumme	11.180 Mio. €	8.450 Mio. €
Eingelöstes Neugeschäft		
■ Anzahl (einschließlich Erhöhungen)	177.744	108.923
■ Bausparsumme	9.960 Mio. €	6.085 Mio. €
Angenommene Zuteilungen	3.606 Mio. €	1.862 Mio. €
Vertragsbestand		
■ Anzahl	2.679.077	1.858.834
■ Bausparsumme	97.484 Mio. €	64.206 Mio. €
Geldeingang	3.115 Mio. €	2.160 Mio. €
Geldausgang (einschließlich Verrechnung)	3.838 Mio. €	2.145 Mio. €
Bauspareinlagen	19.235 Mio. €	13.133 Mio. €
Bauspardarlehen	1.437 Mio. €	572 Mio. €
Außerkollektiver Kreditbestand	8.244 Mio. €	3.927 Mio. €
Nachrangkapital	110 Mio. €	50 Mio. €
Eigenkapital	1.304,0 Mio. €	809,8 Mio. €
Bilanzgewinn	40,0 Mio. €	38,0 Mio. €
Bilanzsumme	21.960 Mio. €	14.760 Mio. €
Mitarbeitende		
■ Anzahl der Beschäftigten (Köpfe)	1.025	621
■ Vollzeitbeschäftigte (VAK)	909	545

* Angaben nur für LBS West.

Inhalt



Vorwort	2
Lagebericht	8
Jahresbilanz	50
Gewinn- und Verlustrechnung	52
Anhang	54
Bestätigungsvermerk	84
Statistischer Anhang	92



»» Liebe Partner der LBS NordWest, ««

der 1. September 2023 ist für die LBS NordWest ab sofort ein wichtiges Datum: Keine fünf Monate nach der Unterschrift der Eigentümer unter den Verschmelzungsvertrag am 5. April in Münster ist die Fusion von LBS Nord und LBS West zu einer der fünf größten Bausparkassen in Deutschland in einer gemeinsamen Kraftanstrengung beider Häuser erfolgreich vollzogen worden. Die technische Fusion im November 2023 beinhaltete dabei die größte Datenmigration, die die LBS-Gruppe bis dato bewältigt hatte.

Die neue LBS hat sich zum Ziel gesetzt, ihre strategischen Vorteile, Ressourcen und Synergien zu nutzen, um weiter werthaltig zu wachsen: Dafür sollen die zusätzlichen betriebswirtschaftlichen und vertrieblichen Potenziale gehoben, das Kreditgeschäft gestärkt sowie der weitere Ausbau von Prozesseffizienz und Digitalisierung vorangetrieben werden.

Das Zielbild „LBS NordWest 2025“ spiegelt die neue Unternehmensstruktur auf bewährten Säulen wider: In der strategischen Positionierung setzt es den Fokus auf das vorrangige Ziel „Nachhaltig ZusammenWachsen“. Dafür wurden sechs zentrale Handlungsfelder definiert, die neben „Wachstum“ und „Prozesseffizienz/Digitalisierung“ als wesentlichen Eckpfeilern auch dem Thema „Nachhaltigkeit“ wieder eine zentrale Rolle zuweisen. Komplettiert wird das Zielbild durch die weiteren Handlungsfelder „Stärkung staatlicher Immobilienförderung“, „Wertorientierte Steuerung“ und „Unternehmenskultur“.

Blick auf die Zahlen

Zinssicherung stützt Neugeschäft im Bausparen

Auf dem Zinsmarkt löste die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöste Energie- und Rohstoffkrise im vergangenen Jahr einen Inflationsschub aus, den die europäische Zentralbank versuchte mit steigenden Leitzinsen einzudämmen. Sie erhöhte den Hauptrefinanzierungssatz binnen zwölf Monaten insgesamt sechsmal von 2,5% auf 4,5%. Infolge steigender Bau- und Zinskosten nahm der Markt für Investitionen in den Wohnungsmarkt deshalb deutlich ab.

Die langfristigen Bauspar- und Finanzierungslösungen der LBS NordWest etablierten sich in diesem schwierigen Umfeld nach dem Nachfrage-Boom im Vorjahr dennoch weiter als strategisches Zinssicherungsinstrument.

Nachdem das Bauspar-Neugeschäft der LBS NordWest bis zur Mitte des Jahres deutlich vom gestiegenen Zinsniveau profitiert hatte, war die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte leicht rückläufig: Mit 11,2 Mrd. € blieb das kumulierte Neugeschäft der fusionierten Häuser 2023 insgesamt leicht unter Vorjahr. Der Spargeldeingang verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig auf 2,8 Mrd. €.

Finanzierungen mit Bauspardarlehen legen deutlich zu

Aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus wuchs die Nachfrage nach Bauspardarlehen 2023 deutlich. Der Anteil der Kunden, die ihre Verträge nach Zuteilung zunächst als Bausparverträge fortgesetzt hatten, die Zuteilung in 2023 aber mit Bauspardarlehen annahmen, erhöhte sich dabei deutlich: Ihr Anteil an den Nettozuteilungen stieg von 24 % auf 33 % (1,2 Mrd. €). Als eine Folge dessen verdoppelte sich nahezu auch das Auszahlungsvolumen von Bauspardarlehen im Vergleich mit 2022 auf 818 Mio. €. Ein Plus von 90,7%.

Insgesamt ist der Bauspardarlehensbestand 2023 um 53,1% auf mehr als 1,4 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. In den kommenden Jahren rechnet die LBS NordWest damit, dass das Finanzierungspotenzial aus den Darlehensansprüchen im Vertragsbestand wieder vermehrt in Anspruch genommen wird mit dem Ziel, den massiv eingebrochenen Wohnungsbau zu beleben und wieder mehr für den Klimaschutz zu tun.

Insgesamt zahlten die LBS NordWest und die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen und Berlin im vergangenen Jahr Finanzierungsmittel in Höhe von 3,8 Mrd. € (+ 18,6 %) an ihre Kundschaft aus und stellten damit dem Wohnungsmarkt in deutlich erhöhtem Maße Gelder zur Verfügung.

Immobilien- und Vermittlergeschäft auf hohem Niveau

Die LBS NordWest kann sich im operativen Geschäft auf ihren Außendienst sowie auch auf das Vermittlernetzwerk der FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG verlassen. Deren Vermittlungsvolumen inklusive LBS-Außendienst belief sich in 2023 in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen und Berlin auf knapp 1,7 Mrd. €, bundesweit waren es 2,6 Mrd. € (-17%).

Die LBS Immobilien GmbH NordWest hat 2023 in ihrem Geschäftsgebiet in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen und Berlin insgesamt 10.704 Kaufobjekte (-0,2%) mit einem Objektvolumen von mehr als 3 Mrd. € (-14,3%) vermittelt. Die Courtagen beliefen sich auf fast 160 Mio. € (-11,6%). Ursächlich für den Umsatzrückgang sind die Objektpreise, die sich nach



Jahren hoher Kaufpreise infolge der EZB-Negativzinspolitik, wieder auf geringerem Niveau eingependelt haben. Die LBS Immobilien NordWest bleibt damit erneut eine der größten deutschen Maklerorganisationen für Wohnimmobilien.

Jahresüberschuss der LBS NordWest legt zu

Der Jahresüberschuss nach Steuern der LBS NordWest legte gegenüber dem Vorjahr aus fusionsbedingten Effekten um 2,0 Mio. € auf 40 Mio. € zu.

Blick auf die Potenziale

Nachhaltigkeit als strategischer Anker

Das gemeinsame Ziel, den Geschäftsbetrieb bis 2035 klimaneutral zu gestalten, hat die beiden Partner der neuen LBS NordWest bereits vor der Fusion verbunden. Die strategische Bedeutung der Nachhaltigkeit spielte deshalb bereits von Beginn an eine wesentliche Rolle bei der Fusion und wurde entsprechend in den Geschäftsprozessen verankert. Mit der Durchführung eines Nachhaltigkeits-Kompasses entwickelte die LBS NordWest 2023 einen umfangreichen Plan für einen nachhaltigen Start des neuen Unternehmens.

Basierend auf diesem Maßnahmenpaket arbeitet die LBS NordWest seitdem intensiv daran, nachhaltige Lösungen in den Bereichen Gebäudemanagement, Mobilität und Umwelt konsequent weiterzuentwickeln. Durch die Finanzierung energetischer Sanierungen leistet die LBS NordWest zudem einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Verringerung von CO₂-Emissionen im Wohnungsbau. Die LBS NordWest ist die Nachhaltigkeitspartnerin der Sparkassen und des eigenen Außendienstes. Für ihre Kund:innen wird sie weiter als verlässliche Finanzierungspartnerin einen wesentlichen Beitrag zur energetischen und nachhaltigen Modernisierung des Gebäudebestands leisten.

Bessere Prozesse durch mehr Digitalisierung

Ein weiterer Fokus lag auch 2023 wieder auf dem Ausbau der Prozesseffizienz und Digitalisierung. Die gebündelte Schlagkraft des neuen Unternehmens will die LBS NordWest zukünftig innerhalb ihres Digitalisierungsfahrplans bis 2028 u.a. dafür nutzen, ihre führende Rolle beim Ausbau der Position als Kompetenzführer „Wohnen & Immobilie“ im Sparkassenverbund und die Vorreiter-Rolle innerhalb der LBS-Gruppe in Sachen Innovation und Digitalisierung zu festigen.

Dabei fokussiert die LBS NordWest ihre Aktivitäten im Wesentlichen auf die vier Schwerpunkte Lead-Generierung in der Baufinanzierung, Plattform-Ökonomie, digitale Services sowie Prozesseffizienz im Bereich „End-to-End“. Alle wesentlichen medialen Abschlusstrecken für das Bausparen sind bereits in die

S-Finanzplattform integriert. Bis Ende 2024 wird zudem das Feature für kleinvolumige Kredite und Darlehen mit OSPlus_neo vollständig digital auf den Sparkassenplattformen implementiert. Auch alle weiteren Assets, die die LBS NordWest im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht hat, zahlen vollständig auf die Neo-Only-Strategie in der neuen Beratungswelt der Sparkassen ein: Die häufigsten Use-Cases der LBS sind damit bereits mit wenigen Klicks von den Sparkassenberater:innen zu bearbeiten.

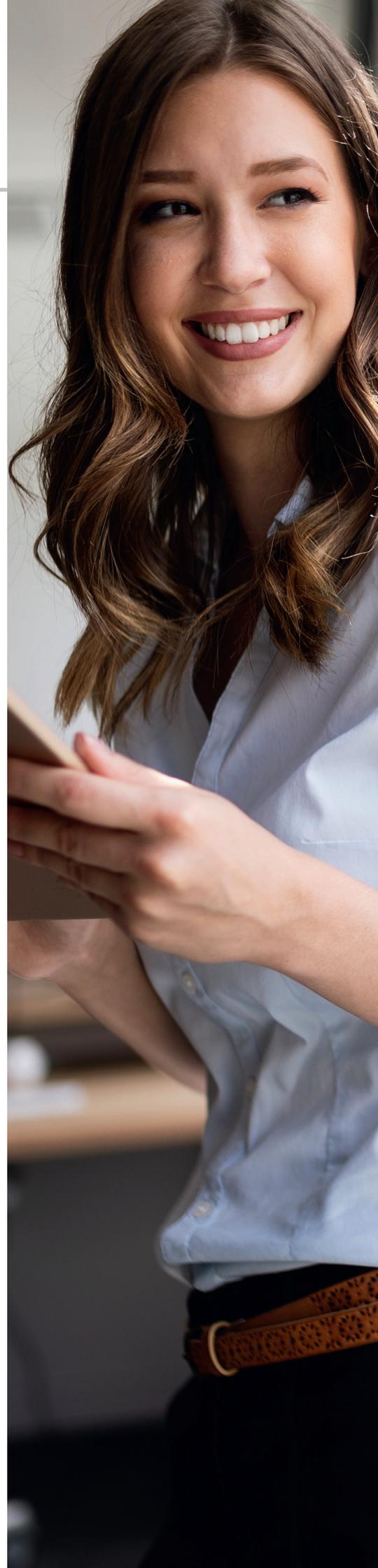
Medialer Vertrieb als neues Standbein

Innerhalb der Vertriebsorganisation wurde im Zuge der Fusion ein eigener Bereich für den Ausbau des medialen Vertriebs geschaffen. Ergänzend zu den beiden klassischen Vertriebswegen wird die LBS NordWest hier dem veränderten Kundenverhalten entsprechend digitale Beratungsangebote und Abschlussstrecken entwickeln, um die dafür stark zunehmenden Potenziale zu heben.

Wesentlicher Bestandteil dieser Strategie ist die Digitales Business Center GmbH (DBC), die in 2023 eine weiter steigende Nachfrageentwicklung beim Einkauf und Management von Leads für das Bauspar-, Baufinanzierungs- und Immobiliengeschäft verzeichnete. Zukünftig erwartet die LBS NordWest aus dem medialen Vertrieb einen deutlich zunehmenden Beitrag zum Neugeschäft.

Die FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG, die mit ihrem Angebot nahezu vollständig die Kreditvermittlung des Außendienstes an die LBS und die Sparkassen abwickelt, hat sich bereits zu einem festen Bestandteil des digitalen Angebots entwickelt. Insbesondere bei den Drittanbietern soll eine Steigerung der Unterlegung des zugeführten Kreditgeschäfts zukünftig für zusätzliche Zuwächse im Bauspar-Neugeschäft sorgen.

Der Relaunch des bundesweiten Internetauftritts „www.lbs.de“ sowie die Liveschaltung der eigenen Nachhaltigkeits-Website „www.vorausdenker.lbs-nw.de“ waren 2023 weitere Meilensteine auf dem Weg in eine digitale Zukunft.



Bausparen bleibt das zinssichere Finanzierungsmittel

Bausparen hat sich in den vergangenen Monaten steigender Zinsen einmal mehr als das zinssicherste Finanzierungsinstrument am Markt bewährt. Die Menschen schätzen die Vorteile dieser kalkulierbaren und flexiblen Art der Bau-, Kauf- und Modernisierungsfinanzierung. Das wird auch in Zukunft so sein. Zumal die eigenen vier Wände als Altersvorsorge in der Bevölkerung nach wie vor hohe Beliebtheit genießen: 84 % halten selbstgenutztes Wohneigentum für eine geeignete Altersvorsorge. Wohnimmobilien sind jedoch in vielen Regionen nach wie vor knapp. In ganz Deutschland sollen nach dem Willen der Bundesregierung pro Jahr rund 400.000 neue Wohnungen gebaut werden. Die LBS NordWest geht daher davon aus, dass die Immobilien- und Baufinanzierungsumsätze schon 2024 wieder deutlich zunehmen werden.

Durch die weitere Intensivierung des Sparkassenvertriebs insbesondere in Kooperation mit dem LBS-Außendienst, den Ausbau der eigenen Vertriebskanäle sowie die Optimierung der Verzahnung des Immobilien- mit dem Bauspar- und Baufinanzierungsgeschäft geht die LBS NordWest dabei wieder von einem Ausbau ihres Marktanteils aus.

Der Vorstand der LBS NordWest (v. l.): Jörg Münning (Vorsitzender), Maik Jekabsons, Frank Demmer, Dr. Jörg Koschate



Im Laufe des Jahres 2024 soll ein gemeinsames Produktangebot für die LBS NordWest etabliert werden, das die erfolgreiche Ausrichtung beider Ursprungshäuser auch für die Folgejahre fortsetzt.

Zusammen wachsen, sicher finanzieren und nachhaltig handeln – die neue LBS NordWest wird sich auch 2024 erfolgreich weiterentwickeln.



Jörg Munning



Maik Jakobsons



Frank Demmer



Dr. Jörg Koschate



A. Grundlagen der LBS NordWest

Organisation und Struktur

Die LBS Landesbausparkasse NordWest ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Münster, Westfalen, sowie in Hannover, Niedersachsen. Anteilseigner der LBS NordWest sind der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (33,6 %), der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (33,6 %), der Niedersächsische Sparkassen- und Giroverband (14,43 %), die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale (14,43 %) und die Landesbank Berlin AG (3,94 %). Im Jahr 2023 wurde die LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover (LBS Nord) mit Ablauf des 31. August 2023 auf die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) rückwirkend zum 1. Januar 2023 verschmolzen. Die vereinigte Landesbausparkasse firmiert seit dem 1. September 2023 unter dem Namen LBS Landesbausparkasse NordWest. Neben den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen umfasst das Geschäftsgebiet auch die Stadt Bremen sowie Berlin mit einer Gesamtbevölkerung von insgesamt 30,04 Millionen Einwohnern. Organe der LBS NordWest sind nach dem Gesetz über die LBS Landesbausparkasse NordWest und der Satzung der LBS Landesbausparkasse NordWest der Vorstand, der Verwaltungsrat und die Trägerversammlung.

Geschäftsmodell und Vertrieb

Der Geschäftszweck der LBS NordWest als Bausparkasse liegt in der Pflege des Bausparens und der Förderung des Wohnungsbaus. Hierfür vergibt sie kollektive Bauspardarlehen und außerkollektive Kredite. Darüber hinaus stellt sie über die

Beteiligungsgesellschaft LBS Immobilien GmbH NordWest (LBSi NordWest) (100 % Anteil) Immobiliendienstleistungen für Sparkassen bereit und vermittelt Aktivgeschäft an Sparkassen.

Vertrieb

Der Vertrieb der LBS NordWest basiert auf zwei Säulen, den Sparkassen und dem eigenen Außendienst. Für die strategische Position der LBS NordWest im Markt im Geschäftsgebiet in NRW, Niedersachsen, Berlin und Bremen ist die Einbindung in den Sparkassenverbund bei gleichzeitiger Sicherung der Vertriebskraft über den eigenen Außendienst sehr bedeutsam. Aktuell arbeiten 116 Sparkassen im „Zusammenarbeitsmodell Sparkasse“, in dem beide Vertriebspartner den Markt in einem einzigartigen Vertriebsmodell mit maximaler Flexibilität partnerschaftlich und kooperativ bearbeiten.

561 Handelsvertreter:innen in 66 Gebietsleitungen unterstützen dabei als Spezialist:innen die Sparkassen bei der Versorgung ihrer Kundschaft mit LBS-Produkten. Daneben stellen sie in 190 LBS-BeratungsCentern und -Shops auch die Betreuung von LBS-Kund:innen und Interessent:innen ohne aktive Kundenbeziehung zur Sparkasse sicher.

Neben den beiden Hauptvertriebswegen gewinnt die Tochtergesellschaft FORUM Direktfinanz GmbH (FORUM) freie Baufinanzierungsvermittler für die Sparkassen und bietet damit auch der LBS NordWest die Möglichkeit, ihre Produkte im Plattformgeschäft vermitteln zu lassen. Dieses Geschäft gilt es systematisch durch ein bedarfs-

orientiertes Konzept für die Ansprache und die Betreuung der Vermittler sowie durch eine maßgeschneiderte Produkt- und Prozessgestaltung (z. B. Clearingstelle für den Krediteingang) auszuweiten.

Eine weitere Tochtergesellschaft der LBS NordWest wurde zudem mit der DBC Digitales Business Center GmbH (DBC GmbH) etabliert. Die Kernaufgabe ist die Konvertierung von Immobilien-, Finanzierungs- und Bausparleads aus dem klassischen Vertrieb und dem digitalen Ökosystem der LBS-Gruppe in Beratungstermine und Neugeschäft. Neben der bereits erfolgreich angelaufenen Generierung von Beratungsterminen für den LBS- und LBSi-Außendienst wird diese Dienstleistung zunehmend auch Sparkassen und anderen LBSn angeboten. Daneben wird zusätzlich der direkte Produktvertrieb über die DBC GmbH aufgebaut und der Immobilieneinkauf für Immobilienberater:innen etabliert. Ziel ist es, die Leads aus allen Kundenkontaktpunkten konsequent in Beratung und Produktverkauf zu überführen.

Strategische Beteiligungen

Die LBS NordWest ist an der LBS Immobilien GmbH NordWest (LBSi NordWest) zu 100 % beteiligt. Die LBSi NordWest ist in den vier Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Berlin tätig.

Die FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG (FORUM) ist eine Tochtergesellschaft der LBS-Gruppe. FORUM bietet als Poolinggesellschaft Finanzie-

rungsvermittlern einen Zugang zu einer Online-Finanzierungsplattform, über die Produkte der Sparkassen-Finanzgruppe (auch der LBS NordWest) sowie weiterer Kreditinstitute vermittelt werden können. Inzwischen arbeiten bereits über 220 Sparkassen (NRW: 73, Niedersachsen: 31) und rund 7.500 Vermittler (inkl. LBS-Außendienste) mit FORUM zusammen. Im Jahr 2023 wurden von den an FORUM angebotenen Vertriebspartnern Finanzierungsprodukte mit einem Volumen von knapp 2,6 Mrd. € vermittelt.

Kooperation in der LBS-Gruppe

Die LBS-Gruppe kooperiert – um ein möglichst hohes Maß an Skaleneffekten bzw. Kostenvorteilen zu realisieren – in vielen Bereichen. Einen Schwerpunkt bildet hier die Zusammenarbeit in der IT.

Nach Einführung des Bausparsystems OSPlus LBS in allen LBSn arbeitet die LBS-Gruppe gemeinsam mit der Finanz Informatik (FI) weiter an der Vereinheitlichung, Optimierung und Harmonisierung des Systems und der Prozesse.

Die gruppenweite IT-Konsolidierung ist für die LBS NordWest von strategischer Bedeutung, da sie stetig zu einer Vereinfachung der gemeinsamen Marktbearbeitung von LBS und Sparkassen im Verbund und zur Realisierung von Synergien in der Gruppe führt. Darüber hinaus wird mit dem einheitlichen Bauspar-System OSPlus LBS die Basis geschaffen, durch eine gemeinsame Fachlichkeit und Technologie von den Weiterentwicklungen in der S-Finanzgruppe zu profitieren. Die in 2023 erfolgten Fusionen in der LBS-Landschaft

führen zu einer höheren Standardisierung und Vereinheitlichung auch in der IT-Landschaft.

Daneben übernimmt die LBS NordWest weiterhin die Bearbeitung des Spargeschäfts der LBS Hessen-Thüringen sowie die Entwicklung und den Betrieb des individuellen Data-Warehouses und weiterer Systeme für die LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse und die LBS Saar.

Die langjährige Gruppenarbeit hat sich auch in der Werbung bewährt. Durch den gemeinschaftlichen überregionalen Werbeauftritt erfolgt ein effizienter Medieneinsatz.

Strategisches Leitbild der LBS NordWest

Die LBS NordWest definiert ihr strategisches Leitbild als Rahmen einer langfristigen strategischen Grundausrichtung des unternehmerischen Handelns mit neun Leitsätzen:

1. Wir wachsen profitabel durch eine konsequente und kundenfokussierte Immobilien- und Finanzierungsorientierung. Dabei nutzen wir die Chancen zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells.
2. Wir sind ein Mehrwerte-Partner für die Sparkassen sowie ein verlässlicher und attraktiver Partner für den Außendienst.
3. Wir bauen unsere Produktivitätsführerschaft bei klarer Kundenfokussierung aus – hierbei nutzen wir die Chancen der Digitalisierung, um unsere Prozesse noch effizienter zu gestalten.
4. Wir sind eine sozial verantwortungsvolle, attraktive Arbeitgeberin und entwickeln mit unseren Mitarbeiter:innen eine zukunftswei-

sende, partnerschaftlich geprägte Unternehmenskultur.

5. Wir streben einen stabilen Unternehmenswert bei aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich angemessener Kapitalausstattung an.
6. Wir etablieren eine angemessene Risikokultur und -steuerung.
7. Wir wirtschaften langfristig rentabel.
8. Wir verstehen die Interessen unserer Kundenschaft und vertreten diese konsequent zur Stärkung gezielter staatlicher Förderungen rund um die Immobilie.
9. Wir verstehen Nachhaltigkeit als gesellschaftlichen Auftrag und richten unsere Geschäftstätigkeit ganzheitlich „End-to-End“ danach aus.

Zielbild „LBS NordWest 2025“ – Nachhaltig ZusammenWachsen

Das Zielbild „LBS NordWest 2025“ ist das strukturgebende Element für die Geschäftsstrategie der LBS NordWest. Getreu der Zielsetzung „Nachhaltig ZusammenWachsen“ liegt der Fokus auf einem nachhaltigen Wachstum der LBS NordWest, das durch Zielkennzahlen definiert wurde.

Bezogen auf die Unternehmenskultur geht es darum, gemeinsam das ZusammenWachsen der beiden Häuser zu ermöglichen. Dafür wurden sechs zentrale Handlungsfelder durch das Zielbild „LBS NordWest 2025“ adressiert. Die strategischen Handlungsfelder „Wachstum“ und „Prozesseffizienz/Digitalisierung“ stellen dabei auch in diesem Zielbild wesentliche Eckpfeiler dar. Als weiteres strategisches Handlungsfeld wird das Thema „Nachhaltigkeit“ eine zentrale

Rolle einnehmen. Das Zielbild bildet mit den insgesamt sechs Handlungsfeldern (Wachstum, Prozesseffizienz/Digitalisierung, Stärkung staatlicher Immobilienförderung, Nachhaltigkeit, Wertorientierte Steuerung und Unternehmenskultur) den Rahmen des Handelns der LBS NordWest ab und berücksichtigt die Entwicklung aktueller Rahmenbedingungen. Daneben treten weitere strategische Handlungsfelder, die entweder aufsichtsrechtlich erforderlich sind oder eine wesentliche Bedeutung für die LBS NordWest haben. Als wesentliche strategische Ziele des Zielbildes „LBS NordWest 2025“ ist ein Brutto-Neugeschäft im kollektiven Geschäft von 13,0 Mrd.€ und im außerkollektiven Geschäft von 1,0 Mrd.€ p. a. definiert worden. Mit diesem Neugeschäft soll gleichzeitig der Anteil der Geldanlage an der Bilanzsumme der LBS NordWest gesenkt und der Unternehmenswert der LBS NordWest stabilisiert werden.

Durch eine zielgerichtete Produktentwicklung und -gestaltung ist die LBS NordWest insgesamt bei der aktuellen Zinsentwicklung und den zukünftig erforderlichen energetischen Sanierungen von Bestandsimmobilien aus Sicht des Vorstands gut positioniert. Dabei können Bausparverträge als Vorsparprodukt für den staatlich geförderten Eigenkapitalaufbau und als Instrument zur Zinsicherung im Rahmen einer Modernisierung oder Baufinanzierung eingesetzt werden.

Die gesetzten vertrieblichen Schwerpunkte im Zielbild „LBS NordWest 2025“ – z. B. konsequenter Ausbau und Nutzung der Kooperationen mit den

Sparkassen oder die Intensivierung des Bauspar- und Immobiliengeschäftes – sollen stringent mit Maßnahmen unterstützt werden.

Im Digital- und Prozessbereich stehen die Prozesse zur Markt- und Marktfolgebearbeitung mit unseren Kund:innen, Sparkassen und dem Außendienst (z. B. elektronischer Dokumentenupload, Weiterentwicklung der LBS GoApp) im Vordergrund. Zusätzlich erfolgt aber auch eine hausweite Forcierung von weiteren Digitalisierungsprozessen und eine konsequente Ablösung von papiergebundenen Vorgängen – insbesondere z. B. auch durch Robotics oder den Einsatz künstlicher Intelligenz.

Weiterhin wird der eigene Nachhaltigkeitsanspruch der LBS NordWest fest im Zielbild verankert und mit passenden Lösungen unterstützt. Der Anspruch ist eine führende Position als Partner nachhaltiger Immobilienfinanzierungen für Privatkund:innen in der Sparkassen-Finanzgruppe. Dabei werden insbesondere zielgruppenorientierte Angebote betrachtet, aber auch die gesamthafte Steuerung von ESG-bezogenen Risiken und Prozessen.

Der zentrale Auftrag des Nachhaltigkeitsmanagements in der LBS NordWest ist die Bündelung, Koordination und die Umsetzungsbegleitung von Aufgaben und Maßnahmen in den Themengebieten Umwelt, Soziales und nachhaltige Unternehmensführung (sog. ESG-Ansatz: Environmental, Social and Governance). Durch den ganzheitlichen („End-to-End“-)Ansatz stehen hier Aktivitä-

ten aus allen Bereichen im Fokus: Zum Beispiel die Attraktivität des Unternehmens als Arbeitgeberin, kundenorientierte Lösungen für energetische Sanierungen, eine nachhaltige Geldanlage oder der Weg zur CO₂-Neutralität im Geschäftsbetrieb. Aktuelle Themen und aufsichtsrechtliche Anforderungen, wie die EU-Taxonomie oder die von der BaFin beschriebenen Nachhaltigkeitsrisiken, ergänzen die Arbeiten und akzentuieren die Schwerpunkte laufend.

Die LBS NordWest wird für das Geschäftsjahr 2023 einen gesonderten nichtfinanziellen Bericht gemäß §§ 289 b (Nachhaltigkeitsbericht) erstellen, der zu einem späteren Zeitpunkt aufgestellt wird. Der nichtfinanzielle Bericht, der nicht Teil des Lageberichts ist, wird auf der eigenen Internetseite der LBS Landesbausparkasse NordWest veröffentlicht:

<https://www.lbs.de/unternehmen/bausparkassen/lbs-nordwest/nachhaltigkeit.html>.

Steuerungssystem und wesentliche Zielkennzahlen

Das Gesamtbanksteuerungssystem der LBS NordWest besteht aus einer integrierten Ertrags- und Risikosteuerung mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung bestehender und zukünftiger Ertragspotenziale. Die Risikosteuerung erfolgt mit den in Teil E beschriebenen Instrumenten. Im Zentrum der Ergebnissteuerung steht der Planungsprozess. Hier erfolgte eine detaillierte Betrachtung des folgenden Jahres, die Erstellung einer Langfristplanung für einen fünfjährigen Planungszeitraum sowie Simulationsrechnungen mit deutlich längeren Betrachtungszeiträumen.

Das Steuerungssystem der fusionierten Bausparkasse umfasst neben Kenngrößen für den Markterfolg finanzielle Leistungs- und Produktivitätsindikatoren sowie von der LBS NordWest als Kreditinstitut zwingend zu beachtende bankaufsichtsrechtliche Kenngrößen. Neben den bereits im Vorjahr bestehenden zentralen Steuerungs- und Zielgrößen „Eigenkapitalrentabilität“, „Cost-Income-Ratio“ und „Einstufung Risikomonitoring“ wurden für das fusionierte Institut die weiteren bedeutsamen Leistungsindikatoren „Brutto-Neugeschäft“, „Ergebnis vor Steuern (in Mio. €)“, „Produktivität (Verträge je Mitarbeitenden)“ und „Kernkapitalquote (in %)“ definiert. Insoweit bestehen zum 31. Dezember 2023 folgende zentrale Steuerungs- und Zielgrößen (bedeutsame Leistungsindikatoren):

Bedeutsamer Leistungsindikator	Erläuterung
Brutto-Neugeschäft (in Mrd. €)	Das Brutto-Neugeschäft eines Jahres ist ein wesentlicher Indikator für den Vermittlungserfolg im Bauspargeschäft. Es spiegelt die in einem Jahr insgesamt vermittelte Bausparsumme der Vertragsneuabschlüsse wider.
Ergebnis vor Steuern (in Mio. €)	Das Ergebnis vor Steuern zeigt den Saldo von Erträgen und Aufwendungen vor Steuern und ist damit ein Indikator für die wirtschaftliche Leistung eines Jahres.
Cost-Income-Ratio (in %)	Bei dieser Kennziffer wird der Verwaltungsaufwand (inkl. Abschreibungen) in das Verhältnis zu den Erträgen der LBS (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und sonstiges Ergebnis) gesetzt.
Eigenkapitalrentabilität (in %)	Der Jahresüberschuss vor Steuern wird auf das zum Ende des Jahres vorhandene Eigenkapital (inkl. Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB) bezogen.
Produktivität (Verträge je Mitarbeitenden)	Der Gesamtbestand an Bausparverträgen wird durch die Gesamtzahl der festangestellten, für die LBS tätigen Mitarbeitenden geteilt. Je höher die Kennziffer ist, desto höher ist damit die Produktivität.
Kernkapitalquote (in %)	Kreditinstitute sind bankaufsichtsrechtlich dazu angehalten, eine bestimmte Relation von (bankaufsichtsrechtlichen) Eigenmitteln im Verhältnis zu (Risiko-)Aktiva einzuhalten. Die Kernkapitalquote gibt Auskunft darüber, wie hoch der prozentuale Anteil hochwertiger Eigenmittel (bilanzielles Eigenkapital + Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340 g HGB) an den Risikoaktiva ist.
Einstufung im Risikomonitoring	<p>Aufgrund der Zugehörigkeit zum Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe unterliegt die LBS NordWest dem Risikomonitoring innerhalb des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und der LBS-Gruppe. Ziel ist es, zu jedem Erhebungstermin im Gesamturteil die bestmögliche Einstufung („grün“) zu erreichen.</p> <p>Die „Grundsätze für das Risikomonitoring“ wurden im Rahmen des IPS-Deep-Dive-Projekts in 2022 überarbeitet und die Instrumente des quantitativen und qualitativen Risikomonitorings angepasst und geschärft. Damit wird die Konsistenz zu den in der Rahmensatzung neu definierten Trigger-Events und hieraus folgenden Maßnahmen entlang der Stufen „Prävention“, „Sanierung“ und „Stützung“ gewährleistet.</p> <p>Durch die Anpassung der Methodik stehen die Ertrags- und Risiko-Kennziffern bei Instituten mit hohen Depot-A-Beständen infolge entstehender stiller Lasten im aktuellen Zinsanstieg tendenziell stärker unter Druck.</p> <p>Das angepasste und geschärfte quantitative Risikomonitoring sieht weiterhin die folgende 4-Säulen-Struktur vor: Kapital, Liquidität, Risikotragfähigkeit und Ertrags- und Risikolagekennziffer.</p> <p>Die Einstufung im Risikomonitoring des DSGV wird durch die, durch den Zinsniveauanstieg hervorgerufenen, stillen Lasten im Bereich der festverzinslichen Geldanlagen determiniert.</p>

B. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wurde wie im Vorjahr neben den mittelbareren Folgen des russischen Angriffskriegs auch durch die Auswirkungen der Energiepreiskrise geprägt. In Verbindung mit einer ausgeprägten weltwirtschaftlichen Schwäche, einer restriktiven Geldpolitik mit gestiegenen (Leit-)Zinsen und zunehmenden

strukturellen Herausforderungen hat das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2023 um –0,3 Prozent abgenommen¹ und lag damit deutlich unter dem Vorjahr (2022 +1,8 %)² und der letztjährigen Jahresprojektion für 2023 (+0,2 %)³.

¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2024, S. 158, Eckwerte der Jahresprojektion.

² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2024, S. 158, Eckwerte der Jahresprojektion.

³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 131, Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Im Jahresdurchschnitt sind die Verbraucherpreise in Deutschland mit + 5,9 % gegenüber 2022 etwas weniger stark gestiegen als im Vorjahr.⁴ In 2022 hatte die Inflationsrate noch bei + 6,9 % gelegen.⁵ Der höchste Stand wurde im Januar und Februar mit + 8,7 % ermittelt.⁶ Im Jahresverlauf entwickelte sich die Inflationsrate rückläufig und verstärkte sich erst zum Jahresende im Dezember erstmals wieder auf + 3,7 %.⁷ Der Anstieg im Dezember ist allerdings ein Basiseffekt, da der Staat im Dezember 2022 einmalig die Kosten für den Abschlag der Gas- und Fernwärmekundschaft übernommen hatte und dieser preisdämpfende Effekt im Dezember 2023 entfiel. Insgesamt wurde die Teuerung für das Jahr 2023 – wie im vergangenen Jahr – von den Auswirkungen der Kriegs- und Krisensituation beeinflusst, die die Preissituation auf allen Wirtschaftsstufen prägte. Nahrungsmittel verteuerten sich dabei (wie bereits im Vorjahr) im Jahresdurchschnitt besonders stark (+ 12,4 %).⁸

Die Auswirkungen der schwachen Konjunktur waren auch auf dem Arbeitsmarkt erkennbar.⁹ Einerseits erreichte die absolute Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland mit 45,93 Mio. (+ 0,7 % ggü. dem Vorjahr) einen neuen historischen Höchststand¹⁰, andererseits sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (z. B. Personen in Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit) 2023 deutlich gestiegen. Insgesamt stieg die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Dezember 2023 im Vergleich zum Vorjahresmonat um + 7,5 % auf 2.636.728 Menschen (zum Vergleich: Dezember 2022 2.453.879)¹¹. Die Arbeitslosenquote belief sich im Dezember auf

5,7 % (2022: 5,3 %).¹² Der Arbeitsmarkt wurde auch 2023 durch den Einsatz von Kurzarbeit gestützt, die Inanspruchnahme hat aber im Vergleich zu den von der Corona-Krise stark beeinträchtigten Jahren 2020 und 2021 deutlich, aber auch im Vergleich zu 2022 deutlich abgenommen.¹³ Die gemeldete Nachfrage nach neuen Mitarbeitern wurde bereits ab der zweiten Jahreshälfte 2022 spürbar schwächer. Dieser Trend setzte sich 2023 fort. Dennoch ist der Kräftebedarf im langjährigen Vergleich weiterhin hoch.¹⁴

Im Geschäftsgebiet der LBS NordWest, in NRW, Niedersachsen, Berlin und Bremen, entwickelten sich die Indikatoren analog zum Bundestrend. Sowohl die absolute Zahl der Erwerbstätigen als auch die Arbeitslosenquote ist leicht gestiegen.

Während die Arbeitslosenquote in Niedersachsen im Jahresdurchschnitt mit 5,7 %¹⁵ (2022: 5,3 %¹⁶) auf Bundesniveau lag, wiesen die drei übrigen Bundesländer des Geschäftsgebietes höhere Arbeitslosenquoten aus. So lag die Arbeitslosen-

⁴ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024.

⁵ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024.

⁶ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024.

⁷ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024.

⁸ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024.

⁹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2023, S. 8.

¹⁰ Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen: Pressemitteilung vom 24.01.2024.

¹¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2023, S. 94.

¹² Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2023, S. 111.

¹³ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Pressemeldung vom 03.01.2024.

¹⁴ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Pressemeldung vom 03.01.2024.

¹⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2023, S. 52.

¹⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2022, S. 53.

quote in NRW im Jahresdurchschnitt 2023¹⁷ – wie im Vorjahr¹⁸ – bei 7,2 %, in Bremen bei 9,1 % (2022: 8,8 %) und in Berlin sogar bei 10,6 % (2022: 10,2 %).

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind 2023 weiter gestiegen (2023: +6,1%¹⁹ vs. 2022: +4,2%²⁰). Gleichzeitig hat das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 2023 weniger zugenommen als im Vorjahr (+5,9%²¹ vs. 2022: +7,2%²²) und die Sparquote ist gegenüber dem Vorjahr (2022: +11,2%²³) nahezu konstant geblieben und liegt nun bei +11,3%²⁴.

Bereits im Vorjahr hatte der Insolvenztrend nach elf Jahren rückläufiger Zahlen gedreht. Hohe Kostenbelastungen und die Rezession haben das Insolvenzgeschehen in Deutschland in 2023 verstärkt. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg deutlich um +23,5 % auf 18.100 Fälle (2022: 14.660 Fälle).²⁵

In allen Hauptwirtschaftsbereichen verzeichnete Creditreform einen deutlichen Anstieg der Insolvenzzahlen. Im Baugewerbe war ein Anstieg um +20,8 % zu verzeichnen.²⁶ Durch hohe Zinsen, steigende Baukosten und den Einbruch der Nachfrage steht die Bauwirtschaft in Deutschland vor schwierigen Zeiten. Der Druck auf die Liquiditätslage der Bauunternehmen steigt unter den aktuellen Bedingungen immer mehr. Die Insolvenzzahlen im Sektor reagierten bereits. Weiter zunehmende Belastungen für das Baugewerbe dürften diesen Trend noch verstärken. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im Dezember 2023 im Wohnungsbau auf den tiefsten Stand seit 1991 gefallen.²⁷

Zinsentwicklung

Aufgrund der hohen Inflation (siehe vorheriges Kapitel) hat die Europäische Zentralbank den Hauptrefinanzierungssatz (Leitzins) insgesamt 6 mal von 2,5 % auf 4,5 % in 2023 angehoben.²⁸ Die Inflationsrate sank daraufhin bis Ende 2023 auf 3,7 %. Dieser Inflationsrückgang ist auf fast alle Preiskomponenten zurückzuführen. Lediglich die im 2. Halbjahr 2023 gestiegenen Energiepreise hatten weiterhin einen positiven Effekt auf die Inflation.²⁹

Der Zinssatz für Interbankengeschäfte (z. B. 10-Jahres-MidSwap gegen 6-Monats-EURIBOR) stieg demgemäß von 3,07 % Anfang des Jahres bis auf knapp 3,50 % im Oktober. Danach setzte eine Neubewertung der für 2024 erwarteten Leitzinsänderungen ein, die zu einem deutlichen Zinsrückgang auf ca. 2,38 % beim 10-jährigen-MidSwap führte. Innerhalb von 8 Wochen fiel der Zins damit um über 110 Punkte.

¹⁷ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2023, S. 52.

¹⁸ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2022, S. 53.

¹⁹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2024, S. 158, Eckwerte der Jahresprojektion.

²⁰ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2024, S. 171, Eckwerte der Jahresprojektion.

²¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2024, S. 171, Eckwerte der Jahresprojektion.

²² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

²³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

²⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2024, S. 171, Eckwerte der Jahresprojektion.

²⁵ Vgl. Creditreform, Pressemeldung vom 04.12.2023, Insolvenzen in Deutschland 2023.

²⁶ Vgl. Creditreform, Pressemeldung vom 04.12.2023, Insolvenzen in Deutschland 2023.

²⁷ Vgl. ifo, Pressemeldung vom 10.01.2024, ifo-Konjunkturumfrage.

²⁸ Vgl. https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/key_ecb_interest_rates/html/index.en.html.

²⁹ Vgl. Jahresgutachten 2023/24 des Sachverständigenrates, Auszug „Konjunktur-erholung verzögert sich“, S. 59.

Die LBS hatte in ihrer Planung für das Jahr 2023 konservativ einen durchschnittlichen Zinssatz von 1,95 % für den 10-Jahres-MidSwap angesetzt. Das lag auf dem Niveau der im Vorjahr am Markt beobachtbaren Forward-Rate. Aufgrund der Inflation und der restriktiven Geldpolitik der EZB hat sich ein 10-Jahres-MidSwap mit 3,05 % im Durchschnitt für 2023 ergeben.

Wohnungsmarkt

Die im Jahr 2022 durch ungünstige Rahmenbedingungen (hohe Materialkosten, Zinsanstieg) begonnene Trendwende setzte sich im Wohnungsbau 2023 weiter fort.³⁰ Nachdem die Zahl der Baugenehmigungen bereits in 2022 auf dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2018 war, ist sie in 2023 noch weiter zurückgegangen. Neben den oben genannten Rahmenbedingungen resultiert die Zurückhaltung der Marktteilnehmer u. a. aus steigenden Anforderungen an die Gebäudeeigenschaften, Verringerung des Fördervolumens und vergleichsweise restriktiven Förderbedingungen.³¹ Die Anzahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau sank sowohl in Gesamtdeutschland als auch in den einzelnen Bundesländern des Geschäftsgebietes mit Ausnahme von Berlin massiv (DE: –26,4 %³², NRW: –26,2 %, Niedersachsen: –32,0 %, Berlin: –7,2 %, Bremen: –32,2 %³³). Am deutlichsten sanken dabei die Genehmigungszahlen für Zweifamilienhäuser (–48,3 %) und Einfamilienhäuser (–39,1%), lediglich die Zahl der Wohnheime konnte mit +15,1 % einen Anstieg verzeichnen.³⁴

Daraus resultierend erwartet die LBS NordWest für das Berichtsjahr 2023 auch eine rückläufige Anzahl der Wohnungsbaufertigstellungen.

Durch den rapiden Zinsanstieg, die insgesamt hohe Inflation sowie die stark steigenden Baukosten war auch bei den Immobilientransaktionen der Markt seit 2022 deutlich rückläufig.

Für das Gesamtjahr 2023 erwartet GEWOS auf Basis der Daten aus den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 den stärksten jemals gemessenen Rückgang von Kauffällen und Geldumsatz.³⁵

Die Preise für Wohnimmobilien sind im 4. Quartal 2023 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um durchschnittlich –7,1 % gesunken. Damit fielen die Preise zum fünften Mal in Folge gegenüber dem Vorjahresquartal, aber der Rückgang war erstmals etwas geringer als in den Vorquartalen (1. Q. 2023 –6,8 %, 2. Q. 2023 –9,6 %, 3. Quartal 2023 –10,1 %).³⁶ Im Jahresdurchschnitt 2023 sanken die Preise für Wohnimmobilien um –8,4 % gegenüber dem Jahr 2022.³⁷ Die Wohnimmobilienpreise sind sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum gesunken.

³⁰ Vgl. GEWOS_IMA 2023/2 – Immobilienmarktanalyse Band 2, S. 10.

³¹ Vgl. GEWOS_IMA 2023/2 – Immobilienmarktanalyse Band 2, S. 10.

³² Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 028 vom 18.01.2024 (Genehmigungen 01–11.2023).

³³ Vgl. Destatis, „Genehmigungen 2023, 01–12.2023“.

³⁴ Vgl. Destatis, „Genehmigungen 2023, 01–12.2023“.

³⁵ Vgl. GEWOS, Pressemitteilung „IMA 2023“ vom 14.09.2023.

³⁶ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 114 vom 22.03.2024.

³⁷ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 114 vom 22.03.2024.

C. Geschäftsverlauf

Im Hinblick auf die im Geschäftsjahr erfolgte Verschmelzung der LBS Nord auf die Gesellschaft als übernehmenden Rechtsträger wurden im nachfolgenden Abschnitt – neben den Vorjahresangaben, die sich auf die vormalige LBS West als übernehmenden Rechtsträger beziehen – zur Herstellung einer besseren Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr zusätzliche fiktive Vorjahresangaben als Summe der Vorjahresbeträge der LBS West und der LBS Nord unter Berücksichtigung von Konsolidierungs- und Verschmelzungseffekten (soweit vorhanden) vorgenommen (nachfolgend jeweils bezeichnet als „fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“). Da die LBS Nord und die LBS West im Vorjahr noch nicht verschmolzen waren, handelt es sich dabei um Vorjahreszahlen, die unter fiktiven Annahmen ermittelt wurden.

Verschmelzung der LBS Nord auf die LBS West

Die Konsolidierung unter den Landesbausparkassen ist unter Beteiligung der LBS NordWest mit großen Schritten vorangeschritten. Die Träger der LBS West (Rheinischer Sparkassen- und Giroverband und der Sparkassenverband Westfalen-Lippe) und der LBS Nord (NordLB, Niedersächsischer Sparkassen- und Giroverband und die Landesbank Berlin AG) haben ihre Zustimmung zur Fusion der beiden Landesbausparkassen zur LBS NordWest erteilt. Der Zusammenschluss ist rückwirkend zum 1. Januar 2023 (juristische Fusion per 31. August 2023) erfolgt. Mit dem Zusammenschluss ist ein Institut mit einer Bilanzsumme von über 22 Milliarden € in NRW, Niedersachsen, Berlin und Bremen entstanden.

Gemeinsam werden 2,6 Millionen Kunden und Kundinnen mit 3,1 Millionen Verträgen über eine Bausparsumme von rund 95 Milliarden € betreut.

Die LBS West und die LBS Nord waren bereits seit 2013 gemeinsam Anteilseigner der Immobilien-Vermittlungsgesellschaft LBS Immobilien GmbH NordWest.

Im Zuge der Verschmelzung wurden im dritten Quartal 2023 zunächst die Vermögensgegenstände und Schulden der ehemaligen LBS Nord in das Hauptbuch SAP der ehemaligen LBS West übernommen. Im vierten Quartal 2023 wurden die Datenbestände in OSPlus LBS der ehemaligen LBS Nord auf das OSPlus-System der ehemaligen LBS West im Rahmen einer technischen IT-Migration übertragen. Damit wurden auch die Prozesse und Datenbestände in OSPlus LBS zusammengeführt und vereinheitlicht.

Neugeschäft

Das Brutto-Neugeschäft betrug 2023 11,2 Mrd. € und lag damit um 32 % über dem Vorjahreswert der LBS West. Stückzahlbezogen betrug das Brutto-Neugeschäft 193.458, was einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahres(brutto)neugeschäft der LBS West von 41% entspricht. Bezogen auf die zusammengefassten Vorjahreswerte der LBS West und der LBS Nord ergibt sich jedoch ein Rückgang des Bruttoneugeschäfts von 10,6 % (Summe) bzw. 2,5 % (Stück). Dies bedeutet, bezogen auf das summenmäßige Bruttoneugeschäft, dass die zusammengefasste Bruttoneugeschäftsplanung zu 94,6 % erreicht wurde. Das eingelöste Bau-

sparsummen-Neugeschäft (Netto-Neugeschäft) betrug 2023 9.960 Mio. € und konnte damit im Vergleich zum Vorjahr (LBS West) um rd. 64 % gesteigert werden. Die Anzahl der eingelösten Neuverträge erhöhte sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr (LBS West) um 63 % auf 177.744. Im Vergleich zu den zusammengefassten Vorjahreswerten der LBS West und der LBS Nord („fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“) lag das eingelöste Bausparsummen-Neugeschäft 8 % über den zusammengefassten Vorjahreswerten und die Anzahl der eingelösten Neuverträge um 11 % über den zusammengefassten Vorjahreswerten. Nachdem das Bauspar-Neugeschäft bis zur Mitte des Jahres deutlich vom gestiegenen Zinsniveau profitiert hatte, war die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte leicht rückläufig. Besonders im Sparkassengeschäft ging das Geschäft zurück.

Wohn-Riester-Neugeschäft

Nach wie vor vorhandene negative Medienberichte zum Thema Riester beeinflussten das Marktsegment „Altersvorsorge durch Wohneigentum“ weiterhin. In diesem schwierigen Marktumfeld lag das Neugeschäft bei 8.606 abgeschlossenen Wohn-Riester-Verträgen mit einem Volumen in Höhe von 452 Mio. €.

Vertragsbestand

Mit einer Bausparsumme in Höhe von 97.484 Mio. € (+51,8 %) lag der eingelöste Vertragsbestand in 2023 unter Berücksichtigung der Fusion mit der LBS Nord deutlich über dem Vorjahr. Die Vertragsanzahl lag mit 2,7 Mio. infolge

der Verschmelzung mit der LBS Nord ebenfalls über dem Vorjahr (+42 %). Im Vergleich zu den zusammengefassten Vorjahreswerten der LBS West und der LBS Nord („fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“) lag die Bausparsumme leicht über dem Vorjahr (+2,9 %) und die Vertragsanzahl leicht unter dem Vorjahr (–3,4 %).

Massebewegungen

Der Spargeldeingang verringerte sich im Vergleich zum zusammengefassten Vorjahreswert („fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“) um –3,3 % auf 2.795 Mio. € (bezogen auf den Vorjahreswert der LBS West ergab sich eine Steigerung von 43 %). Die Tilgungen verzeichneten erneut einen Rückgang im Vergleich zum zusammengefassten Vorjahreswert („fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“) um –6,9 % auf 320 Mio. € (verglichen mit dem Vorjahreswert der LBS West ergab sich ein Zuwachs von 54 %). Die Zuflüsse zur Zuteilungsmasse gingen im Vergleich zum zusammengefassten Vorjahreswert („fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“) um –3,7 % auf 3.115 Mio. € zurück – verglichen mit dem Vorjahresvergleichswert der LBS West ergab sich hingegen ein Anstieg um 44 %. Mit Auszahlungen in Höhe von 3.838 Mio. € (+17,4 % im Vergleich zum zusammengefassten Vorjahreswert („fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“) stellte die LBS ihrer Kundschaft und damit dem Wohnungsmarkt in deutlich erhöhtem Maße Bausparmittel zur Verfügung; im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert der LBS West

ergab sich sogar eine Steigerung um 76,3%. Die Auszahlungen für kollektive Bauspardarlehen verdoppelten sich mit 818 Mio. € im Vergleich zum zusammengefassten Vorjahreswert („fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“) nahezu (+ 91%) – im Vergleich zum Vorjahreswert der LBS West ergab sich sogar eine Verdreifachung. Per Saldo sank die Zuteilungsmasse um – 3,9% im Vergleich zum zusammengefassten Vorjahreswert („fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“) auf 17.817 Mio. € – bezogen auf den Wert der LBS West für das Jahr 2022 ergab sich hingegen ein Anstieg um 42%.

Kreditgeschäft

Neben der Bereitstellung kollektiver Mittel bewilligte die LBS außerkollektive Kredite in Höhe von 797,7 Mio. €. Die außerkollektiven Bewilligungen lagen damit um – 28,2% unter dem zusammengefassten Vorjahreswert („fiktiver Vorjahreswert als Summe aus LBS West und LBS Nord“) und um gut 25% über dem Vorjahreswert der ehemaligen LBS West. Hier wirkten sich insbesondere die wachsenden Unsicherheiten (drohende Rezession, hohe Energiekosten etc.) im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die daraus resultierenden volatilen Zins- und Inflationsniveaus negativ auf die Neubewilligungen aus.

Die Nachfrage nach Zwischenfinanzierungskrediten hängt von der Attraktivität des zeitnah folgenden Bauspardarlehens ab. Dementsprechend führte die Entwicklung des Zinsniveaus in 2023 zu einer deutlich steigenden Nachfrage nach Zwischenfinanzierungskrediten.

Vertrieb

Das Jahr 2023 war zunächst geprägt durch die Fortsetzung des vom schnellen Zinsanstieg ausgelösten deutlichen Anstieg des Brutto-Neugeschäfts im Vergleich zum zusammengefassten Vorjahreswert der LBS West und der LBS Nord für das Neugeschäft. Im Jahresverlauf ließ diese Dynamik mit sich stabilisierendem Zinsniveau spürbar nach, so dass das außerordentlich positive Neugeschäft des Vorjahres (*zusammengefasster Vorjahreswert der LBS West und der LBS Nord*) insgesamt – wie erwartet – nicht vollständig erreicht werden konnte. Während der Außendienst im Eigengeschäft sowie in der Kooperation mit den Sparkassen dabei das unter Berücksichtigung der Verschmelzung festgelegte Planziel erreichte, ging das Neugeschäft der Sparkassen selbst deutlicher zurück.

Ein Grund für das insbesondere in der 2. Jahreshälfte rückläufige Bauspargeschäft war der bereits 2022 zu beobachtende deutliche Einbruch des Marktvolumens im Baufinanzierungs- und Immobiliengeschäft. Die hohe Inflation, sprunghaft steigende Baukosten und das höhere Zinsniveau verhinderten hier im gesamten Jahresverlauf eine nennenswerte Erholung. Im Ergebnis ging das außerkollektive LBS-Kreditgeschäft (Vorfinanzierungskredite und Annuitätendarlehen) spürbar zurück und verfehlte auch die Planung deutlich. Am veränderten Kundenbedarf ausgerichtete Produktanpassungen haben jedoch immerhin erfolgreich dazu beigetragen, sich vom allgemeinen Markttrend positiv abzusetzen.

Auch in 2023 wurde konsequent an der weiteren Digitalisierung zur Steigerung der Effizienz und der Nachhaltigkeit der Vertriebsprozesse für AD und Sparkassen gearbeitet. Fester Bestandteil des digitalen Angebotes ist die FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG (FORUM), die nahezu vollständig die Kreditvermittlungen des Außendienstes an LBS und Sparkassen abwickelt und stetig weitere Drittvermittler für das Zuführungsgeschäft gewinnt. Insbesondere bei den Drittanbietern soll eine Steigerung der Unterlegung des zugeführten Kreditgeschäftes zukünftig für zusätzliche Zuwächse im Bausparneugeschäft sorgen.

Im Zuge der Fusion wurde schließlich innerhalb des Vertriebsressorts ein eigener Bereich für den Ausbau des medialen Vertriebs geschaffen. Ergänzend zu den beiden klassischen Vertriebswegen werden wir hier dem veränderten Kundenverhalten entsprechende digitale Beratungsangebote und Abschlussstrecken entwickeln, um die dafür stark zunehmenden Potenziale zu heben. Wesentlicher Bestandteil dieser Strategie ist weiterhin die Digitale Business Center GmbH (DBC), die in 2023 eine weiter zunehmende Nachfrageentwicklung verzeichnete. Kernaufgabe der DBC ist der Einkauf und das Management von im LBS-eigenen digitalen Ökosystem gewonnenen digitalen Kontakten zu Interessent:innen (sogenannte Leads) für das Bauspar-, Baufinanzierungs- und Immobiliengeschäft, deren Transformation in Beratungstermine für den AD und die Sparkassen bis hin zur eigenständigen Beratung von Kund:innen. Letztere wurde in 2023 mit eigenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen erfolgreich aufgenommen und führte

zu ersten Umsatzerfolgen. Zukünftig erwarten wir uns aus dem medialen Vertrieb einen deutlich zunehmenden Beitrag zum Neugeschäft.

D. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die folgende Tabelle stellt die Ertragslage 2023 dar. Die LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover (LBS Nord) wurde mit Ablauf des 31. August 2023 auf die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) rückwirkend zum 1. Januar 2023 verschmolzen. Die LBS West firmiert seit dem 1. September 2023 unter dem Namen LBS Landesbausparkasse NordWest. Die Vermögens- und Schuldenpositionen der LBS Nord wurden im Rahmen der Verschmelzung zur Aufnahme zum Buchwert auf die ehemalige LBS West übertragen. Die Vorjahreswerte per 31.12.2022, die in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie im Anhang als Vorjahreswerte angegeben werden, entsprechen den Werten der ehemaligen LBS West als übernehmender Rechtsträger im Rahmen der Verschmelzung. Zur Herstellung der Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr werden daher in der nachfolgenden Darstellung der Ertragslage in der Spalte „angepasste Vorjahreszahlen unter fiktiven Annahmen“ die Summe der Vorjahresbeträge der LBS Nord und der LBS West in der jeweiligen Position unter Berücksichtigung von Konsolidierungs- und Verschmelzungseffekten (soweit vorhanden) angegeben. Da die LBS Nord und die LBS West im Vorjahr noch nicht verschmolzen waren, handelt es sich dabei um Vorjahreszahlen, die unter fiktiven Annahmen ermittelt wurden:

in Mio.€	2023 LBS NordWest	2022 LBS West	2022 LBS Nord	2022 Nord und West („angepasste Vorjahreszahlen unter fiktiven Annahmen“)
Zinsüberschuss und Beteiligungserträge	221,5	134,5	73,7	208,2
Provisionsergebnis	6,7	11,2	-6,3	4,9
Verwaltungsaufwand ¹	215,0	129,0	82,6	211,6
Sonstiges Ergebnis ²	13,4	28,8	30,6	59,4
Bewertungs- und Risiko- ergebnis	-5,3	-6,4	2,4	-4,0
Außerordentliches Ergebnis	-15,3	-	-	-
Ergebnis vor Steuern	6,0	39,1	17,9	56,9
Ertragssteuern	34,0	-1,1	1,7	0,6
Ergebnis nach Steuern	40,0	38,0	19,5	57,5
Jahresüberschuss	40,0	38,0	-	38,0

¹ Allgemeine Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

² Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen, sonstigen betrieblichen Aufwendungen und sonstigen Steuern

Das Betriebsergebnis der LBS NordWest wurde im Geschäftsjahr 2023 neben der Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten maßgeblich durch die erfolgte Fusion der LBS West mit der LBS Nord beeinflusst. Aus diesem Grund ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen, auf deren Anpassung im Jahresabschluss verzichtet wurde, nur eingeschränkt möglich. Die vorangestellte Übersicht gibt jedoch einen quantitativen Überblick. Im Folgenden wird verbal auf die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr (Zahlen der ehemaligen LBS West) eingegangen.

Zins- und Provisionsergebnis

Durch die erneute Reduzierung der durchschnittlichen Verzinsung der Bauspareinlagen konnte der Zinsaufwand für die Bauspareinlagen im Berichtsjahr wieder deutlich gesenkt werden. Die Zinserträge aus der Vergabe von Bauspardarlehen betragen 31,0 Mio.€ und haben sich damit im Vergleich zum

Vorjahr mehr als verdoppelt. Dies spiegelt damit, über den Fusionseffekt hinausgehend, den im Jahr 2023 erfolgten deutlichen Bestandsaufbau bei diesen Darlehen wider. Aus dem außerkollektiven Geschäft wurden Zinserträge von 162,0 Mio.€ nach 74,8 Mio.€ im Vorjahr generiert. Damit ist dieses Geschäftsfeld auch für das fusionierte Haus weiter bestimmend für die Zinserträge aus dem Darlehensgeschäft.

Die Erträge aus der Geldanlage betragen 165,3 Mio.€ (Vorjahr: 138,4 Mio.€). Die absolute Höhe der Erträge bringt die weiterhin hohe Bedeutung der Geldanlagen für den Zinsüberschuss zum Ausdruck.

Seinen Niederschlag findet das gestiegene Zinsniveau bei den kurzfristigen Zinsen, insbesondere auch in den Zinserträgen und Zinsaufwendungen aus Swapgeschäften. Aus den zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Payer- und Receiverswaps wurden im abgelaufenen Geschäfts-

jahr Zinserträge von 24,0 Mio. € und Zinsaufwendungen von 31,7 Mio. €, d. h., per Saldo wurde ein negativer Ergebnisbeitrag von – 7,7 Mio. € realisiert.

Im Geschäftsjahr belief sich der Zinsüberschuss (Zinserträge, Zinsaufwendungen und laufende Erträge aus Spezialfonds sowie Beteiligungserträge) der LBS NordWest damit auf 221,5 Mio. € und lag damit um 64,6 % über dem Vorjahreswert von 134,5 Mio. €.

Das Provisionsergebnis betrug +6,7 Mio. €. Es enthält einerseits Provisionszahlungen an Vermittler (insbesondere Außendienst und Sparkassen) von 132,8 Mio. € und Provisionserträge aus Abschlussgebühren für Bausparverträge von 127,7 Mio. € sowie Erträge aus laufenden Entgelten (insbesondere Servicepauschalen und Vertragsentgelte) von 18,5 Mio. €. Strukturell wirkte der weiter steigende Anteil von Tarifen mit einer Abschlussgebühr von 1,6 % am Brutto-Neugeschäft positiv auf die Provisionserträge. Belastend wirkten demgegenüber Bonifikationszahlungen für Neugeschäft auch aus Vorjahren sowie im Rahmen der Fusion notwendige Rückstellungsbildungen im Zusammenhang mit Angleichungen der Vergütungssysteme. Im Vorjahr betrug das Provisionsergebnis noch +11,2 Mio. €, damit hat sich dieses im Vergleich zum Vorjahr um rd. 40 % verschlechtert.

Insgesamt betrug das Zins- und Provisionsergebnis 228,2 Mio. € nach 145,8 Mio. € im Jahr 2022.

Sach- und Verwaltungsaufwand

In dem Personalaufwand von 102,4 Mio. € findet der infolge der Fusion auf durchschnittlich

1.059 Mitarbeitende gestiegene Personalbestand der LBS NordWest seinen Niederschlag – im Vorjahr waren bei der LBS West durchschnittlich 642 Mitarbeitende beschäftigt worden, hierfür fielen im Vorjahr Personalaufwendungen i. H. v. 68,8 Mio. € an. Die Produktivität (Verträge je Mitarbeitenden) ist von 3.867 Verträgen je Mitarbeitenden auf 3.150 Verträge je Mitarbeitenden gesunken.

Die Sachaufwendungen (andere Verwaltungsaufwendungen inkl. Abschreibungen) betragen 112,6 Mio. €. Einmalig beeinflusst wurden die Verwaltungsaufwendungen insbesondere durch die im Zusammenhang mit der Fusion angefallenen zusätzlichen EDV- und Beratungskosten von mehr als 10 Mio. €. Auch vor diesem Hintergrund lag der Sachaufwand deutlich über dem Vorjahreswert von 60,2 Mio. €.

Insgesamt betragen die Verwaltungsaufwendungen 2023 (inkl. Abschreibungen) 215,0 Mio. € nach 129,0 Mio. € im Jahr 2022. Zum 31. Dezember 2023 betrug die Cost-Income-Ratio 89,0 % und lag damit, u. a. hervorgerufen durch die Kosten der Fusion, über dem vor der Fusion gültigen strategischen Zielwert der LBS West einer Cost-Income-Ratio von unter 85 %.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis von 13,4 Mio. € ist in seiner Zusammensetzung ebenfalls wesentlich durch Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Fusion geprägt. Dabei ergaben sich aus der Vereinheitlichung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden teils gegenläufige

Effekte, sodass das sonstige Ergebnis hinsichtlich seiner Höhe insbesondere durch die Aufwendungen zur Einlagensicherung von 8,0 Mio. € sowie die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (13,0 Mio. €) und Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen (10,9 Mio. €) bestimmt wird. Im Jahr 2022 betrug das – insbesondere durch die Erträge aus der Auflösung des Fonds zur baupartechnischen Absicherung in Höhe von 32,2 Mio. € geprägte – sonstige Ergebnis demgegenüber 28,7 Mio. €.

Betriebsergebnis vor Bewertung

Das Ergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung lag aufgrund der oben dargestellten Effekte bei 26,6 Mio. €.

Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis ist im Berichtsjahr zum einen durch Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen und den Vorsorgereserven nach § 340 f HGB in Höhe von 8,9 Mio. € und zum anderen durch die Auflösung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen von 4,1 Mio. € geprägt. Unter Einbezug weiterer Posten, insbesondere der Abschreibungen auf Forderungen sowie der Geldeingänge auf abgeschriebene Forderungen, ergab sich das Risikoergebnis von – 5,3 Mio. € (Vorjahr: – 6,4 Mio. €).

Außerordentliches Ergebnis

Im Zusammenhang mit der Fusion wurde mit den Interessenvertretungen der Belegschaft ein Rahmensozialplan mit dem Ziel eines sozialverträglichen, freiwilligen Personalabbaus in den

kommenden Jahren abgeschlossen. Der Rahmensozialplan sieht insbesondere ein Sondervorruhestandsangebot für bestimmte Mitarbeitende vor. Unter Berücksichtigung der erwarteten und angestrebten Inanspruchnahmen des Rahmensozialplans wurde eine Rückstellung von 15,3 Mio. € gebildet, deren Zuführungsaufwand im a. o. Ergebnis ausgewiesen wird.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern liegt mit 6 Mio. € deutlich unter dem Vorjahr (39,1 Mio. €). Ursächlich sind insbesondere Einmalaufwendungen für Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Rahmensozialplan, die Bildung von Vorsorgereserven im Bewertungsergebnis und die im Vorjahr enthaltenen Erträge aus der Auflösung des Fonds zur baupartechnischen Absicherung in Höhe von 32,2 Mio. €.

Steuerergebnis

Im Zuge der Verschmelzung der LBS Nord auf die LBS West wurden im Rahmen der Vereinheitlichung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstmalig latente Steuern auf die bei der ehemaligen LBS Nord vorhandenen, sich im Zeitablauf ausgleichenden, unterschiedlichen Wertansätze in Handels- und Steuerbilanz gebildet. Aus der erstmaligen Berücksichtigung dieser Zielsetzung resultiert ein positiver Ergebniseffekt (Ertrag aus der Aktivierung latenter Steuern) von 37,8 Mio. €. Unter Einbezug laufender Steuerzahlungen und der Ergebnisse aus steuerlichen Außenprüfungen ergibt sich insgesamt ein positiver Ergebniseffekt aus Steuern (negativer Steuer Aufwand) von 34,0 Mio. €.

Jahresüberschuss nach Steuern/Bilanzgewinn

Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 40,0 Mio. €. Prägend für das Jahresergebnis ist insbesondere der beschriebene Ertrag aus der Aktivierung latenter Steuern in Höhe von 38,0 Mio. €. Insoweit wurde die Erwartung aus dem Vorjahr der Erzielung eines Jahresüberschusses unter dem Vorjahresniveau übertroffen.

Die Eigenkapitalrendite als zentrale Steuerungskennzahl und bedeutsamer Leistungsindikator betrug zum 31. Dezember 2023 0,50 % und ist im Vergleich zum Vorjahr (4,54 %) rückläufig. Ursächlich ist insbesondere das infolge der Verschmelzung deutlich gestiegene Kapital.

Finanzlage

Grundsätze und Ziele des Finanzmanagements

Die LBS NordWest ist ein Nichthandelsbuchinstitut. Die Anlage verfügbarer Mittel erfolgt in der Eigenanlage grundsätzlich nach der Strategie, die Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten (Buy-and-hold-Strategie).

Finanzierungsquellen/Kapitalstruktur

Mit einem Anteil der Bauspareinlagen an der Bilanzsumme in Höhe von rd. 88 % stellen die Bauspareinlagen die weitaus größte Finanzierungsquelle dar. Das gezeichnete Kapital wurde im Rahmen der zu Buchwerten vorgenommenen Verschmelzung entsprechend der Anteile am Nominalkapital der neu hinzugekommenen Träger um 170,8 Mio. € auf 520,8 Mio. € erhöht. Die Kapitalrücklage betrug nach der Verschmelzung 126,6 Mio. €. Den Gewinnrücklagen wurden aus

dem Bilanzgewinn der LBS West des Vorjahres 38,0 Mio. € zugeführt. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken erhöhte sich im Rahmen der Fusion durch die Übertragung des entsprechenden Postens der LBS Nord um 158,7 Mio. € auf 193,4 Mio. €. Der Anteil des bilanziellen Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken an der Bilanzsumme beträgt zusammen 6,1%. Die nachrangigen Verbindlichkeiten liegen nunmehr bei 110 Mio. €, hiervon gingen 60 Mio. € im Rahmen der Fusion von der ehemaligen LBS Nord auf die LBS NordWest über.

Zahlungsfähigkeit

Zur Steuerung der Liquidität erstellt die LBS NordWest gemäß MaRisk regelmäßig Liquiditätsprognosen, die auf die Rahmenbedingungen der Kollektivplanung ausgerichtet sind. Die Fälligkeiten der Geldanlagen sind auf den voraussichtlichen Bedarf an liquiden Mitteln abgestimmt.

Die Zahlungsfähigkeit der LBS NordWest war im Berichtsjahr gegeben. Die bankaufsichtsrechtlichen Kennziffern für die kurzfristige Liquidität (LCR) bzw. die längerfristige Refinanzierung (NSFR) lagen im Jahresverlauf zwischen 156 % und 219 % für die LCR bzw. 123,3 % und 127,4 % für die NSFR.

Vermögenslage

Die folgende Tabelle stellt die Vermögenslage per 31.12.2023 dar. Im Rahmen der erfolgten Verschmelzung zur Aufnahme wurden die Vermögens- und Schuldenpositionen der LBS Nord zum Buchwert auf die ehemalige LBS West übertra-

gen. Die Vorjahreswerte per 31.12.2022, die in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie im Anhang als Vorjahreswerte angegeben werden, entsprechen den Werten der ehemaligen LBS West als übernehmender Rechtsträger im Rahmen der Verschmelzung. Zur Herstellung der Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr werden daher in der nachfolgenden Darstellung der Vermögenslage in der Spalte „angepasste Vorjahreszahlen unter fiktiven Annahmen“ die Summe der Vorjahresbeträge der LBS Nord und der LBS West in der jeweiligen Position unter Berücksichtigung von Konsolidierungs- und Verschmelzungseffekten (soweit vorhanden) angegeben. Da die LBS Nord und die LBS West im Vorjahr noch nicht verschmolzen waren, handelt es sich dabei um Vorjahreszahlen, die unter fiktiven Annahmen ermittelt wurden:

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere durch die Verschmelzung zur LBS NordWest um 7,2 Mrd. € auf 22,0 Mrd. €. Für die Passivseite haben die Bauspareinlagen von 19,2 Mrd. € bestimmenden Charakter. Auf der Aktivseite verzeichneten die Baudarlehen mit 9,7 Mrd. € einen Anteil von 44 % an der Bilanzsumme, während die Geldanlagen mit 11,7 Mrd. € 53 % der Bilanzsumme ausmachten. Damit hat sich insbesondere infolge der Fusion der Anteil der Baudarlehen an der Bilanzsumme von im Vorjahr 30 % zu Lasten des Anteils der Geldanlagen (Vorjahresanteil 61 %) erhöht.

Die Vermögens- und Schuldenpositionen der LBS Nord wurden im Rahmen der Verschmelzung zur Aufnahme zum Buchwert auf die ehemalige LBS West übertragen. Als Gegenleistung für die

in Mio. €	2023 LBS NordWest	2022 LBS West	2022 LBS Nord	2022 Nord und West („angepasste Vorjahreszahlen unter fiktiven Annahmen“)
Aktiva				
Baudarlehen	9.681	4.500	4.549	9.049
Geldanlagen	11.672	9.881	2.415	12.296
Sonstige Aktiva	607	379	290	669
Passiva				
Bauspareinlagen	19.235	13.133	6.327	19.460
Verbindlichkeiten Kreditinstitute (sonstige)	598	284	182	466
Eigenkapital (inkl. Fonds für allg. Bankrisiken)	1.344	848	456	1.304
Sonstige Passiva	783	495	289	784
Bilanzsumme	21.960	14.760	7.254	22.014

Vermögensübertragung haben die Träger der LBS Nord Anteile an der LBS NordWest erhalten. Die neuen Anteile wurden dadurch geschaffen, dass das Stammkapital der LBS West zur Durchführung der Verschmelzung um 170,8 Mio. € gegen Sacheinlage erhöht wurde. Soweit der Wert des übertragenen Vermögens den Gesamtnennbetrag der neu gewährten Anteile überschritten hat, wurde der Überschussbetrag in die Kapitalrücklage der LBS NordWest eingestellt. Unter Berücksichtigung dieser Verschmelzungseffekte ist das Eigenkapital von 813 Mio. € im Vorjahr auf 1.151 Mio. € angestiegen. Die Kernkapitalquote lag im Verlauf des Jahres 2023 zwischen 13,6 % und 15,5 % und beträgt zum 31. Dezember 2023 15,4 % (Vorjahr 13,8 %).

Die aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus entstandenen und aufgrund der Zuordnung zum Anlagebestand vermiedenen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag belaufen sich bei den Wertpapieren der Eigenanlage auf 361,5 Mio. € und bei den Spezialfonds auf 196,7 Mio. €. Insoweit bestehen in den Geldanlagen zum 31. Dezember 2023 stille Lasten von 558,2 Mio. €.

Für die auf den Pensionsfonds bzw. die Unterstützungskasse übertragenen Pensionsverpflichtungen haftet die LBS NordWest weiterhin unbeschränkt subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG. Nach den Übertragungen der Altersversorgungsverpflichtungen auf den Pensionsfonds bzw. die Unterstützungskasse resultieren am Abschlussstichtag nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB Fehlbeträge i. H. v. insgesamt 234,8 Mio. €.

Im Berichtsjahr musste die LBS NordWest per 30.06. und per 30.09.2023 – wie erwartet – eine GelbRot-Einstufung im DSGVO-Risikomonitoring ausweisen. Zum 31. Dezember 2023 waren nach Einschätzung der Bausparkasse keine bestands- und entwicklungsgefährdenden Risiken erkennbar.

Die geschäftliche Entwicklung des Jahres 2023 sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erachtet die LBS im Hinblick auf die erfolgreiche Fusion sowie das nach Einschätzung der LBS gute kollektive Brutto-Neugeschäft trotz der nicht erreichten Ziele im außerkollektiven Kreditgeschäft insgesamt als gut.

E. Risikobericht

Die LBS NordWest ist als Bausparkasse der Sparkassen der Partner rund um Immobilienfinanzierungen und die Vermittlung von Wohnimmobilien. Das Geschäftsmodell der LBS NordWest bietet den Kund:innen ein hohes Maß an Sicherheit. Die ausgewogene Risikokultur stellt einen wesentlichen Erfolgsfaktor des Geschäftes dar. Diese grundsätzliche Risikoeinstellung bestimmt das Handeln der LBS NordWest.

Risikostrategie

Das Risikomanagementsystem der LBS NordWest basiert auf der Risikostrategie, Kreditrisikostrategie und der Risikostrategie für die Geldanlage und steht im Einklang mit der vom Vorstand festgelegten Geschäftsstrategie. Daneben steht die auf der Geschäfts- und der Risikostrategie beruhende IT-Strategie.

Der jährliche Strategieprozess der LBS NordWest umfasst die Planung, Umsetzung, Beurteilung

und gegebenenfalls die Anpassung der Strategien. In der Risikostrategie sind die Grundsätze der Risikosteuerung festgelegt. Die LBS NordWest steuert ihre Einzelrisiken unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben und unter Orientierung an der ausgewogenen Risikokultur. Ziel der Risikokultur ist es, Risiken nur einzugehen, wenn eine angemessene Rendite zu erwarten ist. Aus Ertrags- und Kosteneffizienzgründen können nicht in allen Fällen Risiken vollständig ausgeschlossen werden. Die Strategien werden jährlich mit dem Verwaltungsrat erörtert.

Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken

Die LBS NordWest hat ihre operative Risikoinventur (1–3 Jahre) um ESG-Risikotreiber ergänzt. Zudem hat sie eine strategische Nachhaltigkeitsrisikoinventur (Zeithorizont bis auf 10 Jahre) durchgeführt. Die Erkenntnisse aus der Inventur wurden bei der Konzeption eines separaten Nachhaltigkeitsszenarios verwendet. Die Ergebnisse des Nachhaltigkeitsszenarios zeigen nach Einschätzung der LBS, dass die LBS NordWest die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen gemäß CRR 92 sowie für den SREP-Zuschlag erfüllt.

Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem der LBS NordWest ist darauf ausgerichtet, frühzeitig Entwicklungen zu erkennen, die die finanzielle Lage der LBS und damit das Erreichen der Unternehmensziele und den Fortbestand des Unternehmens gefährden können. Der Gesamtvorstand ist für ein funktionierendes Risikomanagement- und Überwachungssystem verantwortlich.

Die Risikocontrolling-Funktion (RCF) im Sinne der „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ (MaRisk) liegt beim Leiter des Bereichs Gesamtbanksteuerung. Die Vertretung erfolgt durch den Leiter der Abteilung Risikocontrolling. Die operative Bearbeitung der mit der RCF zusammenhängenden Arbeiten erfolgt dabei im Wesentlichen durch die Mitarbeiter der Abteilung Risikocontrolling. Den Mitarbeitern sind alle notwendigen Befugnisse und ein uneingeschränkter Zugang zu allen Informationen, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind, eingeräumt. Eine Beteiligung der RCF bei wichtigen risikorelevanten Entscheidungen wird dabei gewährleistet.

Für die zentrale Risikoüberwachung ist die Abteilung Risikocontrolling des Bereichs Gesamtbanksteuerung zuständig. Im zentralen Risikocontrolling sind die von den Fachbereichen der LBS NordWest dezentral überwachten und gesteuerten Einzelrisiken regelmäßig zu erfassen, zu systematisieren, zusammenzuführen und zu bewerten. Die jeweiligen Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter sind verantwortlich für die dezentrale Überwachung und Steuerung der in ihren Bereichen bestehenden Risiken. Zusätzlich prüft und beurteilt die Interne Revision risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems sowie die Ordnungsmäßigkeit aller Aktivitäten und Prozesse.

Weiterhin verfügt die LBS NordWest, entsprechend der MaRisk-Anforderung, über eine Compliance-Funktion, um den Risiken, die sich aus der

Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken. Der Compliance-Beauftragte ist der Leiter der Zentralen Stelle, er unterstützt und berät die Geschäftsleitung und Fachabteilungen und berichtet jährlich sowie anlassbezogen der Geschäftsleitung über seine Tätigkeiten.

Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der LBS NordWest dient der Erkennung, Analyse, Steuerung und Überwachung von Unternehmensrisiken und basiert auf der vom Vorstand verabschiedeten Risikostrategie. Dazu zählen die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Risikobewältigung, deren Steuerung sowie die Überwachung der Risiken. Die Erkenntnisse werden dokumentiert und über verschiedene Berichtswege kommuniziert.

Die LBS NordWest hat den Anspruch, in Bezug auf alle für sie wesentlichen Risikoarten über angemessene Überwachungs- und Steuerungsinstrumente zu verfügen, um damit den aufsichtsrechtlichen und insbesondere auch den betriebswirtschaftlichen Anforderungen im Sinne eines ausgewogenen Chancen-Risiko-Profiles zu genügen.

Die Aufgaben des Risikocontrollings umfassen in diesem Zusammenhang u. a. die Entwicklung, Pflege und Weiterentwicklung von Überwachungs- und Steuerungsinstrumenten.

Die Risikoidentifikation erfolgt mittels einer Risikoinventur. In der dezentralen Risikoinventur

wird die aktuelle Risikolage durch die Fachabteilungen eingeschätzt. Die Risikoinventur wird quartalsweise durchgeführt. Bei besonderen Ereignissen, Marktverwerfungen oder gesetzlichen Änderungen kann die Risikoinventur auch anlassbezogen erfolgen. Die Ergebnisse werden in einer Risikomatrix zusammengefasst und im Gesamtrisikobericht dargestellt. Ziel der zentralen Risikoinventur ist es, mindestens jährlich ein Gesamtrisikoprofil der LBS NordWest zu erstellen bzw. zu aktualisieren. Dabei sind für die LBS NordWest relevante (auch mögliche neue) Risikoarten bzw. Risikokategorien zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit zu klassifizieren. Die Risiken werden auf der Ebene des gesamten Instituts erfasst. Die Betrachtung soll in für die Bank maßgeblichen Steuerungssichten erfolgen, d. h. auch in ökonomischer und normativer Sicht. Für die unwesentlichen Risiken wird ein Puffer in angemessener Höhe vorgehalten.

Die identifizierten Risikopotenziale sowie die durchgeführten Überwachungs- und Steuerungsmaßnahmen und die eingesetzten Verfahren werden hinsichtlich ihrer Plausibilität und Wirksamkeit von der Abteilung Risikocontrolling regelmäßig geprüft bzw. validiert und ggf. weiterentwickelt, um ein funktionierendes Risikomanagement sicherzustellen (z. B. Überprüfung der Indikatoren und Schwellenwerte der Risikofrüherkennung).

Das Reporting verfolgt als Zielsetzung die Aufbereitung, Verdichtung und Kanalisierung der Daten aus der Risikomessung in Form systematischer

interner Risikoreportings. Bei der Risikokommunikation gibt es zum einen ein Standard-Risikoreporting und zum anderen Regelungen zu Ad-hoc-Meldungen.

Alle wesentlichen Handlungen im Bereich des Risikomanagements werden dokumentiert. Die Bewertungs- und Steuerungsmethoden der wesentlichen Risikoarten sind im Handbuch Risikomanagement sowie in ergänzenden Regelungen dokumentiert. Geschäfts-, Kontroll- und Überwachungsunterlagen werden gemäß den Vorgaben der MaRisk abgefasst und archiviert.

Risikotragfähigkeit (RTF)

Ziel der LBS NordWest ist es, jederzeit die Risikotragfähigkeit sicherzustellen. Sämtliche Risikoberechnungen basieren auf den Vorgaben des RTF-Leitfadens der BaFin vom Mai 2018.

Den Kern der Risikotragfähigkeit bilden die normative und ökonomische Perspektive. In beiden Sichtweisen soll sichergestellt werden, dass die Risikotragfähigkeit durch eine vorsichtige Ermittlung der jeweiligen Risiken und des Risikodeckungspotentials („RDP“) gewährleistet ist. Die normative Perspektive hat die Einhaltung regulatorisch vorgegebener Kennzahlen (Kernkapitalanforderung gemäß CRR, SREP-Gesamtkapitalanforderung, kombinierte Pufferanforderung nach § 10 i Abs. 1 KWG und die SREP-Eigenmittelempfehlung) in Basis- und adversen Szenarios zum Ziel. Die ökonomische Perspektive hingegen dient der langfristigen Sicherung der Substanz des Instituts und dem Schutz der Gläubiger vor

Verlusten aus ökonomischer Sicht. Die ökonomische Perspektive orientiert sich dabei an einem barwertigen Ansatz. Dabei entspricht das Konfidenzniveau 99,9 %.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung nimmt eine Beurteilung der Fähigkeit der LBS NordWest vor, den Eintritt potenzieller Risiken in extremer Ausprägung jederzeit aus eigener Kraft abdecken zu können.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurden folgende Risiken als wesentlich identifiziert:

- Adressenrisiko
 - Marktpreisrisiko
 - Liquiditätsrisiko
 - Operationelles Risiko
 - Geschäftsrisiko
- (nur in der normativen Perspektive)

Die normative Perspektive („NP“) der RTF dient der Gewährleistung aller regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen und damit dem übergeordneten Ziel der Fortführung des Instituts. Daher sind auch Veränderungen der eigenen Geschäftstätigkeit oder der strategischen Ziele sowie Veränderungen des wirtschaftlichen und regulatorischen Umfelds zu berücksichtigen.

Die Anforderungen in der NP setzen sich zusammen aus der Mindestkapitalanforderung gemäß CRR, dem SREP-Risikozuschlag, der kombinierten Pufferanforderung nach § 10 i Abs. 1 KWG und der SREP-Eigenmittelempfehlung. Relevante

Steuerungsgrößen sind darüber hinaus sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, wie beispielsweise die Höchstverschuldungsquote und Großkreditgrenzen. Die regulatorischen und aufsichtlichen Kennzahlen sowie deren Berechnungslogik sind aufsichtlich vorgegeben. Somit gewährleistet die normative Perspektive, dass die regulatorische Tragfähigkeit über die aktuelle und die Folgeperioden gegeben ist. Die Kapitalplanung in der NP erstreckt sich über mindestens drei volle Jahre.

Die normative Perspektive unterscheidet für Zwecke der Risikotragfähigkeit unterschiedliche Szenarien, das Basisszenario und mindestens ein adverses Szenario. Die Ausgestaltung der Szenarien soll dabei die Erkenntnisse zum Risikoprofil aus der Risikoinventur aufgreifen.

Auch in den Szenarien soll die Bank in der Lage sein, die Gesamtheit der Eigenmittelanforderungen des jeweiligen Szenarios zu erfüllen. Im Basisszenario sind alle aufsichtlichen Anforderungen und Zielgrößen einzuhalten. Im adversen Szenario können Puffergrößen unterschritten werden. Eine Unterschreitung der kombinierten Pufferanforderungen (§ 10 i KWG) darf insbesondere nur in einem schweren adversen Szenario auftreten.

Zum Stichtag 31.12.2023 werden nach internen Berechnungen sowohl im Basisszenario wie auch im adversen Szenario alle aufsichtsrechtlich geforderten Kennzahlen eingehalten. Somit war die Risikotragfähigkeit aus normativer Perspektive uneingeschränkt gegeben.

Die Gesamtbanklimitauslastung zum 31. Dezember 2023 stellt sich wie folgt dar:

	Auslastung	
	31.12.2023	31.12.2022*
Adressenrisiko	● 45,0 %	● 74,6 %
Marktpreisrisiko	● 38,6 %	● 48,6 %
Operationelles Risiko	● 40,4 %	● 48,7 %
Liquiditätsrisiko	● 8,8 %	-
Gesamt	● 38,9 %	● 42,3 %

* LBS West eingeschränkte Vergleichbarkeit

Grundsätzlich orientiert sich die ökonomische Perspektive an einem barwertigen Ansatz. So liegt eine – von bilanziellen Bewertungsmaßstäben losgelöste – ökonomische Betrachtung sowohl der Risiko- als auch der Kapitalseite vor. Gemäß dem BaFin-Leitfaden soll sich die Konservativität des Risikoansatzes bei allen Methoden zur Risikobeurteilung insgesamt an dem Niveau der internen Modelle der Säule 1 orientieren und zwischen den verschiedenen Risikoarten konsistent sein. Dabei sollte unter Berücksichtigung aller Parameter das Konservativitätsniveau dem 99,9%-Konfidenzniveau entsprechen. Das Gesamtrisikopotenzial ergibt sich durch die Addition der einzelnen Risikoarten, d. h., es werden keine Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Die Ableitung des Risikodeckungspotentials in der ökonomischen Perspektive soll losgelöst von den Bilanzierungskonventionen erfolgen und insbesondere auf solche Bewertungsregeln verzichten, die im Kontrast zur ökonomischen Betrachtung stehen. Zur vollständigen Berechnung des RDP

sind alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Instituts heranzuziehen.

Bei der Ermittlung der Barwerte fordert die Aufsicht in der ökonomischen Perspektive eine statische Betrachtung, sodass das künftig geplante Neugeschäft nicht in der Berechnung berücksichtigt werden darf. Damit wird dem aufsichtlichen Grundprinzip der Vorsichtigkeit Genüge getan, da die Marge des künftigen Neugeschäfts mit Unsicherheiten verbunden ist.

Das Risikopotenzial wird mithilfe eines Limitsystems begrenzt, welches grundsätzlich einmal jährlich überprüft und gegebenenfalls durch den Vorstand angepasst wird. Bei Limitüberschreitungen besteht Analyse- bzw. Maßnahmenpflicht. Die Risikotragfähigkeit per Jahresultimo wird der Bankenaufsicht im Rahmen des RTF-Meldewesens zugeliefert.

Bei den Risikotragfähigkeitsberechnungen im Jahr 2023 ergab sich insgesamt eine unkritische Auslastung der Risikopotenziale im Verhältnis zum Risikodeckungspotenzial. Zum 31.12.2023 wurde insgesamt eine Auslastung der in Höhe von 1.753 Mio. € zur Verfügung gestellten Risikodeckungsmasse von 38,9 % errechnet. Hierbei waren die Limite in den wesentlichen Risikoarten wie nachfolgend beschrieben ausgelastet: Adressrisiken (45,0 %), davon Kredit (49,9 %) und Geldanlage (43,1 %), sowie Marktpreisrisiken (38,6 %), davon Zinsänderungsrisiko (23,5 %) und Spreadrisiko (87,1 %), operationelle Risiken (40,4 %). Ein Vergleich mit den Vorjahreswerten ist aufgrund

der in 2023 vollzogenen Fusion der beiden Häuser LBS West und LBS Nord nicht möglich.

Die Risikotragfähigkeit war zum 31. Dezember 2023 aus der ökonomischen Perspektive gegeben.

Kapitalplanungsprozess

Im Rahmen der Szenarioanalysen erfolgt ein Kapitalplanungsprozess mit dem Programm zeb/integrated.treasury-manager (ITM). In diesem Kapitalplanungsprozess werden unter anderem die Auswirkungen auf die verschiedenen aufsichtsrechtlichen (Eigenkapital-)Kennziffern und auf das wirtschaftliche Eigenkapital verfolgt.

Stresstests

Der Vorstand hat gemäß § 25 c Abs. 4 a Nr. 3 f KWG dafür Sorge zu tragen, dass regelmäßig angemessene Stresstests für die wesentlichen Risiken sowie für das Gesamtrisikoprofil der LBS durchgeführt werden und auf Grundlage der Ergebnisse möglicher Handlungsbedarf geprüft wird. Die Stresstests erfüllen die Anforderungen der MaRisk sowie der EBA-Leitlinien zu Zinsänderungsrisiken. Die operative Durchführung erfolgt im Bereich Gesamtbanksteuerung. Wesentliches Ziel von Stresstests ist die Aufdeckung von Risiken, die unter normalen ökonomischen Bedingungen des Geschäftsbetriebes oder unter „normalem“ Einsatz der Risikomesssysteme (insbesondere kurzfristige Risikotragfähigkeit) nicht sichtbar werden. Die Stresstests werden quartalsweise sowie anlassbezogen (z. B. bei plötzlicher oder wesentlicher Veränderung des Risikogehalts oder externen Sonderanfragen) durchgeführt.

Die Stresstests zeigen, dass die LBS NordWest auch bei sich verschlechternden Rahmenbedingungen eine hohe Widerstandsfähigkeit aufweist. Zusätzlich zu Sensitivitäts- und Szenarioanalysen werden inverse Stresstests durchgeführt. Mit inversen Stresstests werden Ereignisse dargestellt, die das Fortbestehen der LBS NordWest gefährden.

Die Ergebnisse der Stressszenarien werden durch die Abteilung Risikocontrolling analysiert und in einem Ergebnisbericht zusammengefasst und bewertet. Empfänger des Stresstestberichts, der Teil des Gesamtrisikoberichtes ist, sind der Vorstand sowie der Verwaltungsrat. Möglicher Handlungsbedarf wird bei Bedarf aufgezeigt.

Im Stresstestbericht werden insbesondere

- die Ergebnisse der Stresstests,
- deren potenzielle Auswirkungen auf die Risikosituation und das Risikodeckungspotenzial,
- die den Stresstests zugrunde liegenden wesentlichen Annahmen sowie
- bei Bedarf mögliche Handlungsoptionen

dargestellt. Darüber hinaus wird auch auf Risikokonzentrationen und deren potenzielle Auswirkungen gesondert eingegangen. Die Angemessenheit der Stresstests und die zugrunde liegenden Annahmen werden regelmäßig, mindestens jährlich überprüft.

Risikofrüherkennung

Das übergreifende Risikofrüherkennungssystem der LBS NordWest soll gewährleisten, dass die wesentlichen Risiken der LBS NordWest – auch

aus ausgelagerten Aktivitäten und Prozessen – frühzeitig erkannt, vollständig erfasst und in angemessener Weise dargestellt werden können, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Für die wesentlichen Risikokategorien der LBS NordWest wurden geeignete Indikatoren definiert, die eine frühzeitige Identifizierung von Risiken ermöglichen sollen. Hierzu werden sowohl interne als auch externe Daten herangezogen. Die Ergebnisse aus den monatlichen Analysen werden an den Vorstand, den Leiter des Bereichs Gesamtbanksteuerung und weitere Entscheidungsträger:innen berichtet.

Darstellung der wesentlichen Risikoarten

Gemäß MaRisk sind grundsätzlich zumindest die folgenden Risiken als wesentlich einzustufen:

- Adressenrisiken
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken

Darüber hinaus hat die LBS NordWest Beteiligungsrisiken, bauparspezifische Geschäftsrisiken sowie als sonstiges Risiko insbesondere das Kostenrisiko identifiziert. Auf Basis der Risikoinventur wird entschieden, welche dieser Risiken für die LBS wesentlich sind. Die größte Bedeutung kommt dem Marktpreis- und Geschäftsrisiko zu, da diese insbesondere langfristig den größten Einfluss auf die Ergebnisentwicklung der LBS NordWest ausüben.

Adressenrisiko

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines drohenden bzw. vor-

liegenden Zahlungsausfalls eines originären Kredites oder von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avalen (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder sogar überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko). Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread ggü. der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfalls eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Migrations- oder Ausfallrisiko). Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread ggü. der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs- und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen. Die Messung des Adressenrisikos im Eigengeschäft berücksichtigt dabei auch die in Spezialfonds und Pensionsfonds enthaltenen Risiken. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese unterliegt der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von

Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten. Eine Abbildung erfolgt jedoch im Marktpreisrisiko.

Management des Adressenrisikos

Der Geschäftsschwerpunkt der LBS NordWest liegt auf privaten Baufinanzierungen, der Fokus auf dem risikoarmen kollektiven Kreditgeschäft, der außerkollektiven Kreditvergabe sowie den durch das Bausparkassengesetz eingeschränkten Möglichkeiten der Geldanlage. Mit der Formulierung der Kreditrisikostategie wird die Basis für das Vorgehen der LBS sowohl im Kreditgeschäft als auch bei der Geldanlage geschaffen. Kreditrisiken und Risiken bei der Geldanlage dürfen grundsätzlich nur im Rahmen dieser Kreditrisikostategie eingegangen werden. Die Kreditrisikostategie wird jährlich vom Vorstand genehmigt und auch dem Verwaltungsrat vorgelegt.

Das Adressenrisiko im Kreditgeschäft wird durch die Festlegung von Bewilligungskompetenzen eingegrenzt. Entscheidungsgrundlage jeder Kreditvergabe ist grundsätzlich eine eigenständige Kreditanalyse. Bei den Kreditentscheidungen sind das Gesamtkreditengagement sowie das Ergebnis des LBS-Kunden-Scorings zu berücksichtigen. Auch werden die Anforderungen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie an die Kreditwürdigkeitsprüfung von der LBS NordWest umgesetzt. Die wesentlichen strukturellen Merkmale des Kreditgeschäfts werden quartalsweise in einem Kreditrisikobericht aufgezeigt. Grundsätzlich ist das Kreditgeschäft der LBS NordWest durch die Besicherung der vergebenen Kredite, den in der Regel

vorgeschaleten Sparprozess sowie die überwiegende Kreditvergabe an Privatkund:innen für den selbstgenutzten Wohnungsbau nach Einschätzung der LBS risikoarm. Soweit akute und latente Kreditrisiken bestehen, hat die LBS NordWest hierfür ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Bildung von Einzelwertberichtigungen erfolgt auf Basis standardisierter Parameter. Die Voraussetzungen zur EWB-Bildung liegen vor, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden sowie die bewerteten Sicherheiten zur Rückführung der Kundenforderungen nicht ausreichen. Dabei orientiert sich die Höhe der EWB am Mahnstatus des Engagements sowie am ermittelten Realisationswert der Sicherheiten und kann bis 100 % des ungesicherten Wertes betragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen (PWB) berücksichtigt. Die Ermittlung der PWB erfolgt methodisch nach den Vorgaben des IDW RS BFA 7 und technisch als 12-Monats-Expected-Loss aus dem Kreditportfoliomodell CPV. Dafür greift die LBS NordWest auf das vereinfachte Verfahren gemäß IDW RS BFA 7 Tz. 23 zurück. Demnach kann für Kreditgeschäfte die 12-Monats-Ausfallwahrscheinlichkeit (ohne eine Anrechnung von Bonitätsprämien) verwendet werden, wenn eine Ausgeglichenheit zwischen Bonitätsprämien und Risikoerwartungen zum Zeitpunkt der Kapitalbewilligung angenommen werden kann und keine deutliche Erhöhung des Adressenausfallrisikos vorliegt. Die Pauschalwertberichtigung wird für den gesamten, noch nicht um Einzelwertberichtigungen reduzierten Forderungsbestand gebildet.

Der Bestand an Einzel- und Pauschalwertberichtigungen beträgt für die LBS NordWest 17,2 Mio. €. Die Verlustquote³⁸ lag per 31.12.2023 lediglich bei 0,01%.

Die Risikostrategie für die Geldanlage leitet sich aus der Geschäftsstrategie der LBS NordWest ab und ist konsistent zu den weiteren Teilstrategien, insbesondere der Kreditrisikostrategie. Die im Rahmen der Geschäfte mit Bausparern nicht an die Kundschaft herausgegebenen Mittel sollen so angelegt werden, dass bei einem hiermit verbundenen geringen Risiko ein angemessener Ertrag erzielt wird. Die Geldanlage erfolgt daher vor allem in festverzinslichen Wertpapieren sowie in Schuldscheindarlehen und Namenspapieren primär von Euroland-Emittenten. Dabei müssen die Ratings der jeweiligen Emittenten im sogenannten Investment Grade liegen (Rating von AAA bis BBB-). Intern erfolgt eine Risikobegrenzung durch ein vom Vorstand genehmigtes Limitsystem, welches vor allem auf Haftungsqualität, Rating und Größenordnung (Höhe der Bilanzsumme) basiert und auch die Spezialfonds einbezieht. Neue Handelspartner sind nur nach eingehender Bonitätsanalyse durch den Bereich Votierung Marktfolge/Handel zulässig. Vor einer Limitvergabe wird gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR bzw. § 19 Abs. 2 KWG der mögliche Emittent auf eine potenzielle Gruppe verbundener Kunden bzw. Kreditnehmereinheiten (Beherrschungsver-

³⁸ EWB-Verbrauch + Direktabschreibungen im Verhältnis zum durchschnittlichen Kreditbestand.

hältnisse) und Risikoeinheiten (Abhängigkeitsverhältnisse) im Bestand überprüft. Bestehen keine Zweifel an der Bonität des möglichen Emittenten, kann auf Basis des Limitsystems ein Limit für den Handel freigegeben werden.

Zur Sicherstellung einer hohen Diversifikation werden in der Geldanlage die verfügbaren Mittel auf unterschiedliche Laufzeiten, Anlageformen und Emittenten verteilt und bis zur Endfälligkeit gehalten. In Abhängigkeit der Laufzeiten werden Spreadobergrenzen festgelegt, die beim Kauf neuer Papiere eingehalten werden sollen. Geldanlagen mit naturgemäß etwas höheren Risiken (z. B. Non-Financial-Corporates) sind streng limitiert und erfolgen ausschließlich in Spezialfonds. Zur Überwachung der Spezialfonds praktiziert die LBS NordWest eine Durchschau auf alle Einzelengagements.

Die Anlage der freien Mittel der LBS NordWest ist begrenzt auf den Anlagekatalog des § 4 Abs. 3 BauSparkG. Die Anlage der LBS NordWest erfolgt in festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen/Namenspapieren einschließlich der Sparkassenbriefe, Spezialfonds und Termingelder. Bei Abweichungen von den genannten Finanzanlagen wird durch den Anlageausschuss überprüft, ob ein Neuproduktprozess (NPP) erforderlich ist. Bei Handelsgeschäften auf neuen Märkten erfolgt die Prüfung analog zu neuen Produkten. Die Steuerung der mit der Geldanlage verbundenen Risiken wird ebenfalls in der Risikostrategie für die Geldanlage festgelegt.

Prozentual ergibt sich folgende Aufteilung des Geldanlagebestandes (Nominalwert 11,6 Mrd. € inklusive Spezialfonds) für die LBS NordWest: Haftungsverbund (15,7%), gedeckte Papiere (7,9%), Staatsanleihen (24,7%), Papiere mit Staatshaftung (6,1%) und unbesicherte Papiere (45,5%).

Gemäß BTR 1 Tz. 3 MaRisk dürfen Handelsgeschäfte grundsätzlich nur mit Vertragspartnern getätigt werden, für die Kontrahentenlimite eingeräumt wurden. Bei der Vergabe der Kontrahentenlimite erfolgt eine individuelle Bonitätsanalyse durch die Abteilung Bilanzen/Meldewesen (entsprechend der Analyse beim Emittentenlimit). Die Freigabe des Limits erfolgt durch den Bereich Gesamtbanksteuerung (Bilanzen/Meldewesen). In der Risikotragfähigkeit wird das Adressenrisiko mithilfe des simulativen Risikoquantifizierungsverfahrens Credit-Portfolio-View ermittelt. Dieses ermittelt auf Basis eines Kreditportfoliomodells detaillierte Risikowerte und verwendet dabei eine für das Institut angemessene Parametrisierung. Das Adressenrisiko ist auf 21,8 % (relativ) der ökonomischen Risikodeckungsmasse limitiert. Das Limit wurde in 2023 zu keinem Meldestichtag überschritten.

Sowohl im Privatkundengeschäft als auch für die Finanzanlagen hat die LBS NordWest Limitsysteme entwickelt, die für eine ausreichende Diversifikation sorgen und eine Klumpenbildung vermeiden. Aufgrund der Anlagepolitik der LBS NordWest ergibt sich bei der Geldanlage eine Konzentration in Banktiteln. Daneben liegt eine Risikokonzentration bei Engagements im Land

Frankreich vor. Den Risikokonzentrationen wird im Portfoliomodell CreditPortfolioView (CPV) durch geeignete Modellannahmen Rechnung getragen.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern bzw. Risikofaktoren hat. Marktpreisrisiken bestehen insbesondere in Form von Credit-Spread-, Zins-, Aktien-, Options- und Währungsrisiken sowie Immobilienrisiken.

Risikokategorien:

1. Marktpreisrisiko aus Zinsen (Zinsänderungsrisiko)
Zinsänderungsrisiken ergeben sich aus möglichen Veränderungen von Zinsniveau und -struktur und sind abhängig von der Laufzeitstruktur der Bilanzbestände. Auf Grund von Änderungen in Zinsniveau und -struktur können Abschreibungen bei Wertpapieren notwendig werden und Verhaltensänderungen bei Kunden resultieren.
2. Marktpreisrisiko aus Spreads (Spreadrisiko)
Spreadrisiken resultieren aus Veränderungen von Spreads bei gleichbleibendem Rating, die Wertveränderungen von bilanziellen oder außerbilanziellen Positionen induzieren. Dabei wird unter einem Spread die Differenz einer beliebigen Zinskurve zu der risikolosen Zinskurve verstanden.

Der eigene (passivische) Spread der LBS NordWest wird in beiden Perspektiven be-

rücksichtigt und wird dort nicht dem Spreadrisiko, sondern dem Refinanzierungskostenrisiko innerhalb des Liquiditätsrisikos zugeordnet.

3. Marktpreisrisiko aus Aktien (Aktienrisiko)

Marktpreisrisiken aus Aktien ergeben sich aus Veränderungen von Aktienkursen von bilanziellen oder außerbilanziellen Positionen. Aktien hält die LBS NordWest ausschließlich über einen Pensionsfonds.

4. Marktpreisrisiko aus Währungen (Währungsrisiko)

Marktpreisrisiken aus Währungen resultieren aus Veränderungen von Währungskursen. Währungsrisiken können bei der LBS NordWest nur in geringem Umfang im Pensionsfonds auftreten.

5. Marktpreisrisiko aus Immobilien (Immobilienrisiko)

Marktpreisrisiken aus Immobilien entstehen aus Marktwertänderungen von Immobilien.

Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen (Renditeobjekte, Rettungserwerb) als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligungen in Immobiliengesellschaften). In der normativen Perspektive umfasst das Immobilienrisiko sowohl das Mietertragsrisiko aus eigenen, fremdgenutzten Immobilien als auch das Immobilienpreisrisiko. In der ökonomischen Perspektive ist nur das Immobilienpreisrisiko relevant.

Management des Marktpreisrisikos

Die Marktpreisrisiken werden gemäß der Risikotragfähigkeitskonzeption sowohl auf Basis bar-

wertiger und periodischer Verfahren als auch bzgl. der Einhaltung regulatorischer Kriterien (normative Sicht) überwacht und gesteuert.

Veränderungen der risikolosen Zinskurve sowie von Marktspreads der Papiere in der Geldanlage werden in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung sowie bei den Szenariorechnungen angemessen berücksichtigt. Hierbei wird das Risiko bei einem Konfidenzniveau von 99,9% quartalsweise anhand historisch beobachteter Zins- und Spreadschocks mittels des Verfahrens der Historischen Simulation analysiert. Dabei werden im Rahmen einer Durchschau auch die Papiere in den Spezialfonds sowie im Pensionsfonds der LBS NordWest berücksichtigt. Die aus dem Marktpreisrisiko resultierenden potenziellen Barwertverluste werden zum Stichtag 31.12.2023 auf 1.178 Mio. € limitiert. Die Limitauslastung wird dabei laufend überwacht, sodass bei Bedarf zeitnah Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Neben der Limitierung des Marktpreisrisikos im Rahmen der integrierten Rechnung des Zinsänderungs- sowie des Spreadrisikos werden auch die potenziellen Verluste aus Zinsänderungsrisiko (899 Mio. € zum 31.12.2023) und Spreadrisiko (280 Mio. € zum 31.12.2023) separat limitiert und mittels des obigen Verfahrens berechnet. Aufgrund von Diversifikationseffekten liegt die Summe der Einzelrisiken dabei immer oberhalb des integriert bestimmten Marktpreisrisikos.

Die Marktpreisrisiken im Pensionsfonds werden zudem durch die von der LBS NordWest vor-

gegebenen Anlagerichtlinien begrenzt und in Anlageausschusssitzungen laufend beobachtet und diskutiert.

Durch den BaFin-Standardzinsschock bemisst die LBS NordWest eine plötzliche und unerwartete Zinsänderung für sämtliche mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Positionen auf der Grundlage von sechs von der EZB vorgegebenen Verschiebungen der Zinsstrukturkurve. Die Auswirkungen der Zinsänderungen werden ebenfalls barwertig ermittelt, wobei gemäß aufsichtsrechtlicher Vorgaben im Gegensatz zur Risikoermittlung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung alle Zinsbuchpositionen mit der risikolosen Zinsstrukturkurve bewertet werden. Der größte resultierende Barwertverlust wird in Bezug zum regulatorischen Kernkapital gesetzt. Sinkt der Barwert um mehr als 15% des regulatorischen Kernkapitals ab, führt dies zu einer Einstufung als Kreditinstitut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Dieses Limit wurde in 2023 durchgehend nicht eingehalten. Per 31.12.2023 beträgt der Barwertverlust ca. 47% des regulatorischen Kernkapitals. Die aufsichtlich vorgegebene Berechnungslogik lässt aus Sicht der LBS-Gruppe jedoch relevante kollektive Dämpfungseffekte außer Acht. Eine diesbezügliche Diskussion mit der Aufsicht wurde bereits initiiert.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiken fasst die LBS NordWest das Risiko zusammen, dass gegenwärtige oder zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllt werden können und dass es zu Verschlechte-

rungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen kommen könnte.

Die kurzfristige Liquiditätssituation wird durch die aufsichtsrechtliche Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) gem. CRR erfasst. Die Kennzahl lag im Jahresverlauf deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe. Die strukturelle Liquidität wird mittels der Kennzahl Net Stable Funding Ratio (NSFR) überwacht. Auch bei dieser Liquiditätskennzahl wurde die aufsichtsrechtlich geforderte Mindesthöhe zu den relevanten Meldestichtagen eingehalten (siehe auch Abschnitt D).

Mögliche kurzfristige Liquiditätsengpassituationen werden darüber hinaus mittels einer Liquiditätsablaufbilanz mit einem Betrachtungshorizont von 3 Monaten überwacht. Im Rahmen der Erstellung der Liquiditätsablaufbilanzen werden die Salden aus kollektiven und außerkollektiven Zahlungsströmen sowie den Zahlungsströmen aus geplanten Verwaltungskosten, Geldanlagen und -aufnahmen zusammengefasst und gegen Komponenten des Liquiditätsdeckungspotenzials (Bankguthaben, Geldmarktfundingpotenziale und hochqualitative liquide Wertpapiere) ins Verhältnis gesetzt.

Neben dem kurzfristigen Betrachtungshorizont von drei Monaten werden Liquiditätsablaufbilanzen mit einem mittel- und langfristigen Betrachtungshorizont erstellt. Zusätzlich zu den Liquiditätsablaufbilanzen für den Normal- und Stressfall mit einem Betrachtungshorizont von

12 Monaten werden zudem zwei langfristige Liquiditätsablaufbilanzen für den Normal- und Stressfall erstellt, anhand derer jeweils die Überlebensdauer des Instituts ermittelt wird. Auch diesen Liquiditätsablaufbilanzen werden Komponenten des Liquiditätsdeckungspotenzials zur Limitierung der Zahlungsmittelsalden gegenübergestellt.

Für die Bewertung der ökonomischen Liquiditätssituation wird ein Liquidity-Value-at-Risk (LVA_R) berechnet, der das Risiko von erhöhten Refinanzierungskosten auf Grund von Bonitätsverschlechterungen des Instituts für einen definierten Risikowirkungszeitraum von zwanzig Jahren (Totalperiode) abbildet. Das so gemessene Liquiditätsrisiko unterliegt einer Limitierung im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts.

Zum Schutz vor Störungen der Liquidität in einzelnen Märkten ist die Liquiditätshaltung der LBS NordWest auf verschiedene Marktsegmente in Ländern mit hoher Länderbonität diversifiziert. Refinanzierungen erfolgen standardmäßig über verschiedene Refinanzierungspartner, vorwiegend aus dem S-Finanzverbund. Hauptrefinanzierungspartner sind hierbei alle Landesbanken und die DekaBank. Als weitere Maßnahme zur jederzeitigen Liquiditätsbeschaffung kann sich die LBS NordWest bei Bedarf bei der Europäischen Zentralbank (EZB) refinanzieren. Hierfür werden ausreichende Sicherheiten bereitgehalten.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen eines regelmäßig tagenden Anlagenausschusses (IAA). In diesem werden Aktiv-

Passiv-Maßnahmen vorgeschlagen, die nach Vorstandsgenehmigung umgesetzt werden.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden, einschließlich Rechtsrisiken.

Management des operationellen Risikos

In der LBS NordWest ist ein umfassender Prozess zur Steuerung der operationellen Risiken implementiert. Im Rahmen eines Self-Assessment-Verfahrens (Risikoinventur) werden diese Risiken von allen Bereichen selbstständig eingeschätzt sowie bewertet und in der Abteilung Risikocontrolling zusammengeführt und reportet. Eingetretene Schadensfälle ab einer Schadenshöhe von 1 T€ werden in einer Schadensfalldatenbank dokumentiert. Im Jahr 2023 traten 66 Schadensfälle mit einer Bruttoschadenshöhe von 2.177 T€ auf. Der Nettoschaden lag bei 1.155 T€. Die von den einzelnen Abteilungen gemeldeten Schadensfälle werden quartalsweise ausgewertet und im Gesamtrisikobericht dargestellt. Bei bedeutenden Schadensfällen ist eine unverzügliche Ad-hoc-Meldung an den Ressort-Vorstand, die Revision, den Bereich Gesamtbanksteuerung und den Leiter der Zentralen Stelle durchzuführen, um den Schadensfall hinsichtlich der Ursachen zu analysieren und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Ein bedeutender Schadensfall liegt ab einer Schadenshöhe von 25 T€ vor, bei einer dolosen Handlung oder bei einem Betriebsunfall mit schweren Personen-

schäden. Die Quantifizierung des Operationellen Risikos erfolgt aus den historischen Schadensfällen und wird in der Risikotragfähigkeitsberechnung der LBS NordWest berücksichtigt. Das Eintreten möglicher Rechtsrisiken wird in Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung und dem Compliance-Beauftragten überwacht.

Die Steuerung von Informationsrisiken ist in der LBS NordWest Teil des Informationssicherheitsmanagements. Basierend auf der „Informationssicherheitsleitlinie“ ist insbesondere ein angemessenes, bereichsübergreifendes Niveau bezüglich der Schutzziele Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität von Informationen aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zweck hat die LBS NordWest allgemeingültige Sicherheitsziele und Rahmenbedingungen festgelegt sowie ein übergreifendes Konzept zur Notfallplanung und -vorsorge erarbeitet. Zur Steuerung des übergreifenden Informationssicherheitsmanagements wird in der LBS NordWest das Standardprodukt „Sicherer IT-Betrieb“ (SITB) der SIZ GmbH angewendet. Die Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen liegt dezentral in den für die Risikosteuerung und somit auch für das Management der operationellen Risiken zuständigen Organisationseinheiten der LBS NordWest.

Für Risiken aus ausgelagerten Geschäftsaktivitäten hat die LBS NordWest ein zentrales Auslagerungsmanagement eingerichtet, in dem die zentrale Steuerung und Überwachung aller Auslagerungen erfolgt. Bei anstehenden Auslagerungsentscheidungen wird eine Einstufungs-

analyse zur Einschätzung der Wesentlichkeit nach AT 9 Tz. 2 MaRisk vorgenommen. Mit wesentlichen Auslagerungen zusammenhängende Risiken werden vor der Outsourcingentscheidung analysiert und im Folgenden regelmäßig überwacht und gesteuert. Dies gilt auch für Weiterverlagerungen. Die wesentlichen Ergebnisse und Auffälligkeiten werden in einem jährlichen Auslagerungsbericht zusammengefasst. Zudem wird der Vorstand der LBS NordWest quartalsweise durch den Gesamtrisikobericht über Veränderungen des Risikostatus der wesentlichen Auslagerungen informiert.

Rechtsrisiken: Diskussion zu (Jahres)-Entgelten bei Bausparkassen

Aktuell sind Gerichtsverfahren gegen verschiedene Bausparkassen wegen Klauseln zu verschiedenen (Jahres)-Entgelten anhängig. Das in den aktuellen Tarifen der LBS NordWest verwendete Jahresentgelt bepreist ausdrücklich die Verschaffung und Aufrechterhaltung der Anwartschaft auf ein Bauspardarlehen und damit nach Einschätzung der LBS in rechtlich zulässiger Weise eine Hauptleistung. Das Landgericht München hat am 27.11.2023 eine nahezu identische Jahresentgeltklausel für zulässig erachtet. Das LG Heilbronn hat in einem anderen Verfahren eine ähnliche Klausel dagegen als unzulässig eingestuft. Die LBS NordWest führt gerade ein Verfahren vor dem LG Dortmund, ein Urteil liegt noch nicht vor. Die LBS NordWest hat die Klageabweisung beantragt. Es besteht jedoch auch das Risiko, dass die LBS in entsprechenden Rechtsstreitigkeiten unterliegt. In diesem Falle besteht das Risiko entsprechender (Jahres)-Entgelterstattungen an Kunden.

Management des Geschäftsrisikos

Die kollektiven Auswirkungen eines deutlichen Neugeschäftsrückgangs sowie weiterer Veränderungen des Bausparerverhaltens werden regelmäßig im Rahmen von Kollektivsimulationen berechnet und die Auswirkungen auf den Unternehmenserfolg und die Liquidität bewertet. Kurzfristig ergibt sich hieraus nach Einschätzung der LBS kein Risikopotenzial. Zur Steuerung des Geschäftsrisikos ist der duale Vertrieb ein wichtiges Instrument zur Neugeschäftsstabilisierung.

Risiko-/Ertragskonzentrationen

Die LBS NordWest versteht unter Risikokonzentrationen einen Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart (Intra-Risiko-Konzentration) oder zwischen verschiedenen Risikoarten (Inter-Risiko-Konzentration), die z.T. auch als strategische Risikokonzentration gelten kann, wie beispielsweise das Spezialbankprinzip, die Konzentration auf die Geschäftsgebiete Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin und Bremen sowie die beauftragten IT-Dienstleister. Aufgrund der Granularität des Geschäftes sowie der flächendeckend dualen Vertriebsstruktur werden nach Einschätzung der LBS keine weiteren Klumpenrisiken gesehen. Das Szenario eines empfindlichen Neugeschäftseinbruchs wird darüber hinaus durch regelmäßige Stresstests abgebildet.

In Analogie hierzu versteht die LBS NordWest unter Ertragskonzentrationen eine einseitige Abhängigkeit von Produkten, Teilmärkten oder Vertriebslinien. Aufgrund der Ausrichtung des Geschäftsmodells der LBS NordWest beste-

hen Ertragskonzentrationen in ihrem Kernprodukt „Bausparen“ sowie dem außerkollektiven Geschäft.

Die Festlegungen zu Risiko-/Ertragskonzentrationen sind Bestandteil der Risikostrategie der LBS NordWest. Diese werden im Rahmen der Risikoinventur jährlich vom Risikocontrolling überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Risikoreporting

Das Reporting verfolgt als Zielsetzung die Aufbereitung, Verdichtung und Kanalisierung der Daten aus der Risikomessung in Form systematischer interner Risikoreportings bezogen auf einzelne Risikoarten. Bei der Risikokommunikation gibt es zum einen ein Standard-Risikoreporting und zum anderen Regelungen zu Ad-hoc-Meldungen in fest definierten Risikosituationen. Der Umfang und Turnus der Standard-Risikoreports variiert je nach Bedeutung sowie aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Monatlich werden dem Vorstand standardisiert die wesentlichen Kennzahlen aus dem Bereich des Zinsänderungsrisikos und des Ausfallrisikos im Kapitalanlagebestand im Rahmen des Vorstandsreportings übermittelt. Hier wird zudem monatlich die Liquiditätssituation dargestellt. Quartalsweise erhält der Vorstand den Kreditrisikobericht, in welchem detaillierte Analysen zum Ausfallrisiko im Privatkundengeschäft aufgezeigt werden. Der vierteljährliche Gesamtrisikobericht ist Grundlage für die Berichterstattung über die Risikosituation der LBS NordWest und enthält auch die Ergebnisse der Stresstests.

Der Verwaltungsrat wird vom Vorstand im Rahmen der Quartalsberichterstattung innerhalb von 4 Wochen nach Quartalsende über die Entwicklung der Geschäftssituation und die Ergebnisse der Stresstests der LBS NordWest informiert. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen sind vom Vorstand unverzüglich an den Verwaltungsrat weiterzuleiten. Die Information hat neben einer Beschreibung des Sachverhalts auch eine Einschätzung über die potenzielle Risikohöhe, die Abschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und des möglichen Handlungsbedarfs zu umfassen. Darüber hinaus hat der Vorsitzende des Verwaltungsrates jederzeit die Möglichkeit, Auskünfte bei dem Leiter der Innenrevision sowie dem Inhaber der Risikocontrolling-Funktion einzuholen. Die BaFin erhält jährlich nach vorgegebenen Kriterien ausgestaltete Szenariorechnungen, die zur laufenden Überwachung und Beurteilung der Kollektivstruktur herangezogen werden. Zudem werden zusätzliche Auskunftersuchen beantwortet.

Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risikotragfähigkeit der LBS NordWest war im abgelaufenen Geschäftsjahr zu jedem Meldestichtag gegeben. Es bestanden zum 31. Dezember 2023 keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Die Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote wurden zum Bilanzstichtag vollumfänglich erfüllt. Ebenso lagen Leverage Ratio und Liquidity Coverage Ratio zu den relevanten Meldestichtagen über den geforderten Mindestquoten.

Die risikoartenspezifischen Stresstests zeigten für die LBS NordWest zum 31.12.2023 keinen spezifischen Handlungsbedarf. Ein höheres Zinsniveau steigert für das Produkt Bausparen und damit für die LBS NordWest die Marktchancen, da der Kernnutzen des Bausparens, die Absicherung gegenüber steigenden Finanzierungskosten, wieder stärker in den Vordergrund rückt.

Die LBS NordWest gehört dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (Sicherungssystem) an. Das Sicherungssystem ist nach dem Einlagensicherungsgesetz anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kund:innen gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu 100.000 €.

F. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die im Prognosebericht enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf Einschätzungen und Schlussfolgerungen aus den zum jetzigen Zeitpunkt vorliegenden Informationen. Die Aussagen stützen sich auf eine Reihe von Annahmen, die sich auf zukünftige Ereignisse beziehen und die in die Unternehmensplanung eingeflossen sind. Bezüglich des Eintritts der zukünftigen Ereignisse bestehen Ungewissheiten und Risiken, von denen viele Faktoren außerhalb der Möglichkeit der Einflussnahme der LBS stehen. Entsprechend können tatsächliche Ereignisse von den im Prognosebericht getätigten Zukunftsaussagen abweichen.

Insbesondere sind nach Einschätzung der LBS die mittelbaren Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mit seinen geopolitischen Konsequenzen sowie die Auswirkungen der Inflation, der hohen Energiepreise sowie des Anstiegs der Marktzinsen auf die Wirtschaft, einzelne Märkte und Branchen sowie auf unser Geschäftsgebiet und auf die Ergebnisentwicklung der LBS gegenwärtig nur schwer abzuschätzen.

Die nachfolgend dargestellten Prognosen sind in diesem Zusammenhang von hoher Unsicherheit geprägt. Die im Rahmen der Planung getroffenen Annahmen werden nachfolgend dargestellt. Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass die Prognosemöglichkeit in einem volatilen Umfeld nur eingeschränkt gegeben ist. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der LBS werden nachfolgend beschrieben. Chancen sind dabei definiert als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer für die LBS positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Risiken sind demgegenüber definiert als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer für die LBS negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Im erweiterten Risikobericht werden die bank-spezifischen Risikoarten separat erläutert.

Annahmen zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die meisten Prognosen für das Gesamtjahr 2024 gehen vom Einsetzen einer Erholung im Jahresverlauf aus, die Bundesregierung rechnet in ihrer Jahresprojektion mit einem Wirtschafts-

wachstum von +0,2%. Sollte sich der Preisauftrieb weiter planmäßig abschwächen und die Entwicklung der Einkommen nun die nominale Dynamik des Vorjahres nachholen, dann wäre die Kaufkraft wieder entsprechend gestärkt und neues Wachstum wäre möglich. Die Jahresprojektion 2024 geht demgemäß von einem Verbraucherpreisanstieg von +2,8% und einem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter von 5,6% aus. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sollen um +3,8% steigen; die Sparquote wird mit 11,1% nahezu unverändert und damit auch weiter über ihrem langfristigen Durchschnitt erwartet. Alle derartigen Prognosen stehen unter dem Vorbehalt, dass es nicht zu weiteren Verschärfungen bei den zahlreichen geostrategischen und politischen Konflikten kommt.

Die stark gebremste Geldmengenentwicklung und weitgehend angehaltene Kreditvergabe zeigen an, dass das geldpolitische Bremsmanöver der Vergangenheit seine Wirkung entfaltet und die Transmission funktioniert hat.

Die weitere Zinsentwicklung in 2024 wird von der zukünftigen Ausrichtung der Geldpolitik durch die EZB abhängen. Diese hat in ihrer letzten Sitzung im Dezember 2023 die drei Leitzinsen unverändert gelassen. Für 2024 geht die EZB davon aus, dass die Gesamtinflation in 2024 in Europa auf 2,7% sinken wird und sich damit dem Inflationsziel von 2% nähert. In 2023 betrug die Gesamtinflation noch 5,4%. Die EZB hat in ihrer Pressekonferenz aber bekräftigt, für eine zeitnahe Rückkehr der Inflation zu ihrem Ziel von 2,0% zu

sorgen.³⁹ Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass die EZB den Einlagenzins von 4,0% Ende 2023 auf 3,0% Ende 2024 senken wird.⁴⁰

Annahmen zur Entwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen

In der Gesamtbanksteuerung werden aus regulatorischer Sicht auch zukünftig insbesondere die weiter steigenden qualitativen und quantitativen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen durch die Regelungen aus der Finalisierung von Basel III sowie der Parallelbetrieb der normativen und ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung im Fokus stehen.

Die LBS NordWest berücksichtigt in der Kapitalplanung seit Anfang 2023 erhöhte Kernkapitalanforderungen aus einem antizyklischen Kapitalpuffer für sämtliche in Deutschland belegenen Forderungen in Höhe von 0,75% sowie aus einem sektorspezifischen Systemrisikopuffer in Höhe von 2,0% auf den privilegierten Anteil von mit Wohnimmobilien in Deutschland besicherten Forderungen.

Darüber hinaus erwartet die LBS NordWest zukünftig deutlich erweiterte Anforderungen der Aufsicht an die Banksteuerung. Maßgeblich hierfür ist insbesondere der Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) der europäischen

³⁹ Vgl. Pressekonferenz der EZB, 14.12.2023.

⁴⁰ Vgl. Jahresgutachten 2023/24 des Sachverständigenrates, Ausgabe „Konjunkturerholung verzögert sich“, S. 47.

Bankenaufsicht. Die LBS NordWest geht davon aus, dass der aktuelle Kapitalzuschlag in Höhe von 2,33 % auf die Mindestanforderungen durch die Aufsicht 2024 überprüft und gegebenenfalls in der Höhe angepasst wird. Die am 15.11.2023 institutsindividuell beschiedene Eigenmittelempfehlung zur Abdeckung von Risiken in Stresssituationen in Höhe von 1,30 % wird voraussichtlich in 2024 auf Basis eines Bausparkassen-Stresstests neu festgesetzt werden.

Neben der Erfüllung der obligatorischen Meldepflichten nimmt die LBS NordWest auch in 2024 am Basel-III-Monitoring der European Banking Authority (EBA) teil. Ein wichtiger Bestandteil dieser Erhebung ist u. a. die Quantifizierung der Auswirkungen aus der Überarbeitung des Kreditrisikostandardansatzes.

Die LBS NordWest wird auch weiterhin direkt durch die deutsche und indirekt durch die europäische Bankenaufsicht beaufsichtigt. Aufgrund der deutlich angestiegenen Größe des Hauses mit einer Bilanzsumme von 22 Mrd.€ hat sich die aufsichtsrechtliche Einstufung des Hauses in den Status High Impact Less Significant Institute (HI LSI) und als Potenziell Systemrelevantes Institut (PSI) verändert.

Prognose der geschäftlichen Entwicklung der LBS NordWest sowie wesentliche Annahmen der Prognose

Der Zinsanstieg in den Jahren 2022 und 2023 kennzeichnete das Ende der Niedrigzinsphase und der Niedrigzinspolitik der EZB der vorange-

gangenen Jahre. Die Attraktivität des Bausparens als Zinssicherungsinstrument rückt durch das erhöhte Zinsniveau wieder mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung. Der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bringt jedoch bis heute große politische Unsicherheit mit sich. Anhaltend erhöhte Preise für Energie und Rohstoffe wirken sich weiterhin auf die Inflationsrate aus, die die Zielmarke von 2 % noch nicht wieder erreichen konnte. Insgesamt bietet das Marktumfeld trotz weiter hinzugekommener Unsicherheiten wie dem israelisch-palästinensischen Konflikt gute Chancen für Bausparkassen.

Die eigenen vier Wände als Altersvorsorge genießen in der Bevölkerung nach wie vor hohe Beliebtheit. 84 % halten selbstgenutztes Wohneigentum für eine geeignete Altersvorsorge. Die Nachfrage nach Bestandsimmobilien wurde allerdings durch die gestiegenen Finanzierungskosten und den erhöhten Fokus auf gute Energieeffizienzklassen bei Gebäuden leicht gedämpft. Ebenfalls hat der Neubau durch die Kombination aus erhöhten Finanzierungskosten und gestiegenen Rohstoffpreisen deutlich nachgelassen. Jedoch werden allein in NRW nach Schätzung des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und der NRW.Bank in den nächsten Jahren jährlich etwa 46.000 neue Wohnungen benötigt. Diese Nachholeffekte sowie die daraus entstehenden Mietpreissteigerungen sollten zu einer Erholung im Immobilienmarkt führen. Daher gehen wir für 2024 davon aus, dass Immobilien- und Baufinanzierungsumsätze nach einer vorüberge-

henden Marktanpassung angesichts des unverändert hohen Bedarfs an Wohnraum und des Modernisierungstaus im Bestand bei nicht weiter steigenden Zinsen wieder deutlich zunehmen werden. Sowohl im Bauspar- als auch im außerkollektiven Kreditgeschäft planen wir daher in den kommenden Jahren kontinuierlich steigende Umsätze. Durch die weitere Intensivierung des Sparkassenvertriebs, insbesondere in Kooperation mit dem AD, den Ausbau der AD-Kapazität sowie die Optimierung der Verzahnung des Immobilien- mit dem Bauspar- und Baufinanzierungsgeschäft streben wir dabei wieder einen Ausbau unseres Marktanteils an. Dabei möchten wir nach Abschluss der Fusion zur LBS NordWest insbesondere auch von der Kombination der vertrieblichen Erfolgsfaktoren der beiden Ursprungshäuser profitieren.

Im Vertrieb und in den Zentralen in Münster und Hannover wird die LBS NordWest ihre Prozesse weiter verschlanken. Besonderer Fokus richtet sich dabei auf den Ausbau der Kundenorientierung und der Prozesseffizienz unter Berücksichtigung der digitalen Transformation. Mit dem Ziel, die bereits hohe Produktivität und Effizienz weiter zu steigern, strebt die LBS NordWest daher konsequent die weitere Industrialisierung der Prozessabläufe „End-to-End“ an. Hinsichtlich der Produktivität (Verträge je Mitarbeitenden) erwarten wir im Vergleich zu 2023 eine leichte Verbesserung, d. h. einen leichten Anstieg.

Die LBS NordWest nutzt ihre Markenbekanntheit und ihre Kompetenz in Bezug auf Wohneigen-

tumsbildung und -finanzierung. Anspruch der LBS NordWest ist es, mit einem attraktiven Produktangebot weiterhin erfolgreich im Markt zu agieren.

Wertorientiertes Kundenwachstum und Nachhaltigkeit stehen für die Zukunft im Fokus. Für 2024 wird unter Berücksichtigung der beschriebenen Rahmenbedingungen ein Brutto-Neugeschäft von 12,2 Mrd. € erwartet.

Die LBS NordWest geht von langfristig leicht sinkenden Kapitalmarktzinsen aus. Daher hat die LBS ihren Planungen für 2024 einen durchschnittlichen Zins (erwarteter 10-Jahre-MidSwap) von + 2,96 % zu Grunde gelegt. Mit diesem Ansatz bleibt die LBS NordWest konsequent bei einer konservativ orientierten Banksteuerung.

Die veränderten Kapitalmarktzinsen verbessern das Zinsergebnis im Planungszeitraum deutlich. Unmittelbar betroffen sind in 2024 das außerkollektive Brutto-Neugeschäft sowie die Geldanlage. Bei den Zinsaufwendungen gelingt es, durch die finanzierungsorientierten Tarifgenerationen der letzten Jahre die Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen und damit den Haupttreiber der Zinsaufwendungen weiter deutlich zu senken.

Die erfolgreiche Vermarktung der neuen Tarifgeneration aus 2020 wirkt auch deutlich positiv auf das Provisionsergebnis. Der Anteil an Verträgen mit 1,6 % Abschlussgebühr wird für 2024 mit 80 % erwartet.

Im Laufe des Jahres 2024 soll ein gemeinsames Tarifwerk für die LBS NordWest etabliert werden, das die erfolgreiche Ausrichtung beider Ursprungshäuser auch für die Folgejahre fortsetzt.

Die Verwaltungsaufwendungen (bereinigt um Sondereffekte aus der Fusion) sinken gegenüber dem Niveau des Berichtsjahres, insbesondere aufgrund geringerer Personalaufwendungen. Hinsichtlich der Cost-Income-Ratio wird mit 87,9% ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr erwartet.

Das sonstige Ergebnis 2024 wird insbesondere aufgrund eines höher erwarteten Aufwands (+ 4,7 Mio. €) für die Einlagensicherung im Abschlussjahr der Aufbauphase belastet werden.

Das Risikoergebnis wird betragsmäßig etwa auf dem Niveau von 2023 erwartet.

Hinsichtlich des Ergebnisses vor Steuern wird mit 22,4 Mio. € vom Vorstand für 2024 ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Ergebnis vor Steuern 2023 erwartet. Die Eigenkapitalrentabilität wird demnach ebenfalls gegenüber dem Vorjahr deutlich ansteigen. Hinsichtlich der Kernkapitalquote erwartet die LBS einen leichten Rückgang für 2024 und plant eine Kernkapitalquote von 14,8% zum Jahresende 2024.

Die LBS NordWest erwartet für 2024 für das DSGVO-Risikomonitoring weiterhin einen Gelbstatus und geht für 2025 wieder von einem Grünstatus aus.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen für die Entwicklung des Bauspar- und Kreditneugeschäfts bestehen in einem Anstieg der Nachfrage nach Immobilien. Die LBS geht davon aus, dass die hohen Energiepreise in Verbindung mit der energiepolitischen Transformation entscheidende Faktoren sein werden, in Wohneigentum zu investieren, um energieeffiziente und damit auch klimaschonende Neu- oder Umbauten vorzunehmen.

Darüber hinaus ergeben sich aus der Zinswende mittel- bis langfristig spürbar positive Effekte für die Ertragslage der LBS NordWest. Eine höhere Inanspruchnahme von Bauspardarlehen führt neben gesteigerten Kundenkonditionen im außerkollektiven Kreditgeschäft sowie höheren Renditen der Geldanlagen zu Mehrerträgen. Darüber hinaus besteht infolge der gestiegenen Zinsen und der hohen Attraktivität des Bausparens als Zinssicherungsinstrument die Chance, dass das Bruttoneugeschäft deutlich über den prognostizierten Größen liegt. Dies würde insbesondere im Falle von Steigerungen der Marktzinsen gelten. Im Falle sinkender Zinsen besteht das Risiko, dass die Attraktivität des Bausparens abnimmt und insoweit die Vertriebsziele und das geplante Bruttoneugeschäft nicht erreicht werden.

Ein weiter ansteigendes Zinsniveau führt jedoch zu weiteren Bewertungseffekten in den Geldanlagen, die allerdings aufgrund der Zuordnung zum Anlagebestand nur bei dauerhaften Wertminderungen GuV-Auswirkungen haben.

Als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie der hohen Inflation können sich jedoch auch Auswirkungen auf die Geldanlagen ergeben. Im Falle entsprechender dauerhafter Wertminderungen, z. B. durch Bonitätsverschlechterungen der Emittenten oder erhöhte Volatilität an den Kapitalmärkten, hätten Abschreibungen und damit einhergehende höhere Risikovorsorgeaufwendungen negative Auswirkungen auf die geplanten Ergebnisgrößen, die Eigenkapitalrentabilität und weitere bedeutsame Leistungsindikatoren. Dadurch könnten die dargestellten prognostizierten Größen für die einzelnen Leistungsindikatoren möglicherweise nicht erreicht werden. Darüber hinaus können sich entsprechende Folgewirkungen infolge ansteigender RWA für das aufsichtsrechtliche Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kennziffern (insbesondere die Kernkapitalquote) ergeben. Die LBS investiert jedoch aufgrund der Vorgaben des Bausparkassengesetzes in einem aus Risikogesichtspunkten eng begrenzten Anlageuniversum möglichst diversifiziert.

Kurzfristige Liquiditätsbedarfe können die Notwendigkeit von Veräußerungen von Geldanlagen auslösen. Im Hinblick auf die am Bilanzstichtag bestehenden erheblichen zinsinduzierten stillen Lasten bei den Geldanlagen des Finanzanlagevermögens von insgesamt 558,2 Mio. € könnte dies zur Realisierung dieser stillen Lasten führen. Dadurch könnte das Jahresergebnis und insoweit auch das Eigenkapital erheblich belastet werden. In einer derartigen Situation besteht das Risiko, dass die Bausparkasse insbesondere die regulatorischen Kapitalanforderungen nicht mehr erfüllen kann.

Rechtsrisiken bestehen bei der Bausparkasse insbesondere im Hinblick auf die Zulässigkeit von Entgelten für Bausparverträge. Im Einzelnen wird auf die Ausführungen im Risikobericht verwiesen. Im Falle aus Sicht der LBS negativer gerichtlicher Entscheidungen im Zusammenhang mit den schwebenden Verfahren zur Erhebung von Entgelten für Bausparverträge könnte die Ertragslage der LBS und damit das Jahresergebnis belastet werden.

Eine verschlechterte wirtschaftliche Lage könnte die Immobilienmärkte und private Haushalte abweichend von den bisherigen Erwartungen belasten, bei privaten Haushalten zu temporären Einkommensminderungen und infolge der Inflation zu höheren Ausgaben und vermehrten Stundungen von Zahlungsverpflichtungen und in der Konsequenz zu steigenden Risikovorsorgeaufwendungen führen. Darüber hinaus könnte ein weiterer Rückgang der Immobilienpreise zur Reduzierung der Bewertungen gestellter Sicherheiten führen. Ferner könnte sich eine Abnahme des Brutto-Neugeschäftsvolumens und der Bestände im Bauspargeschäft ergeben. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs sowie der bestehenden geopolitischen Konflikte zu negativen Abweichungen hinsichtlich der Risikovorsorge und damit in den geplanten Ergebnisgrößen und bei den bedeutsamen Leistungsindikatoren führen können. Aus der Entwicklung der Kreditausfallquoten sieht die LBS NordWest jedoch aufgrund des gerade bei Bausparkassen klein-

teiligen Geschäfts und der Besicherung selbst bei negativer Konjunktorentwicklung mit deutlich steigender Arbeitslosigkeit derzeit keine erheblichen Risikovorsorgeaufwendungen in der Zukunft. Zum 31. Dezember 2023 wurde Risikovorsorge in angemessener Höhe gebildet. Daneben besteht auch die Chance, dass bei gleichbleibenden oder sich verbessernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Risikovorsorgebedarf geringer ausfällt als erwartet.

Gegenläufig zu den grundsätzlich positiven Auswirkungen steigender Zinsen auf das Zinsergebnis könnte eine deutlich höhere Inflation zu deutlichen (Personal-)Kostensteigerungen führen und damit die Ertragslage und die Cost-Income-Ratio (CIR) stärker als geplant belasten.

Darüber hinaus können weitere Ertragsrisiken durch zukünftige regulatorische Eingriffe entstehen. Die Umsetzung neuer regulatorischer Anforderungen oder entsprechende Ermessensentscheidungen der Bankenaufsicht (u. a. auch hinsichtlich zusätzlicher Kapitalanforderungen) können mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand einhergehen und die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage belasten. Insbesondere

die Einführung bzw. Bestimmung zusätzlicher oder individueller bzw. erhöhter Kapitalanforderungen, z. B. im Rahmen des regelmäßigen SREP-Prozesses, kann bei der Bausparkasse das freie RWA-Potenzial und damit die Geschäftsmöglichkeiten der Bausparkasse entsprechend reduzieren, Maßnahmen zur Reduktion der Risikoaktiva oder die Erhöhung des regulatorischen Kapitals erfordern. Wir messen diesen regulatorischen Risiken eine wesentliche Bedeutung bei.

Weitere Risiken können sich aus der Mitgliedschaft der Bausparkasse im institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ergeben. Im Rahmen von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen könnten von den Instituten des Sicherungssystems Beitragszahlungen eingefordert oder Sonder- und Zusatzbeiträge erhoben werden, die das Ergebnis der Bausparkasse belasten würden. Gleiches gilt für mögliche Nachschusspflichten gegenüber dem Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute. Ob und in welcher Höhe es zu derartigen Zahlungen kommen wird, ist derzeit nicht absehbar.

Dem Lagebericht ist als Anlage der Statistische Anhang zum Lagebericht 2023 beigelegt.

Münster, 16. April 2024

Jörg Munning

Maik Jakobsons

Frank Demmer

Dr. Jörg Koschate

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2023

Aktivseite	€	€	€	31.12.2022 T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		18.955,05		8
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		8.391.477,28		638
darunter:			8.410.432,33	646
bei der Deutschen Bundesbank 8.391.477,28 €				(638)
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Bauspardarlehen		9.408.637,26		0
b) andere Forderungen		2.579.463.762,03		2.714.344
darunter:			2.588.872.399,29	2.714.344
täglich fällig 26.282.161,11 €				(25.410)
3. Forderungen an Kunden				
a) Baudarlehen				
aa) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)	1.427.189.688,14			572.395
ab) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	7.830.913.614,21			3.759.001
ac) sonstige	413.478.840,81			168.064
darunter: durch Grundpfandrechte		9.671.582.143,16		
gesichert 7.368.673.707,67 €				(3.244.410)
b) andere Forderungen		886.989.650,98		974.271
			10.558.571.794,14	5.473.731
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten		2.103.956.159,82		1.350.569
darunter: beleihbar bei der				
Deutschen Bundesbank 2.048.864.181,77 €				(1.295.490)
ab) von anderen Emittenten		2.590.734.213,98		1.853.258
darunter: beleihbar bei der			4.694.690.373,80	3.203.827
Deutschen Bundesbank 1.780.104.799,35 €				(1.120.884)
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			3.612.672.288,57	3.071.415
6. Beteiligungen			1.739.447,02	1.322
darunter: an Kreditinstituten 0,00 €				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 €				(0)
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			87.615.127,29	83.240
darunter: an Kreditinstituten 0,00 €				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 €				(0)
8. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		7.851.930,00		10.179
b) geleistete Anzahlungen		836.557,11		268
			8.688.487,11	10.447
9. Sachanlagen			47.420.672,60	4.047
10. Sonstige Vermögensgegenstände			152.074.505,44	38.962
11. Rechnungsabgrenzungsposten			6.139.961,20	2.493
12. Aktive latente Steuern			193.057.417,15	155.223
Summe der Aktiva			21.959.952.905,94	14.759.697

Passivseite

31.12.2022

	€	€	€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) Bauspareinlagen		108.600.912,09		139.786
darunter:				
auf gekündigte Verträge 0,00 €				(4.318)
auf zugeteilte Verträge 0,00 €				(0)
b) andere Verbindlichkeiten		598.034.776,39		284.605
darunter:			706.635.688,48	424.391
täglich fällig 342.102.054,88 €				(240.874)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen				
aa) Bauspareinlagen		19.126.816.402,05		12.992.757
darunter:				
auf gekündigte Verträge 142.245.038,33 €				(103.088)
auf zugeteilte Verträge 284.525.392,39 €				(146.898)
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		122.799.403,24		105.402
			19.249.615.805,29	13.098.159
3. Sonstige Verbindlichkeiten			17.777.207,22	16.697
4. Rechnungsabgrenzungsposten			13.600.373,96	8.140
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		369.297.367,00		231.796
b) Steuerrückstellungen		1.970.086,00		326
c) andere Rückstellungen		147.058.182,35		82.386
			518.325.635,35	314.508
6. Nachrangige Verbindlichkeiten			110.000.000,00	50.000
7. Fonds für allgemeine Bankrisiken			193.438.000,00	34.700
8. Eigenkapital				
a) eingefordertes Kapital				
gezeichnetes Kapital	520.833.332,00			(350.000)
abzgl. nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0,00			(0)
		520.833.332,00		350.000
b) Gewinnrücklagen				
ba) Kapitalrücklage		126.624.650,00		0
bb) andere Gewinnrücklagen		463.102.213,64		425.102
c) Bilanzgewinn		40.000.000,00		38.000
			1.150.560.195,64	813.102
Summe der Passiva			21.959.952.905,94	14.759.697
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			73.673,55	74
2. Andere Verpflichtungen				
a) unwiderrufliche Kreditzusagen			275.077.626,32	202.872

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2023

	€	€	€	€	€	T€
01.01. – 31.12.2022						
1. Zinserträge aus						
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften						
aa) Bauspardarlehen		31.018.485,96				14.230
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		155.003.881,99				72.922
ac) sonstigen Baudarlehen		6.974.472,24				1.876
ad) sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften	74.186.174,37					61.983
ae) negative Zinsen aus Geldanlagen	0,00	74.186.174,37				-1
			267.183.014,56			151.010
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			77.091.992,07			50.172
				344.275.006,63		201.182
2. Zinsaufwendungen						
a) für Bauspareinlagen			126.946.475,92			109.109
b) andere Zinsaufwendungen		47.470.468,06				3.078
c) negative Zinsen aus Geldaufnahmen		0,00	47.470.468,06			-976
				174.416.943,98		111.210
					169.858.062,65	89.972
3. Laufende Erträge aus						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			44.110.667,16			38.000
b) Erträge aus Beteiligungen			1.750.379,46			1.690
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			5.635.753,91			4.883
					51.496.800,53	44.573
4. Provisionserträge						
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung			127.700.358,56			99.921
b) aus der Bereitstellung und der Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten			47.454,07			1
c) andere Provisionserträge			22.173.795,14			14.440
				149.921.607,77		114.362
5. Provisionsaufwendungen						
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung			132.753.806,64			94.653
b) andere Provisionsaufwendungen			10.427.440,56			8.470
				143.181.247,20		103.123
					6.740.360,57	11.239
6. Sonstige betriebliche Erträge					37.392.511,07	46.205
Übertrag					265.487.734,82	191.989

01.01. – 31.12.2022

	€	€	€	€	€	T€
Übertrag					265.487.734,82	191.989
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter		69.582.230,70				40.489
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		32.812.793,21				28.328
darunter:			102.395.023,91			68.817
für Altersversorgung 9.800.473,26 €						(12.060)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			101.810.728,41			56.013
					204.205.752,32	124.830
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					10.742.942,01	4.182
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen					23.950.304,94	17.470
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					5.203.403,51	3.421
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					82.914,26	2.964
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit					21.302.417,78	39.122
13. Außerordentliche Aufwendungen					15.302.417,78	0
14. Außerordentliches Ergebnis					-15.302.417,78	0
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag					-34.054.560,84	1.159
darunter:						
Aufwendungen aus latenten Steuern 0,00 €						(2.874)
Erträge aus latenten Steuern 37.834.258,00 €						(0)
16. Sonstige Steuern					54.560,84	-37
17. Jahresüberschuss/Bilanzgewinn					40.000.000,00	38.000

Verschmelzung der LBS West mit der LBS Nord

Die LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover (LBS Nord) wurde mit Ablauf des 31. August 2023 auf die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) rückwirkend zum 1. Januar 2023 verschmolzen. Die LBS West firmiert ab dem 1. September 2023 unter dem Namen LBS Landesbausparkasse NordWest. Die LBS NordWest mit Sitzen in Münster und Hannover ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und eingetragen in die Handelsregister beim Amtsgericht Münster (HR A 5303) und beim Amtsgericht Hannover (HR A 26200).

Die Vermögens- und Schuldenpositionen der LBS Nord wurden im Rahmen der Verschmelzung zur Aufnahme zum Buchwert auf die ehemalige LBS West übertragen. Die Vorjahreswerte per 31.12.2022, die in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie im Anhang als Vorjahreswerte angegeben werden, entsprechen den Werten der ehemaligen LBS West als übernehmender Rechtsträger im Rahmen der Verschmelzung.

Als Gegenleistung für die Vermögensübertragung haben die Träger der LBS Nord Anteile an der LBS NordWest erhalten. Die neuen Anteile wurden dadurch geschaffen, dass das Stammkapital der LBS West zur Durchführung der Verschmelzung um 170,8 Mio. € gegen Sacheinlage erhöht wurde. Soweit der Wert des übertragenen Vermögens den Gesamtnennbetrag der neu gewährten Anteile überschritten hat, wurde der Überschussbetrag in die Kapitalrücklage der LBS NordWest eingestellt.

Zur Herstellung der Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr wird in der nachfolgenden Darstellung in der Spalte „angepasste Vorjahreszahlen unter fiktiven Annahmen“ die Summe der Vorjahresbeträge der LBS Nord und der LBS West in der jeweiligen Position unter Berücksichtigung von Konsolidierungs- und Verschmelzungseffekten (soweit vorhanden) angegeben. Da die LBS Nord und die LBS West im Vorjahr noch nicht verschmolzen waren, handelt es sich dabei um Vorjahreszahlen, die unter fiktiven Annahmen ermittelt wurden:

in Mio. €	2023 LBS NordWest	2022 LBS West	2022 LBS Nord	2022 Nord und West („angepasste Vorjahreszahlen unter fiktiven Annahmen“)
Aktiva				
Baudarlehen	9.681	4.500	4.549	9.049
Geldanlagen	11.672	9.881	2.415	12.296
Sonstige Aktiva	607	379	290	669
Passiva				
Bauspareinlagen	19.235	13.133	6.327	19.460
Verbindlichkeiten				
Kreditinstitute (sonstige)	598	284	182	466
Eigenkapital (inkl. Fonds für allg. Bankrisiken)	1.344	848	456	1.304
Sonstige Passiva	783	495	289	784
Bilanzsumme	21.960	14.760	7.254	22.014

in Mio. €	2023 LBS NordWest	2022 LBS West	2022 LBS Nord	2022 Nord und West („angepasste Vorjahreszahlen unter fiktiven Annahmen“)
Zinsüberschuss und Beteiligungserträge	221,5	134,5	73,7	208,2
Provisionsergebnis	6,7	11,2	-6,3	4,9
Verwaltungsaufwand ¹	215,0	129,0	82,6	211,6
Sonstiges Ergebnis ²	13,4	28,8	30,6	59,4
Bewertungs- und Risiko- ergebnis	-5,3	-6,4	2,4	-4,0
Außerordentliches Ergebnis	-15,3	-	-	-
Ergebnis vor Steuern	6,0	39,1	17,9	56,9
Ertragssteuern	34,0	-1,1	1,7	0,6
Ergebnis nach Steuern	40,0	38,0	19,5	57,5
Jahresüberschuss	40,0	38,0	-	38,0

¹ Allgemeine Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

² Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen, sonstigen betrieblichen Aufwendungen und sonstigen Steuern.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der LBS NordWest wurde gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) erstellt. Die Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung (RechKredV) wurde beachtet.

Die Gliederungen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen den Formblättern der RechKredV. Die für den Jahresabschluss der LBS NordWest (vormals LBS West) angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze entsprechen den für den Jahresabschluss der ehemaligen LBS West angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen (Stetigkeitsgrundsatz).

Vor dem Hintergrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ihrer Beteiligungen verzichtet die LBS NordWest gem. § 296 Abs. 2 S. 1 HGB auf die Erstellung eines Konzernabschlusses.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert ausgewiesen. Bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren wurden die Agien und Disagien in den entsprechenden Forderungspositionen mit ausgewiesen und zeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt.

Für erkennbare Risiken wurden in ausreichender Höhe Einzelwertberichtigungen gebildet. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen zum 31.12.2023 erfolgte für den Gesamtbestand einheitlich anhand des Bewertungsverfahrens in OSPlus LBS. Nach diesem Verfahren werden ab einem bestimmten Mahnstatus und in Abhängigkeit der gestellten Sicherheiten und des Blankoanteils Einzelwertberichtigungen gebildet. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen (Pwb). Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen erfolgte in

2023 gemäß dem Standard des IDW RS BFA 7. Zur Berechnung wurde dabei das vereinfachte Verfahren (ohne Abzug der Bonitätsprämie) gemäß Tz. 23 angewendet. Dabei wird auf die Anrechnung von Bonitätsprämien verzichtet und der erwartete Verlust über einen Betrachtungszeitraum von 12 Monaten geschätzt (Bewertungsvereinfachung). Die Ermittlung des erwarteten Verlustes erfolgt unter Verwendung des Kreditportfoliomodells (CPV), welches die Entwicklung des Kredit- und Geldanlage-Portfolios für die nächsten 12 Monate simuliert. Dabei werden insbesondere die Parameter PD (Ausfallwahrscheinlichkeit), Erlösquote (erwarteter Erlös aus der Verwertung ggf. vorhandener Sicherheiten) und weitere Parameter berücksichtigt.

Die Schuldverschreibungen und Anteile an Wertpapierfonds (Spezial- und Publikumsfonds) des Anlagevermögens (Finanzanlagebestand) wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Daher werden die Anschaffungskosten fortgeführt, wenn keine Sachverhalte für eine dauerhafte Wertminderung gegeben sind. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen bei den Schuldverschreibungen wurden zeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos setzt die LBS derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps ein. Als Hedge-Instrument dienen sie ausschließlich der Absicherung von Risiken. Ziel ist die Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos ohne Liquiditätseinsatz. Ihrer Zweckbestim-

mung als Sicherungsinstrument entsprechend, werden sie in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen. Der bilanzielle Ausweis der Zinsabgrenzungen der Swaps erfolgt in den Posten „Forderungen an Kreditinstituten“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute“. Die Variation Margin dient dem regelmäßigen Ausgleich der Wertschwankungen des einzelnen Swaps und wird erfolgsneutral in den Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ und „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Die Swaps der ehemaligen LBS Nord wurden zum Zeitpunkt der Fusion aus den bisherigen bilateralen Vertragsverhältnissen in das Central Clearing bei der EUREX überführt. Die aus Bewertungsunterschieden resultierten Ausgleichszahlungen von 0,9 Mio. € zugunsten der LBS NordWest wurden erfolgswirksam vereinnahmt.

Bezüglich der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gem. IDW RS BFA 3 n.F. hat die LBS auf Basis eines barwertigen Verfahrens die Notwendigkeit der Bildung einer Rückstellung überprüft. Eine Rückstellung nach § 340 a i. V. m. § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB für Drohverluste war nach den Ergebnissen der Berechnung nicht erforderlich. Eine Rückstellung wäre zu bilden, wenn der Buchwert des Bankbuchs über dem Barwert unter Berücksichtigung noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten liegt. Der Zahlungsstrom für außerkollektive Positionen und Finanzanlagen wurde für Zwecke der Berechnung auf Basis vertraglicher Vereinbarungen gebildet. Für die kollektiven Positionen wurde übereinstimmend mit dem internen Zinsrisikomanagement die zugehörige Ablauffiktion unterstellt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten angesetzt; bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Anlagewerte sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen unter Berücksichtigung der steuerlichen Regelungen sowie der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, ausgewiesen. Für die in 2016 eingeführte Bausparkassen-Software OSPlus LBS wurde das Wahlrecht gemäß Nr. 2 a des IDW RS HFA 11 n. F. in Anspruch genommen, sodass Weiterentwicklungen der Software wie bisher im EDV-Aufwand ausgewiesen werden. Im Berichtsjahr angeschaffte bewegliche Wirtschaftsgüter wurden linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von über 250 € bis 1.000 € wurden in Sammelposten zusammengefasst und werden über 5 Jahre linear abgeschrieben. Das System OSPlus für die ehemalige LBS Nord wurde im Berichtsjahr aufgrund der Migration auf die Systeme der ehemaligen LBS West vollständig abgeschrieben.

Das Wahlrecht zum Ansatz von aktiven latenten Steuern wurde in Anspruch genommen. Im Zusammenhang mit der Fusion mit der LBS Nord wurden im Rahmen der Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze latente Steuern aktiviert. Dadurch ist ein einmaliger Steuerertrag in Höhe von 37,8 Mio. € entstanden, da die LBS Nord bisher das Wahlrecht zur Aktivierung latenter Steuern nicht ausgeübt hat.

Die gesamten Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Im Rahmen der Bewertung der Provisionsverbindlichkeiten sowie der Abschlussgebühren-Forderungen aus dem Bauspargeschäft wurden auf Basis von durchschnittlichen Stornoquoten der Vergangenheit Bewertungsabschläge für beide Bilanzpositionen gebildet.

Erkennbaren Risiken aus schwebenden Geschäften und ungewissen Verbindlichkeiten wurde in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme mit der Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Erträge bzw. Aufwendungen aus Ab- bzw. Aufzinsungen von Rückstellungen, die direkt aus dem Bank-/Bauspargeschäft resultieren, wurden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für die Erstattung gezahlter Abschlussgebühren wurden – unter Berücksichtigung des kaufmännischen Vorsichtsprinzips – aus der Vergangenheit abgeleitete Erstattungsquoten angewendet.

Zur Ermittlung des Betrages der zukünftig von den Bausparern abgerufenen Bonuszahlungen in Tarifen mit Zusatzverzinsung wird auf die gewonnenen historischen Erfahrungswerte aus der Vergangenheit hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der Erfüllung der Bedingungen für den Bonusanspruch zurückgegriffen. Der Bonus wurde auf Basis der zugrunde liegenden Tarife in einen unbedingten

und einen bedingten Bonusbestand aufgegliedert. Für den bedingten Bonus wurde ausgehend vom Bestand zum Bilanzstichtag eine Rückstellung gebildet. Für die Berücksichtigung der wahrscheinlichen Inanspruchnahme des Bonus durch die Bausparer wurde ein Bewertungsabschlag gebildet, um den der maximale Bonusbetrag gekürzt wurde. Der unbedingte Bonusbestand wird als Verbindlichkeit gegenüber Kunden ausgewiesen.

Der Ausweis für die Ab- bzw. Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen, die nicht direkt aus dem Bank-/Bauspargeschäft resultieren, erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis. Negative Zinsen aus Geldanlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Unterposition in den „Zinserträge aus sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften“ ausgewiesen. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen werden als Unterposition in den „anderen Zinsaufwendungen“ gezeigt.

Im Jahr 2019 wurden durch die damalige LBS West wesentliche Teile der Versorgungsverpflichtungen in einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds bei der Mercer Pensionsfonds AG, Frankfurt a. M., überführt. Für die übertragenen Verpflichtungen haftet die LBS Landesbausparkasse NordWest weiterhin unbeschränkt subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG. Die Übertragung auf den Pensionsfonds erfolgte zum Stichtag 2. Oktober 2019 und betraf die Versorgungsverpflichtungen gegenüber den seinerzeitigen Pensionären sowie die bis dahin erdienten Ansprüche der aktiven MitarbeiterInnen. Die durch die Übertragung der Altersversorgungsverpflich-

tungen zum 31.12.2023 nicht mehr in der Bilanz ausgewiesene Rückstellung beträgt 545,8 Mio. € (Vorjahr: 553,4 Mio. €). Nach der Übertragung der Altersversorgungsverpflichtungen auf den Pensionsfonds resultieren am Abschlussstichtag nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB Fehlbeträge i. H. v. insgesamt 130,5 Mio. € (Vorjahr: 144,2 Mio. €) (Summe der Unterdeckungen bezogen auf den jeweiligen notwendigen Erfüllungsbetrag der Versorgungsverpflichtungen nach den handelsrechtlichen Bestimmungen in § 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB gegenüber dem Vermögen des Pensionsfonds).

Die auf die Mercer Pensionsfonds AG übertragenen Versorgungsverpflichtungen sowie die zur Erfüllung der Verpflichtung zugeordneten Deckungsmittel qualifizieren grundsätzlich als Tochter-Zweckgesellschaft der LBS nach § 340 i Abs. 2 Satz 1 i. V. m. § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB, da der LBS Landesbausparkasse NordWest die Mehrheit der Chancen und Risiken aus dem Pensionsfondsvertrag zusteht. Die LBS NordWest nutzt das Wahlrecht der untergeordneten Bedeutung der Tochter-Zweckgesellschaft gem. § 290 Abs. 5 i. V. m. § 296 Abs. 2 S. 1 HGB und übt die Einbeziehung in den Konzernabschluss nicht aus. Die untergeordnete Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergibt sich aus der Anwendung des DRS 19.47, in dem dargelegt wird, dass eine Konsolidierung den externen Durchführungsweg der Altersversorgung nicht ändert.

Würde die LBS – bezogen auf die Tochter-Zweckgesellschaft – von dem Einbeziehungswahlrecht Gebrauch machen, so wären gem. § 246 Abs. 2 S. 2 i. V. m. § 285 Nr. 25 HGB in einem dann aufzustellen-

den handelsrechtlichen Konzernabschluss der LBS fortgeführte Anschaffungskosten von 545,8 Mio. € für das Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (beizulegender Zeitwert von 415,3 Mio. € [Vorjahr: 409,2 Mio. €]) und pensionsfondstechnische Rückstellungen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Deckungsrückstellung) in Höhe von 415,3 Mio. € (Vorjahr: 409,2 Mio. €), bewertet mit den geschäftszweigspezifischen Wertansätzen des nichtversicherungsförmigen Pensionsfonds, sowie die damit zusammenhängenden zu verrechnenden Aufwendungen i. H. v. 0,3 Mio. € (Vorjahr: 71,8 Mio. €) und Erträge i. H. v. 35,1 Mio. € (Vorjahr: -, Mio. €) der Tochter-Zweckgesellschaft anzugeben. Im Geschäftsjahr wurden 29,3 Mio. € (Vorjahr: 29,1 Mio. €) Zahlungen für Versorgungsfälle geleistet.

Der Wert der Deckungsrückstellung würde nach § 341f Abs. 1 Satz 2 HGB i. V. m. § 240 VAG und der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV) ermittelt und entspräche dem Zeitwert des Vermögens.

Rückstellungen in Höhe von 5,1 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) wurden für Erstattungsleistungen an die gesetzliche Rentenversicherung für Versorgungsausgleiche nach altem Recht gebildet. Die Ermittlung der nicht ausgelagerten Pensionsverpflichtungen sowie der Erstattungsleistungen an die gesetzliche Rentenversicherung basiert auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren (sog. „Projected-Unit-Credit-Methode“).

Die Pensionsrückstellungen sowie die Rückstellungen für Beihilfen, Freistellungen, Jubiläums-

zahlungen sowie Erstattungsleistungen an die gesetzliche Rentenversicherung wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Der Rechnungszinssatz ergibt sich aus dem durchschnittlichen Marktzins, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. In Anpassung an die zum Bilanzstichtag tatsächlich gegebenen Restlaufzeiten wurde für die Freistellungen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen die Restlaufzeit auf 3 Jahre festgelegt.

Mit der Gründung einer eigenen, als eingetragener Verein geführten Unterstützungskasse in 2017 hat die ehemalige LBS Nord die Altersversorgung für ihre ehemaligen Betriebsangehörigen auf einen mittelbaren Versorgungsweg umgestellt. Im Jahr 2019 wurden die Pensionsanwartschaften ihrer aktuellen und in den Jahren 2018 und 2019 in den Ruhestand eingetretenen Arbeitnehmer der LBS Nord ebenfalls auf die Unterstützungskasse übertragen. Zur partiellen Rückdeckung der Pensionsanwartschaften wurden Lebensversicherungen abgeschlossen. Für das Jahr 2023 beträgt der Fehlbetrag aus der nicht bilanzierten Pensionsverpflichtung aus mittelbaren Zusagen nach Artikel 28 Abs. 2 EGHGB 104,3 Mio. € (Vorjahr: 84,6 Mio. €). Bei Anwendung des Einbeziehungswahlrechts in Bezug auf die Tochter-Zweckgesellschaft würde die LBS gem. § 246 Abs. 2 S. 2 i. V. m. § 285 Nr. 25 HGB in einem dann aufzustellenden handelsrechtlichen Konzernabschluss der LBS fortgeführte Anschaffungskosten von 149,3 Mio. € für das Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitneh-

mern (beizulegender Zeitwert von 45,3 Mio. € [Vorjahr: 50,4 Mio. €]), für pensionsfondsrechtliche Rückstellungen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Deckungsrückstellung) in Höhe von 45,3 Mio. € (Vorjahr: 50,4 Mio. €) sowie die damit zusammenhängenden zu verrechnenden Aufwendungen i. H. v. 4,2 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) und Erträge i. H. v. 0,2 Mio. € (Vorjahr: -, Mio. €) der Tochter-Zweckgesellschaft angeben. Im Geschäftsjahr wurden 6,4 Mio. € (Vorjahr: 6,4 Mio. €) Zahlungen für Versorgungsfälle geleistet.

Nach der mit der NORD/LB anlässlich der Verselbständigung der LBS Nord (jetzt: LBS NordWest) getroffenen Vereinbarung werden bei der

NORD/LB weiterhin Teile der Pensionsrückstellung geführt, die auf Betriebsangehörige der NORD/LB entfallen, die bis zur Verselbständigung in der LBS Nord (jetzt: LBS NordWest) bzw. der LBS-Immobilien GmbH NordWest tätig gewesen und bis zum Zeitpunkt der Verselbständigung in den Vor- und/oder Ruhestand getreten sind. Im Jahr 2015 hat die NORD/LB diesen Personenkreis in eine Unterstützungskasse überführt. Aus der Bewertung der verbleibenden unmittelbaren Pensionsrückstellung fielen in 2023 0,1 Mio. € Ertrag und für die Beihilfen 0,2 Mio. € Aufwand an.

Für die Rückstellungen wurden folgende Parameter zugrunde gelegt:

	in %	Vorjahr (in %)
Pensionsrückstellungen:		
Rechnungszinssatz p. a. (10-Jahres-Durchschnitt)	1,83	1,79
Gehaltstrend p. a.	2,00	2,10
Gehaltstrend bei freigestellten Mitarbeitenden p. a.	2,00	2,00
Rententrend p. a.	2,00	2,00
Zuschlag für Gesamtversorgte p. a.	0,25	0,40
Pensionsrückstellungen (Neues Versorgungswerk, Deferred Compensation):		
Rechnungszinssatz p. a. (10-Jahres-Durchschnitt)	1,83	1,79
Rententrend p. a.	1,50	1,50
Erstattungsleistungen an die gesetzliche Rentenversicherung:		
Rechnungszinssatz p. a. (7-Jahres-Durchschnitt)	1,76	1,45
Rentenwertrend p. a.		1,60
bis 2025	5,00	
ab 2026	2,00	
Beihilferückstellungen:		
Rechnungszinssatz p. a. (7-Jahres-Durchschnitt)	1,76	1,45
Trend für Beihilfesteigerung p. a.	4,75	4,50
Rückstellungen für Jubiläumzahlungen:		
Rechnungszinssatz p. a. (7-Jahres-Durchschnitt)	1,76	1,45
Gehaltstrend p. a.	2,00	2,10
Beitragsbemessungsgrenzetrend p. a.	2,00	2,10
Freistellungsrückstellungen:		
Rechnungszinssatz p. a. (7-Jahres-Durchschnitt)	1,05	0,59
Gehaltstrend p. a.		2,00
bis 2025	5,00	
ab 2026	2,00	

Für die Berücksichtigung der Fluktuation wurden die Standard-Fluktuationswahrscheinlichkeiten aus den verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen nach den „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck angesetzt.

Bei den Pensionsrückstellungen wird seit 2016 gem. § 253 Abs. 2 HGB bei der Berechnung des Zinssatzes ein 10-Jahres-Durchschnitt angewendet. Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach den unterschiedlichen Durchschnittswerten (10 Jahre zu 7 Jahren) beträgt 1,6 Mio. € (Vorjahr: 7,5 Mio. €).

Des Weiteren wurde bei der Berechnung der Beihilferückstellungen für die Ermittlung des zugrundeliegenden Basiswertes der Durchschnittszeitraum von 3 Jahren für Pensionäre mit Versorgungsvertrag und deren Hinterbliebene beibehalten.

Der nach § 6 Abs. 2 BspKG zu dotierende Fonds zur baupartechnischen Absicherung (FbtA) bildet

eine kollektive Sicherheitsreserve mit dem Ziel, die Verstetigung der Zuteilungsfolge sicherzustellen.

Gemäß den Allgemeinen Geschäftsgrundsätzen (AGG) der Bausparkasse wurde die Überprüfung zur Pflichtzuführung zum Fonds zur baupartechnischen Absicherung (FbtA) auf Basis der Regelungen aus § 5 Abs. 2 Nr. 2 a BauSparkG vorgenommen.

Mit Inkrafttreten des novellierten Bausparkengesetzes am 29. Dezember 2015 ist zudem eine Öffnung des FbtA auch zur Absicherung der für den nachhaltigen Betrieb des Bausparkassengeschäfts erforderlichen kollektiv bedingten Zinsspanne verbunden. Bei der Ermittlung des Sollzins-Ertrages wurde das Wahlrecht gem. § 7 Abs. 4 BauSparkV in Anspruch genommen.

Die Kapitalrendite (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) gem. § 26 a Abs. 1 Satz 4 KWG beträgt 0,18 % (Vorjahr: 0,26 %).

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung nach Restlaufzeiten (ohne täglich fällig):	in Mio. €	(Vorjahr)
a) bis drei Monate	82,0	(80,2)
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	138,3	(147,5)
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	779,4	(699,7)
d) mehr als fünf Jahre	1.553,5	(1.761,5)
	2.553,2	(2.688,9)

In dieser Position sind 54,0 Mio. € (Vorjahr: 60,3 Mio. €) Agien und 4,7 Mio. € (Vorjahr: 5,6 Mio. €) Disagien bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren enthalten.

Forderungen an Kunden

Die Zins- und Tilgungsrückstände aus langfristigen Baudarlehen bei Darlehensnehmern betragen 7,1 Mio. € (Vorjahr: 3,7 Mio. €). Dies waren 0,07% (Vorjahr: 0,08%) der langfristigen Baudarlehen.

Die noch nicht ausgezahlten bereitgestellten Baudarlehen betragen:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) aus Zuteilungen	451,5	(221,1)
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	230,5	(176,5)
c) sonstige	10,7	(21,3)
	692,7	(418,9)

Fristengliederung nach Restlaufzeiten:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) bis drei Monate	308,6	(223,2)
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	578,8	(379,4)
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.013,4	(1.802,8)
d) mehr als fünf Jahre	6.657,8	(3.068,3)
	10.558,6	(5.473,7)

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Es handelt sich ausschließlich um börsenfähige Wertpapiere. Die Position enthält börsennotierte Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 4.648,4 Mio. € (Vorjahr: 3.154,8 Mio. €) sowie nicht börsennotierte Wertpapiere in Höhe von 46,3 Mio. € (Vorjahr: 49,0 Mio. €). Alle Wertpapiere waren dem Finanzanlagevermögen (Buchwert: 4.694,7 Mio. €) zugeordnet und wurden mit dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet (Vorjahr: 3.203,8 Mio. €), da sie bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie haben einen Marktwert in Höhe von 4.292,5 Mio. € (Vorjahr: 2.770,1 Mio. €). Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 4.374,7 Mio. € (Vorjahr: 3.095,5 Mio. €) enthalten, die nicht mit dem niedrigeren Zeitwert bewertet wurden, da nach den Einzelfallanalysen der Bonität der Emittenten durch die Bausparkasse nicht von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen war. Der Marktwert dieser Wertpapiere betrug 4.013,2 € (Vorjahr: 2,687,4 Mio. €). Hieraus ergaben sich vermiedene Abschreibungen in Höhe von 361,5 Mio. € (Vorjahr: 408,1 Mio. €).

Im Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, werden Buchwerte (inkl. aktivierter Zinsen) in Höhe von 1.044,8 Mio. € (Vorjahr: 211,1 Mio. €) fällig.

Wertpapiere mit einem Buchwert von 21,8 Mio. € (Vorjahr: 19,3 Mio. €) wurden zur Absicherung der unwiderruflichen Zahlungsverpflichtung für den Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt. Als Sicherheit für die in den sonstigen Verbindlichkeiten

ten ausgewiesene Initial Margin bei den Zinsswaps wurden Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 54,1 Mio. € (Vorjahr: 54,2 Mio. €) verpfändet.

Aktien und andere nicht festverzinsliche

Wertpapiere

Die Position beinhaltet ausschließlich Anteile an nicht börsenfähigen Wertpapierfonds.

Wertpapierfonds (in Mio. €):	Zuordnung	Buchwert	Marktwert	Diff. zw. Buchwert/ Marktwert	Ausschüttung im Geschäftsjahr
HI-Buddenturm	Anlagebestand	930,0	880,8	-49,2	17,7
Kiepenkerl	Anlagebestand	1.409,3	1.357,5	-51,8	16,4
Zoo	Anlagebestand	732,2	669,0	-63,2	7,4
LBS H&A	Anlagebestand	99,9	92,1	-7,8	-,-
SP 4 LBS	Anlagebestand	90,0	82,2	-7,8	-,-
LCR-Fonds	Anlagebestand	89,5	82,2	-7,3	0,5
WI Fonds	Anlagebestand	150,0	151,7	1,7	1,8
BF-Fonds	Anlagebestand	60,9	54,8	-6,1	-,-
LBB-LBS-N	Anlagebestand	49,9	46,5	-3,4	0,3
Bantleon Renten Classic	Anlagebestand	1,2	1,1	-0,1	-,-

Die Wertpapierfonds investieren nahezu ausschließlich in festverzinsliche Wertpapiere. Die Summe der Buchwerte der Fonds mit Marktwerten unter Buchwerten beläuft sich auf 3.463 Mio. €. Die Marktwerte dieser Fonds betragen 3.266 Mio. €. Die Bewertung der Fonds erfolgt zum gemilderten Niederstwertprinzip. Auch bei Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips wurde der Bantleon Renten Classic Fonds zum Bilanzstichtag auf die Summe der Nominalwerte seiner Fondsanteile abgeschrieben. Im Hinblick auf die

stillen Lasten in Höhe von 197 Mio. € war eine Abschreibung nicht erforderlich, da nach den Einzelfallanalysen der Bonität der Emittenten der von den Fonds gehaltenen Wertpapiere durch die Bausparkasse keine Anzeichen für eine dauernde Wertminderung der Fonds vorliegen, da alle in den Fonds enthaltenen Wertpapiere über ein Rating mit Investmentgrade verfügen. Es bestehen keine Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe von Fondsanteilen.

ANHANG ZUM 31. DEZEMBER 2023

Beteiligungen

Es bestehen folgende Beteiligungen:

	Kapitalanteil (v. H.)	Eigenkapital (T€)	Ergebnis (T€)
FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG, Münster	28,57	3.438*	1.858*
SIZ-Informatik-Zentrum der Sparkassenorganisation GmbH, Bonn	1,27	5.935*	576*
LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co. KG, Berlin	34,70	26*	61*

*Ergebnis aus 2022. Ein festgestellter Jahresabschluss für 2023 liegt noch nicht vor.

Sämtliche Beteiligungen sind nicht börsenfähig.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die LBS NordWest hält folgende Anteile an verbundenen Unternehmen

	Kapitalanteil (v. H.)	Eigenkapital (T€)	Ergebnis (T€)
LBS Immobilien GmbH NordWest, Münster	100,00	2.695*	2.655*
Bausparkassen-Service GmbH & Co. KG, Münster	100,00	71.731	2.981
Bausparkassen-Service Verwaltungs-GmbH	100,00	36,4*	1*
DBC Digitales Business Center GmbH, Münster	100,00	1.035*	-665*

* Ergebnis aus 2022. Ein festgestellter Jahresabschluss für 2023 liegt noch nicht vor.

Sämtliche Anteile an verbundenen Unternehmen sind nicht börsenfähig.

Anlagevermögen

Anlagespiegel (Mio. €)	Grundstücke und Gebäude für den eigenen Geschäftsbetrieb	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Immaterielle Anlagewerte	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens (ohne aktivierte Zinsen)	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens (WP-Fonds)
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten							
01.01.2023	0,7	21,0	32,2	1,3	83,2	3.178,1	3.071,4
Zugänge	41,7	5,2	5,7	0,4	4,4	1.711,9	541,3
Zuschreibungen	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	1,3	4,5	-	-	239,9	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-
31.12.2023	42,4	24,9	33,4	1,7	87,6	4.650,1	3.612,7
Abschreibungen							
01.01.2023	0,5	17,2	21,8	-	-	-	-
Zugänge	1,0	2,3	7,4	-	-	-	0,1
Abgänge	-	1,1	4,5	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-
31.12.2023	1,5	18,4	24,7	-	-	-	-
Buchwert							
31.12.2023	40,9	6,5	8,7	1,7	87,6	4.650,1	3.612,6
Buchwert Vorjahr	0,2	3,8	10,4	1,3	83,2	3.178,1	3.071,4

Immaterielle Anlagewerte

Die Position beinhaltet diverse Software und Softwarelizenzen sowie die im November 2016 eingeführte Bausparkassen-Software OSPlus LBS.

Die geleisteten Anzahlungen in Höhe von 837 T€ (Vorjahr: 268 T€) betreffen die Meldewesen-Software BAISjava.

Sonstige Vermögensgegenstände

Steuererstattungsansprüche auf vorausgezahlte Ertragsteuern bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 2,9 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €). 3,4 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €) betreffen Forderungen an die Bausparkassen-Service GmbH & Co. KG (verbundenes Unternehmen).

131,5 Mio. € (Vorjahr: 25,4 Mio. €) resultieren aus dem erfolgsneutralen Ausweis der Variation Margin (Zinsswaps).

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern in Höhe von 193,1 Mio. € (Vorjahr: 155,2 Mio. €) resultieren aus unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen für Vermögensgegenstände und Schulden in der Bilanz, aus einer vorzunehmenden steuerlichen außerbilanziellen Korrektur und entstandenen steuerlichen Verlustvorträgen.

So liegen höhere handelsrechtliche Wertansätze insbesondere bei den Pensions- und Beihilferückstellungen, den Bonusverpflichtungen gegenüber Bausparern, den Ausschüttungsver-

zichten ordentlicher Erträge bei den Spezialfonds sowie der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gem. § 340 f HGB vor.

Die außerbilanzielle Korrektur ergibt sich durch Anwendung des § 4 e Abs. 3 EStG. So wurde im Rahmen der Ausgliederung der Pensionsverpflichtungen im Jahr 2019 der erforderliche Antrag auf Verteilung des Betriebsausgabenabzuges gestellt. Demnach ist der Differenzbetrag zwischen dem Beitrag an den Pensionsfonds und der aufgelösten steuerlichen Rückstellung gleichmäßig auf die der Übertragung folgenden zehn Wirtschaftsjahre aufzuteilen. Im Jahr 2020 wurde der Differenzbetrag in Höhe von 22,2 Mio. € erstmalig zu einem Zehntel aufgelöst, so dass in dieser Höhe ein jährlicher steuerlicher Mindergewinn bis einschließlich 2029 entsteht. Zudem sind steuerliche Verlustvorträge entstanden, auf die aktive latente Steuern zu bilden sind, da sich die steuerlichen Verlustvorträge innerhalb der nächsten fünf Jahre verbrauchen werden.

Als Steuersatz für die Berechnung der latenten Steuern wurden unverändert 31,93 % angesetzt. Der gemischte Steuersatz setzt sich aus 15 % Körperschaftsteuer zzgl. 5,5 % Solidaritätszuschlag auf Körperschaftsteuer sowie 16,1 % Gewerbesteuer zusammen. Es besteht eine Ausschüttungssperre gem. § 268 Abs. 8 HGB in Höhe der aktiven latenten Steuern, die jedoch aufgrund der bestehenden frei verfügbaren Rücklagen keine Auswirkung auf eine mögliche Ausschüttung des Bilanzgewinns hat.

**Andere Verbindlichkeiten
gegenüber Kreditinstituten**

Fristengliederung nach Restlaufzeiten:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) täglich fällig	342,1	(240,9)
b) bis drei Monate	236,9	(25,0)
c) mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,8	(1,0)
d) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6,0	(5,8)
e) mehr als fünf Jahre	12,2	(11,9)
	598,0	(284,6)

Aufgenommene Fremdgelder

Für die Refinanzierung von Vorfinanzierungs- und Zwischenfinanzierungskrediten wurden Fremdgelder in Höhe von 509,0 Mio. € (Vorjahr: 225,0 Mio. €) aufgenommen.

**Andere Verbindlichkeiten
gegenüber Kunden**

Fristengliederung nach Restlaufzeiten:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) täglich fällig	122,8	(105,4)
b) bis drei Monate	-,-	(-,-)
c) mehr als drei Monate bis ein Jahr	-,-	(-,-)
d) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-,-	(-,-)
e) mehr als fünf Jahre	-,-	(-,-)
	122,8	(105,4)

Sonstige Verbindlichkeiten

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfielen 11,9 Mio. € (Vorjahr: 9,3 Mio. €) auf noch abzuführende Steuern sowie 1,5 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) auf passivierte anteilige Zinsen für die nachrangigen Schuldscheindarlehen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde

überwiegend für Agien bei Bauspardarlehen in Höhe von 13,2 Mio. € (Vorjahr: 7,5 Mio. €) gebildet, die zinsanteilig über die Darlehenslaufzeit auf Einzelvertragsebene berechnet werden.

Rückstellungen

Es besteht eine Ausschüttungssperre gem. § 253 Abs. 6 HGB in Höhe des Unterschiedsbetrages von 1,6 Mio. € (Vorjahr: 7,5 Mio. €), der sich bei den Pensionsrückstellungen aus dem unterschiedlichen Marktzins aufgrund des von 7 auf 10 Jahre verlängerten Betrachtungszeitraums für die Berechnung des Durchschnittszinses ergibt, die jedoch aufgrund der bestehenden frei verfügbaren Rücklagen keine Auswirkung auf eine mögliche Ausschüttung des Bilanzgewinns hat.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Am 30. Mai 2014 wurden in der ehemaligen LBS West nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 50 Mio. € aufgenommen zu einem Zinssatz von 3,964 % und mit einer Laufzeit bis zum 18. Juni 2029. In der ehemaligen LBS Nord wurden am 23. Oktober 2014 nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 60 Mio. € zu einem Zinssatz von 3,5 % und mit einer Laufzeit bis zum 23. Oktober 2029 aufgenommen. Die Anrechnung als Ergänzungskapital basiert auf Artikel 63 in Verbindung mit Artikel 64 CRR.

Es bestehen keine vorzeitigen Rückzahlungsverpflichtungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder in andere Schuldformen ist jeweils nicht vereinbart und nicht vorgesehen.

Auf das abgelaufene Jahr entfielen Zinsaufwendungen in Höhe von 4.082 T€ (Vorjahr: 1.982 T€).

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Hier sind die bewilligten, aber noch nicht abgerufenen Baudarlehen in Höhe von 275,1 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr: 202,9 Mio. €). Hierfür wurden gem. IDW RS BFA 7 im Berichtsjahr Pauschalwertberichtigungen in Form einer Rückstellung in Höhe von 138 T€ gebildet.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Position beinhaltet Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 13,0 Mio. € (Vorjahr: 2,6 Mio. €). Des Weiteren sind 10,9 Mio. € Erträge (Vorjahr: 1,7 Mio. € Aufwand) aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen ausgewiesen. Die Effekte resultieren im Wesentlichen aus den Beihilferückstellungen.

1,8 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) betreffen Zahlungen von der LBS Hessen-Thüringen für die Übernahme von Tätigkeiten für das Spargeschäft. 3,4 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) resultieren aus Dienstleistungen für die LBSi NordWest und die restliche LBS-Gruppe.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In dieser Position sind Aufwendungen in Höhe von 4,7 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) für die Aufzinsung langfristiger Rückstellungen enthalten. Für die Rückerstattung von diversen Vertrags- und Kontoentgelten wurden Rückstellungen in Höhe von 3,0 Mio. € gebildet (Vorjahr: 1,8 Mio. €). Die Aufwendungen für die Einlagensicherung sowie

die Bankenabgabe betragen im Geschäftsjahr insgesamt 8,0 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €). Für die möglichen Erstattungen aus der Bereitstellung geleisteter Altersvorsorgebeträge zu Beginn der Auszahlungsphase bei Riester-Verträgen ergaben sich Aufwendungen für die Zuführung zu der entsprechenden Rückstellung in Höhe von 9,1 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €).

Außerordentliche Aufwendungen

In den außerordentlichen Aufwendungen wird die Zuführung zur Restrukturierungsrückstellung in Höhe von 15,3 Mio. € ausgewiesen. Im Zusammenhang mit der Fusion wurde mit den Interessenvertretungen der Belegschaft ein Rahmensozialplan mit dem Ziel eines sozialverträglichen, freiwilligen Personalabbaus in den kommenden Jahren abgeschlossen. Der Rahmensozialplan sieht insbesondere ein Sondervorruhestandsangebot für bestimmte Mitarbeitende vor. Unter Berücksichtigung der erwarteten und angestrebten Inanspruchnahmen des Rahmensozialplans wurde eine Rückstellung von 15,3 Mio. € gebildet.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag für die Vorjahre betragen 3,8 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €). Erstattungen von Ertragsteuern aus den Vorjahren erfolgten nicht (Vorjahr: 1,8 Mio. €). Aus dem erstmaligen Ansatz von aktiven latenten Steuern für den Teilbereich der LBS Nord ist ein einmaliger Steuerertrag aus der Bildung latenter Steuern in Höhe von rd. 38,0 Mio. € entstanden.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Langfristige Verpflichtungen bestehen bei der LBS zum Bilanzstichtag in Höhe von 22.088 T€ (Vorjahr: 19.185 T€). Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Verpflichtungen aus der Anmietung der Geschäftsräume Münster von der Bausparkassen-Service GmbH & Co. KG (verbundenes Unternehmen) sowie aus diversen EDV-Wartungs- und Dienstleistungsverträgen, u. a. mit der Finanz Informatik GmbH & Co. KG.

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der Forum Direktfinanz GmbH & Co. KG kann die LBS verpflichtet werden, bei Vorliegen eines negativen Saldos über all ihre Kapitalkonten einen Nachschuss bei der Gesellschaft zum Ausgleich dieses negativen Saldos zu leisten. Die Nachschussverpflichtung ist in jedem Geschäftsjahr auf eine Höhe von 1.640 T€ begrenzt.

Die LBS ist Mitglied des Sicherungsfonds der Landesbausparkassen, der zum institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe zählt. Das jährlich zu berechnende Zielvolumen der im Sicherungssystem vorzuhaltenden Finanzmittel ist von den Mitgliedsinstituten bis zum 3. Juli 2024 aufzubringen (Auffüllphase). Der dafür erforderliche jährliche Beitrag wird vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) als Träger des Sicherungssystems ermittelt. Ein Teil der bisherigen Beiträge wurde in Form einer unwiderruflichen Zahlungsverpflichtung im Sinne des § 285 Nummer 3 a HGB aufgebracht. Diese

besteht zum Bilanzstichtag in Höhe von 29.069 T€ (Vorjahr: 25.809 T€). Als Sicherheit hierfür wurden die Ansprüche aus einem Geldkonto bei der Deutschen Bundesbank sowie Wertpapiere in der entsprechenden Höhe verpfändet. Aus dem Ansparplan des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe besteht noch eine Zahlungsverpflichtung zum LBS-Einlagensicherungsfonds bis zum Jahr 2024 in Höhe von 10.868 T€ (Vorjahr: 24.966 T€). Darüber hinaus können im Falle eines Entschädigungs- oder Stützungsfalles eines Mitgliedsinstitutes sofortige Sonder- oder Zusatzbeiträge erhoben werden, deren Höhe aus heutiger Sicht nicht voraussehbar ist.

Aufsichtsmandate von Vorstandsmitgliedern der LBS

Mitglied des Aufsichtsrates der Deka Investment GmbH: Jörg Münning

Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Sparkassen Verlag GmbH: Jörg Münning

Stellv. Mitglied des Aufsichtsrates der SIZ-Informatik-Zentrum der Sparkassenorganisation GmbH: Frank Demmer

Derivative Finanzinstrumente

Per 31.12.2023 befanden sich 50 Zinsswaps zur Deckung von Zinsänderungsrisiken im Bestand.

in Mio. €	Nominal- betrag	Buch- wert	Markt- wert	Restlaufzeiten			
				bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
Receiver-Swaps	670,0 (VJ: 130,0)	-6,7 (VJ: 0,7)	-123,7 (VJ: -26,014)	- (VJ: -)	- (VJ: -)	- (VJ: -)	670,0 (VJ: 130,0)
Payer-Swaps	350,0 (VJ: -)	1,3 (VJ: -)	-7,8 (VJ: -)	- (VJ: -)	- (VJ: -)	60,000 (VJ: -)	290,0 (VJ: -)

Die Buchwerte der abgegrenzten Zinsen werden unter den Forderungen an Kreditinstituten bzw. unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Sonstige Pflichtangaben

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Landesbausparkasse 1.025 (Vorjahr: 621) Mitarbeiter beschäftigt, davon waren 572 (Vorjahr: 343) weiblich und 453 (Vorjahr: 278) männlich. Des Weiteren beschäftigte die LBS 34 (Vorjahr: 21) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Ausbildungs- oder ausbildungsähnlichen Verhältnis.

Die KPMG AG hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 der LBS NordWest geprüft und eine Abschlussprüfung bei einem Tochterunternehmen durchgeführt. Darüber wurden im Rahmen von Bestätigungsleistungen Prüfungen gemäß §§ 111, 112 der Rahmensatzung für das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe durchgeführt.

Das vom Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar teilt sich wie folgt auf:

in T€	2023	(Vorjahr)
Abschlussprüferhonorar	2023	(Vorjahr)
für Abschlussprüfungsleistungen	846	416
für andere Bestätigungsleistungen	7	21
für Steuerberatungsleistungen	0	0
für sonstige Leistungen	0	0
Gesamthonorar	853	437

Den Mitgliedern der Trägerversammlung wurden 106 T€ (Vorjahr: 104 T€) vergütet.

Den Mitgliedern des Vorstandes der LBS wurden keine Darlehen (Vorjahr: -, T€) gewährt. Die Darlehen an Verwaltungsratsmitglieder beliefen sich auf 168 T€ (Vorjahr: 143 T€).

Frühere Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.386 T€ (Vorjahr: 1.376 T€). Die Zuführung zu den Beihilferückstellungen für diesen Personenkreis betrug im Geschäftsjahr 8 T€ (Vorjahr: 19 T€). Wären für diese Personengruppe die Pensionsverpflichtungen nicht auf den Pensionsfonds übertragen

worden, müssten Pensionsrückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 28.189 T€ (Vorjahr: 28.058 T€) ausgewiesen werden.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2023 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Gewinnverwendung

Gemäß § 10 der Satzung wird der Trägerversammlung vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von 40,0 Mio. € (Vorjahr: 38,0 Mio. €) den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen.

Offenlegung

Der Offenlegungsbericht gemäß Teil 8 der CRR wird auf der eigenen Internetseite der LBS Landesbausparkasse NordWest veröffentlicht (<https://www.lbs.de/unternehmen/bausparkassen/lbs-nordwest/unternehmensberichte.html>). Er ist nicht Bestandteil des Anhangs.

Zusatzangaben gemäß § 26 a KWG i. V. m. § 64 r KWG zum 31.12.2023:

LBS Landesbausparkasse AöR, Münster und Hannover. Geschäftsmodell der LBS NordWest ist die Entgegennahme von Bauspareinlagen, die Gewährung von Bauspardarlehen und die hiermit zusammenhängenden zulässigen Geschäfte. Die LBS NordWest hat keine Niederlassungen im Ausland.

Der Umsatz der LBS NordWest für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 beträgt

593.917 T€. Die Ermittlung erfolgt aufgrund der handelsrechtlichen Rechnungslegung.

Im Jahresdurchschnitt waren bei der LBS NordWest 909 Mitarbeiter (in Vollzeitäquivalenten) beschäftigt. Des Weiteren beschäftigte die LBS NordWest 34 Mitarbeiter (in Vollzeitäquivalenten) in einem Ausbildungs- oder ausbildungsähnlichen Verhältnis.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 6.000 T€.

Der Steueraufwand auf den Gewinn per 31.12.2023 beträgt 3.780 T€.

Die LBS NordWest hat keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Die Kapitalrendite (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beträgt 0,18 %.

Transparenzgesetz

Berichterstattung über die Bezüge und die Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien gemäß § 35 Abs. 5 und 7 in Verbindung mit § 19 Abs. 6 SpkG NRW.

Zum Ablauf des 31.08.2023 ist die LBS Landesbausparkasse Berlin-Hannover (LBS Nord) auf die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) verschmolzen worden. Zugleich wurde die Firma der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse in LBS Landesbausparkasse NordWest (LBS NordWest) geändert.

Die Struktur und die Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter. Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundbetrag und ggfs. allgemeine Zulage sowie Zuschuss zur Altersversorgung) kann den

Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundbetrags gewährt werden.

Mit der Verschmelzung der LBS Nord auf die LBS West wurde Herr Maik Jekabsons zum Mitglied des Vorstandes der LBS NordWest und zum stellvertretender Vorsitzenden des Vorstandes der LBS NordWest bestellt.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

in T€ Vorstand	2023				Gesamtvergütung
	Grundbetrag + allgemeine Zulage	Leistungszulage	Zuschüsse zur Altersversorgung	Sonstige Vergütung	
Münning, Jörg (Vorsitzender)	603,8	78,8		17,9	700,5
Jekabsons, Maik (Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes seit dem 1.9.2023)	150,0*		22,5*	2,3*	174,8*
Demmer, Frank (Mitglied)	366,5	55,0		13,6	435,1
Koschate, Dr. Jörg (Mitglied)	366,5	55,0	43,4	8,7	473,6
Summe	1.486,8	188,8	65,9	42,5	1.784,0

* Vergütung für den Zeitraum 01.09.–31.12.2023 (Anwendungszeitraum des Vergütungs Offenlegungsgesetzes NRW).

Die sonstige Vergütung betrifft im Wesentlichen den Sachbezug aus der privaten Nutzung eines Dienstfahrzeugs.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der LBS tätigen Mitglieder des Vorstands folgende Pensionsansprüche:

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

in T€	Barwert der unmittelbaren Pensionsverpflichtungen 31.12.2023	Barwert der mittelbaren und unmittelbaren Pensionsverpflichtungen 31.12.2023	Davon wären im Jahr 2023 der Pensionsrückstellung zugeführt worden
Vorstand			
Münning, Jörg Vorsitzender	2.563,8	5.495,1	747,2
Jekabsons, Maik (Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes seit dem 1.9.2023)	0	0	0
Demmer, Frank Mitglied	47,7	47,7	10,8
Koschate, Dr. Jörg Mitglied	0	0	0
Summe	2.611,5	5.542,8	758,0

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Die Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien sind aufgrund der zum 01.09.2023 erfolgten Verschmelzung der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover auf die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (übernehmender Rechtsträger) für das Geschäftsjahr 2023 differenziert zu betrachten. In der Zeit bis zum 31.08.2023 bestanden die Aufsichtsgremien Verwaltungsrat, Hauptausschuss und Risiko- und Prüfungsausschuss und ab dem 01.09.2023 die Aufsichtsgremien Verwaltungsrat, Nominierungs- und Hauptausschuss, Risiko- und Prüfungsausschuss und Vergütungskontrollausschuss.

rats, des Hauptausschusses und des Risiko- und Prüfungsausschusses der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse für die Tätigkeit im Verwaltungsrat ein Jahresentgelt von 8.000 € p. a. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats erhält einen Zuschlag von 8.000 € p. a., sein Stellvertreter erhält einen Zuschlag von 4.000 € p. a. Für die Tätigkeit im Hauptausschuss erhalten die Mitglieder einen Pauschalbetrag von 4.600 € p. a., die Tätigkeit im Risiko- und Prüfungsausschuss wird mit einem Pauschalbetrag von 6.000 € p. a. vergütet. Die Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses erhält einen Zuschlag von 6.000 € p. a., der Vorsitzende des Hauptausschusses einen Zuschlag von 4.400 € p. a. Die Jahresvergütung 2023 wird anteilig für 8 Monate gezahlt.

Zeitraum 01.01.2023 bis 31.08.2023

Entsprechend der von der Trägerversammlung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse am 28.04.2022 beschlossenen Vergütungsregelung erhalten ordentliche Mitglieder des Verwaltungs-

Zeitraum 01.09.2023 bis 31.12.2023

Entsprechend der von der Trägerversammlung der LBS Landesbausparkasse NordWest am 26.09.2023

beschlossenen Vergütungsregelung erhalten ordentliche Mitglieder des Verwaltungsrates, des Nominierungs- und Hauptausschusses, des Risiko- und Prüfungsausschusses und des Vergütungskontrollausschusses der LBS Landesbausparkasse NordWest für die Tätigkeit im Verwaltungsrat einen Pauschalbetrag von 8.000 € p. a. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats erhält einen Zuschlag von 8.000 € p. a., sein Stellvertreter erhält einen Zuschlag von 4.000 € p. a. Für die Tätigkeit im Nominierungs- und Hauptausschuss erhalten die Mitglieder einen Pauschalbetrag von 4.500 € p. a., die Tätigkeit im Risiko- und Prüfungsausschuss wird mit einem Pauschalbetrag

von 6.000 € p. a. vergütet und Tätigkeit im Vergütungskontrollausschuss mit 3.000 € p. a. Die Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses erhält einen Zuschlag von 3.000 € p. a., der Vorsitzende des Nominierungs- und Hauptausschusses einen Zuschlag von 2.250 € p. a. und der Vorsitzende des Vergütungskontrollausschusses einen Zuschlag von 1.500 € p. a. Die Jahresvergütung 2023 wird anteilig für 4 Monate gezahlt.

Im Geschäftsjahr 2023 ergaben sich damit folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

in € Mitglieder	01.01.–31.08.2023	01.09.–31.12.2023	Gesamtbetrag*
Adenauer, Dr. Sven-Georg	5.333,33	2.666,67	8.000,00
Becker, Udo	5.333,33	4.666,67	10.000,00
Beckhoff, Uwe	8.400,00	4.166,67	12.566,67
Breuer, Michael	12.400,00	7.166,67	19.566,67
Bruschek, Nico	-	4.666,67	4.666,67
Buchholz, Prof. Dr. Liane	16.400,00	8.166,67	24.566,67
Buß, Hendrik	9.333,33	3.666,67	13.000,00
Dieng, Christoph	-	4.666,67	4.666,67
Echterdiek, Marc	5.333,33	2.666,67	8.000,00
Eiskirch, Thomas	9.333,33	7.166,67	16.500,00
Haacke, Sabine	-	2.666,67	2.666,67
Häfemeier, Friedrich-Wilhelm	5.333,33	5.166,67	10.500,00
Hendele, Thomas	5.333,33	2.666,67	8.000,00
Hessel, Manuela	8.400,00	4.166,67	12.566,67
Jahnke, Rainer	15.066,67	7.166,67	22.233,34
Kleerbaum, Klaus-Viktor	5.333,33	4.666,67	10.000,00
Kulartz, Hans Jürgen	-	7.166,67	7.166,67
Lukas, Bernhard	16.666,67	7.833,33	24.500,00
Mang, Thomas	-	7.250,00	7.250,00
Mönnecke, Guido	-	2.666,67	2.666,67
Pennartz, Thomas	5.333,33	2.666,67	8.000,00
Peter, Kai Uwe	-	2.666,67	2.666,67
Schulz, Christoph	-	5.666,67	5.666,67
Schulze-Frieling, Martina	9.333,33	4.666,67	14.000,00
Schwammbach, Marc	-	2.666,67	2.666,67
Twardzik, Jürgen	-	4.666,67	4.666,67
Wannhoff, Jürgen	5.333,33	2.666,67	8.000,00
Winkelmann, Sabine	-	3.666,67	3.666,67

*Beträge ohne Steuern und Fahrtkostenerstattung.

Verwaltungsrat

Bernhard Lukas

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Gelsenkirchen
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Rainer Jahnke

Vorsitzender des Vorstandes
Stadtparkasse Wermelskirchen
stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates

Dr. h. c. Sven-Georg Adenauer

Landrat, Kreis Gütersloh

Udo Becker

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Euskirchen

Uwe Beckhoff

Beschäftigtenvertreter
Mitarbeiter der
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Michael Breuer

Präsident
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Prof. Dr. Liane Buchholz

Präsidentin
Vorsitzende des Vorstandes
Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Hendrik Buß

Beschäftigtenvertreter
Mitarbeiter der
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Marc Echterdiek

Beschäftigtenvertreter
Mitarbeiter der
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Thomas Eiskirch

Oberbürgermeister, Bochum

Friedrich-Wilhelm Häfemeier

Vorsitzender des Vorstandes
Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

Thomas Hendele

Landrat, Kreis Mettmann

Manuela Hessel

Beschäftigtenvertreterin
stellv. Vorsitzende des Personalrates
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Klaus-Viktor Kleebaum

Ratsmitglied, Dülmen

Martina Schulze-Frieling

Beschäftigtenvertreterin
Vorsitzende des Personalrates
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Ständige Vertreter

nach § 7 Abs. 2 der Satzung

Thomas Pennartz

Verbandsgeschäftsführer

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Jürgen Wannhoff

Vizepräsident

Mitglied des Vorstandes

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Trägerversammlung

Bernhard Lukas

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gelsenkirchen

Sitzungsleitung

Rainer Jahnke

Vorsitzender des Vorstandes

Stadtsparkasse Wermelskirchen

stellv. Sitzungsleitung

Thomas Biermann

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gevelsberg-Wetter (Ruhr)

Michael Breuer

Präsident

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Prof. Dr. Liane Buchholz

Präsidentin

Vorsitzende des Vorstandes

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Dr. Andreas Coenen

Landrat, Kreis Viersen

Michael Dreier

Bürgermeister, Paderborn

Michael Fröhlich

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Bielefeld

Dr. Olaf Gericke

Landrat, Kreis Warendorf

Frank Grebe

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt

Thomas Hunsteger-Petermann

Oberbürgermeister a.D., Hamm

Claus Jacobi

Bürgermeister, Gevelsberg

Klaus-Viktor Kleebaum

Stadtverordneter, Dülmen

Thomas Kufen

Oberbürgermeister, Essen

Giovanni Malaponti

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse am Niederrhein

Sebastian Schuster

Landrat, Rhein-Sieg-Kreis

Bernd Tischler

Oberbürgermeister, Bottrop

Claudia van Dyck

stellv. Bürgermeisterin, Moers

Udo Vierdag

Vorsitzender des Vorstandes

Stadt-Sparkasse Haan

Ulrike Westkamp

Bürgermeisterin, Wesel

Ständige Vertreter

nach § 12 Abs. 2 der Satzung

Thomas Pennartz

Verbandsgeschäftsführer

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Jürgen Wannhoff

Vizepräsident

Mitglied des Vorstandes

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Vertrauensmann

(nach § 12 Bausparkassengesetz)

Dr. Carsten Brodesser, MdB

Vorstand

Jörg Munning

Vorsitzender des Vorstandes

Frank Demmer

Dr. Jörg Koschate

Aufsichtsrat

Christoph Schulz

Mitglied des Vorstandes
Norddeutsche Landesbank - Girozentrale
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Thomas Mang

Präsident
Sparkassenverband Niedersachsen
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates

Nico Bruschek

Beschäftigtenvertreter
Vorsitzender des örtlichen Personalrates Hannover
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse
Berlin - Hannover

Christoph Dieng

Mitglied des Vorstandes
Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Sabine Haacke

Beschäftigtenvertreterin
Vorsitzende des Gesamtpersonalrates
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse
Berlin - Hannover

Hans Jürgen Kulartz

Mitglied des Vorstandes
Berliner Sparkasse
Niederlassung der Landesbank Berlin AG

Michael Osterhagen

Beschäftigtenvertreter
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse
Berlin - Hannover

Kai Uwe Peter

Verbandsgeschäftsführer
Sparkassenverband Berlin
Landesbank Berlin AG

Jörg Reinbrecht

Außerbetrieblicher Beschäftigtenvertreter

Marc Schwammbach

Leiter Beteiligungs- u. Immobilienmanagement
Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Jürgen Twardzik

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine

Sabine Winkelmann

Beschäftigtenvertreterin
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse
Berlin - Hannover

Hubert Winter

Sparkassendirektor i.R.
Vertreter des Sparkassenverbandes Niedersachsen

Klaus Wiswe

Landrat a.D.
Vertreter des Sparkassenverbandes Niedersachsen

Tobias Zehnter

Leiter Unternehmensentwicklung
Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Trägerversammlung

Guido Mönnecke

Verbandsgeschäftsführer
Sparkassenverband Niedersachsen
Vorsitzender der Trägerversammlung
seit 02.05.2023

Ludwig Momann

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Emsland
Vorsitzender der Trägerversammlung
bis 31.03.2023

Marc Schwammbach

Leiter Beteiligungs- u. Immobilienmanagement
Norddeutsche Landesbank - Girozentrale
stellv. Vorsitzender der Trägerversammlung

Jens Himburg

Leiter Immobilienfinanzierung
Private Kunden
Berliner Sparkasse

Carsten Hüncken

Generalbevollmächtigter
Leiter Verbundkunden
Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Astrid Klinkert-Kittel

Landrätin, Northeim

Kai Uwe Peter

Verbandsgeschäftsführer
Sparkassenverband Berlin
Landesbank Berlin AG

Ralf-Rüdiger Schwerz

Vorsitzender des Vorstandes
Stadtsparkasse Cuxhaven

Vertrauensmann

(nach § 12 Bausparkassengesetz)

Friedrich-Wilhelm Kaup

Sparkassendirektor i.R.

Vorstand

Maik Jekabsons

Vorsitzender des Vorstandes
seit 01.06.2023
stellv. Vorsitzender des Vorstandes
bis 31.05.2023

Jan Putfarken

Vorsitzender des Vorstandes
bis 31.05.2023
stellv. Vorsitzender des Vorstandes
seit 01.06.2023

Verwaltungsrat

Bernhard Lukas

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Gelsenkirchen
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Thomas Mang

Präsident
Sparkassenverband Niedersachsen
stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates

Dr. h. c. Sven-Georg Adenauer

Landrat, Kreis Gütersloh

Udo Becker

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Euskirchen

Uwe Beckhoff

Beschäftigtenvertreter
Mitarbeiter der
LBS Landesbausparkasse NordWest

Michael Breuer

Präsident
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Nico Bruscek

Beschäftigtenvertreter
Vorsitzender des örtlichen Personalrats Hannover
LBS Landesbausparkasse NordWest

Prof. Dr. Liane Buchholz

Präsidentin
Vorsitzende des Vorstandes
Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Hendrik Buß

Beschäftigtenvertreter
Mitarbeiter der LBS Landesbausparkasse NordWest

Christoph Dieng

Mitglied des Vorstandes
Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Marc Echterdiek

Beschäftigtenvertreter
Mitarbeiter der LBS Landesbausparkasse NordWest

Thomas Eiskirch

Oberbürgermeister, Bochum

Sabine Haacke

Beschäftigtenvertreterin
stellv. Gesamtpersonalratsvorsitzende
LBS Landesbausparkasse NordWest

Friedrich-Wilhelm Häfemeier

Vorsitzender des Vorstandes
Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

Thomas Hendele

Landrat, Kreis Mettmann

Manuela Hessel

Beschäftigtenvertreterin

stellv. Vorsitzende des örtlichen Personalrats Münster

LBS Landesbausparkasse NordWest

Rainer Jahnke

Vorsitzender des Vorstandes

Stadtsparkasse Wermelskirchen

Klaus-Viktor Kleerbaum

Ratsmitglied, Dülmen

Hans Jürgen Kulartz

Mitglied des Vorstandes

Berliner Sparkasse

Niederlassung der Landesbank Berlin AG

Christoph Schulz

Mitglied des Vorstandes

Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Martina Schulze-Frieling

Beschäftigtenvertreterin

Vorsitzende des örtlichen Personalrats Münster

LBS Landesbausparkasse NordWest

Jürgen Twardzik

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Hildesheim Goslar Peine

Sabine Winkelmann

Beschäftigtenvertreterin

LBS Landesbausparkasse NordWest

Ständige Vertreter

nach § 8 Abs. 2 der Satzung

Guido Mönnecke

Verbandsgeschäftsführer

Sparkassenverband Niedersachsen

Thomas Pennartz

Verbandsgeschäftsführer

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Kai Uwe Peter

Verbandsgeschäftsführer

Sparkassenverband Berlin

Landesbank Berlin AG

Marc Schwammbach

Leiter Beteiligungs- u. Immobilienmanagement

Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Jürgen Wannhoff

Vizepräsident

Mitglied des Vorstandes

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Trägerversammlung

Christoph Schulz

Mitglied des Vorstandes

Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Vorsitzender der Trägerversammlung

Prof. Dr. Liane Buchholz

Präsidentin

Vorsitzende des Vorstandes

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

stellv. Vorsitzende der Trägerversammlung

Michael Breuer

Präsident

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Dr. Andreas Coenen

Landrat, Kreis Viersen

Christoph Dieng

Mitglied des Vorstandes

Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Michael Dreier

Bürgermeister, Paderborn

Frank Grebe

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt

Klaus-Viktor Kleerbaum

Ratsmitglied, Dülmen

Hans Jürgen Kulartz

Mitglied des Vorstandes

Berliner Sparkasse

Niederlassung der Landesbank Berlin AG

Bernhard Lukas

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gelsenkirchen

Giovanni Malaponti

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse am Niederrhein

Thomas Mang

Präsident

Sparkassenverband Niedersachsen

Ralf-Rüdiger Schwerz

Vorsitzender des Vorstandes

Stadtsparkasse Cuxhaven

Bernd Tischler

Oberbürgermeister, Bottrop

Claudia van Dyck

stellv. Bürgermeisterin, Moers

Ständige Vertreter

nach § 13 Abs. 2 der Satzung

Guido Mönnecke

Verbandsgeschäftsführer

Sparkassenverband Niedersachsen

Thomas Pennartz

Verbandsgeschäftsführer

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Kai Uwe Peter

Verbandsgeschäftsführer

Sparkassenverband Berlin

Landesbank Berlin AG

Marc Schwammbach

Leiter Beteiligungs- u. Immobilienmanagement

Norddeutsche Landesbank - Girozentrale

Jürgen Wannhoff

Vizepräsident

Mitglied des Vorstandes

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Vertrauensmann

(nach § 12 Bausparkassengesetz)

Dr. Carsten Brodesser, MdB

Friedrich-Wilhelm Kaup

Sparkassendirektor i.R.

bis November 2023

Vorstand

Jörg Munning

Vorsitzender des Vorstandes

Maik Jekabsons

stellv. Vorsitzender des Vorstandes

Frank Demmer

Dr. Jörg Koschate

Münster, 16.04.2024

Der Vorstand



Jörg Munning



Maik Jekabsons



Frank Demmer



Dr. Jörg Koschate

An die
LBS Landesbausparkasse NordWest AöR,
Münster und Hannover

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der LBS Landesbausparkasse NordWest AöR, Münster und Hannover, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der LBS Landesbausparkasse NordWest AöR für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen

Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt des öffentlichen Rechts. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Ver-

antwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Anstalt des öffentlichen Rechts unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bilanzielle Übernahme der Vermögensgegenstände und Schulden von der LBS Nord im Zusammenhang mit der Verschmelzung der LBS Nord auf die LBS West

Zur Erläuterung der Verschmelzung verweisen wir auf den Abschnitt „Geschäftsverlauf“ im Lagebericht sowie auf die Ausführungen im Abschnitt „Verschmelzung der LBS West mit der LBS Nord“ im Anhang.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Mit Ablauf des 31. August 2023 wurde die LBS Nord als übertragender Rechtsträger bilanziell rückwirkend zum 1. Januar 2023 auf die LBS West als übernehmender Rechtsträger verschmolzen. Im Zuge der Verschmelzung wurden im dritten Quartal 2023 zunächst die Vermögensgegenstände und Schulden der ehemaligen LBS Nord in das Hauptbuch SAP der ehemaligen LBS West übernommen. Im vierten Quartal 2023 wurden die Datenbestände in OSPlus LBS der ehemaligen LBS Nord auf das OSPlus System der ehemaligen LBS West im Rahmen einer technischen IT-Migration übertragen. Damit wurden auch die Prozesse und Datenbestände in OSPlus LBS zusammengeführt und vereinheitlicht.

Es besteht das Risiko, dass die Vermögensgegenstände und Schulden der LBS Nord fehlerhaft oder unvollständig in das Hauptbuch SAP übernommen wurden. Durch die notwendige IT-Migration von OSPlus LBS besteht das Risiko von wesentlichen Fehlern im Jahresabschluss, insbesondere durch eine fehlerhafte oder unvollständige Datenmigration.

Vor diesem Hintergrund und der zentralen Rolle der Informations-Infrastruktur für die Prozesse der Bausparkasse sowie für die Finanzbuchhaltung und damit für die Funktionsfähigkeit der Kontroll- und Rechnungslegungsprozesse sowie die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses war die Vollständigkeit und Richtigkeit der Datenmigration von OSPlus LBS und die Übernahme der Vermögensgegenstände und Schulden in SAP – insbesondere die vollständige und richtige Migration der rechnungslegungsrelevanten Daten der LBS Nord – im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung und der Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Zudem haben wir unsere IT-Spezialisten hinzugezogen. Insbesondere haben wir die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns durch Einsichtnahme in Projektunterlagen sowie Befragungen einen Überblick über rechnungslegungsrelevante Fach- und IT-Konzepte zur Migration von OSPlus LBS verschafft. Dabei haben wir das Migrationsvorgehen aufgenommen und gewürdigt.

Durch Einsichtnahme in Arbeitsanweisungen und in die Dokumentation der Kontrollmaßnahmen zur Migration der Bausparkasse sowie durch die Befragung der verantwortlichen Mitarbeiter haben wir die Kontrollen im Hinblick auf die Übernahme der Daten aus OSPlus LBS zunächst

auf Angemessenheit beurteilt. Die Wirksamkeit der Kontrollen im Hinblick auf die Übernahme der Daten aus OSPlus LBS haben wir im Anschluss auf Basis von zufällig ausgewählten Stichproben geprüft. Zudem haben wir geprüft, dass identifizierte Differenzen korrigiert wurden.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die relevanten Testpläne/-skripte sowie die zugehörigen Testergebnisse, Aufzeichnungen und Review-Ergebnisse eingesehen und gewürdigt.

Darüber hinaus haben wir die ordnungsgemäße Datenübernahme von rechnungslegungsrelevanten Daten durch einen Datenabgleich nachvollzogen.

Schließlich haben wir die vollständige und richtige Übernahme der Vermögenswerte und Schulden von der LBS Nord im Hauptbuch SAP im Rahmen von substanziellen Prüfungshandlungen beurteilt.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die von der LBS NordWest umgesetzten Maßnahmen zur Gewährleistung der vollständigen und richtigen Migration der rechnungslegungsrelevanten Daten des Systems OSPlus LBS sowie zur vollständigen und richtigen Übernahme der Vermögensgegenstände und Schulden in das Hauptbuch SAP erwiesen sich als angemessen und wirksam.

Sonstige Informationen

Der Vorstand ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung zu stellenden gesonderten nichtfinanziellen Bericht, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung des Vorstands und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt des öffentli-

chen Rechts vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Anstalt des öffentlichen Rechts zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt des öffentlichen Rechts vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und

Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Anstalt des öffentlichen Rechts zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt des öffentlichen Rechts vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO

unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Anstalt des öffentlichen Rechts abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Anstalt des öffentlichen Rechts zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Anstalt des öffentlichen Rechts ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt des öffentlichen Rechts vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Anstalt des öffentlichen Rechts.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Trägerversammlung am 16. Dezember 2022 als Abschlussprüfer gewählt.

Wir wurden am 13. November 2023 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2023 als Abschlussprüfer der LBS Landesbausparkasse NordWest AöR tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Rainer Thiede.

Hamburg, den 19. April 2024

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rainer Thiede

Wirtschaftsprüfer

Vera Zilt

Wirtschaftsprüferin

STATISTISCHER ANHANG ZUM LAGEBERICHT – BESTANDSBEWEGUNG 01.01. – 31.12.2023

Gesamtbestand						
I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
A. Bestand am Ende des Vorjahres	2.639.776	90.998.945	134.104	3.706.385	2.773.880	94.705.330
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	165.736	9.959.882	–	–	165.736	9.959.882
2. Übertragung	8.495	387.872	956	55.284	9.451	443.156
3. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	93.332	1.785.411	–	–	93.332	1.785.411
4. Teilung	2.098	–	70	–	2.168	–
5. Zuteilung	–	–	229.895	5.391.882	229.895	5.391.882
6. Sonstige	11.281	564.546	701	21.675	11.982	586.221
Insgesamt:	280.942	12.697.711	231.622	5.468.841	512.564	18.166.552
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	229.895	5.391.882	–	–	229.895	5.391.882
2. Herabsetzung	–	533.955	–	1.649	–	535.604
3. Auflösung	139.310	4.151.204	97.106	1.890.162	236.416	6.041.366
4. Übertragung	8.495	387.872	956	55.284	9.451	443.156
5. Zusammenlegung	261	–	–	–	261	–
6. Vertragsablauf	–	–	26.729	609.070	26.729	609.070
7. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	–	–	93.332	1.785.411	93.332	1.785.411
8. Sonstige	11.283	581.529	–	–	11.283	581.529
Insgesamt:	389.244	11.046.442	218.123	4.341.576	607.367	15.388.018
D. Zugang/Abgang	–108.302	1.651.269	13.499	1.127.265	–94.803	2.778.534
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	2.531.474	92.650.214	147.603	4.833.650	2.679.077	97.483.864
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	7.684	297.976	380	16.007	8.064	313.983
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen			Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€		
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2023			53.012	3.893.157		
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr			74.886	5.563.646		
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Bestandes:			Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€		
bis 10.000 €			959.142	9.146.946		
über 10.000 bis 25.000 €			667.660	12.151.109		
über 25.000 bis 50.000 €			488.604	20.719.662		
über 50.000 bis 150.000 €			342.375	30.667.792		
über 150.000 bis 250.000 €			50.756	9.941.333		
über 250.000 bis 500.000 €			19.465	6.512.781		
über 500.000 €			3.472	3.510.591		
Insgesamt:			2.531.474	92.650.214		
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 36.387 €						

STATISTISCHER ANHANG ZUM LAGEBERICHT – BEWEGUNG DER ZUTEILUNGSMASSE 01.01. – 31.12.2023

		€
A. Vortrag und Zuführungen		
I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss)		
noch nicht ausgezahlte Beträge		18.539.613.025,94
II. Zuführungen im Geschäftsjahr		
1. Sparbeträge (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)		
		2.668.234.371,56
2. Tilgungsbeträge ¹ (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)		
		319.560.387,39
3. Zinsen auf Bauspareinlagen		
		126.946.475,92
4. Zuführung zum Fonds zur bauspartechnischen Absicherung		
		0,00
Summe		21.654.354.260,81

B. Entnahmen und Überschuss		
I. Entnahmen im Geschäftsjahr		
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt		
a) Bauspareinlagen		2.070.827.250,42
b) Baudarlehen		818.001.711,51
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge		
		948.811.094,30
3. Entnahmen aus dem Fonds zur bauspartechnischen Absicherung		
		0,00
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge am Ende des Geschäftsjahres) ²		
		17.816.714.204,58
Summe		21.654.354.260,81

Anmerkungen:

¹ Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge (Darlehensrückzahlungen).

² In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

- a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf zugeteilte Verträge in Höhe von 284.525.392,39 €
- b) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf gekündigte Verträge in Höhe von 142.245.038,33 €
- c) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen in Höhe von 451.543.977,85 €



LBS Landesbausparkasse NordWest
Münster und Hannover

www.lbs.de
info@lbs-nw.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.